

Integriertes Sozialprogramm (ISP)

Jahresbericht 2012



ALLGEMEINE VORBEMERKUNGEN	3
KOOPERATIONSGREMIUM	4
LENKUNGSGREMIUM.....	6
ÜBERSICHT DER ANGEBOTSBEREICHE	7
EINLEITUNG	7
FINANZIERUNGSRAHMEN	8
ANGEBOTSBEREICH SPITZENVERBANDSFÖRDERUNG (ZENTRALE AUFGABEN)	9
ANGEBOTSBEREICH 1 - ALTENHILFE.....	25
1.1.1 – MOBILITÄTSHILFEDIENSTE	25
1.1.2 – PSYCHOGERIATRISCHE PROJEKTE.....	30
1.1.3 – LANDESSEITIGE PFLEGESTÜTZPUNKTE.....	36
1.1.4 – BERATUNGSSTELLE DER JÜDISCHEN GEMEINDE FÜR ÄLTERE UND MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	48
1.1.5 – FACHBERATUNGSSTELLEN ALTENHILFE - KOMPETENZZENTRUM INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER ALTENHILFE (KOMZEN).....	49
1.2.1 – HOSPIZE.....	52
ANGEBOTSBEREICH 2 – EHRENAMT UND SELBSTHILFE	57
2.1 – SELBSTHILFEPROJEKTE.....	57
2.2 – EHRENAMTLICHE BESUCHSDIENSTE UND ALLGEMEINE EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN.....	60
ANGEBOTSBEREICH 3 BEHINDERTENHILFE	63
3.1 – ÜBERGREIFENDE BERATUNGSANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.....	63
3.2. - BERATUNGSANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG	64
3.3.1 – FREIZEITANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.....	66
ANGEBOTSBEREICH 4 – WOHNUNGSLOSEN- UND STRAFFÄLLIGENHILFE.....	69
4.1 –WOHNUNGSLOSENHILFE	69
4.2 STRAFFÄLLIGE, HAFTENTLASSENE.....	78
4.3.3 ÜBERGREIFENDE BELANGE DER SCHULDNER- UND INSOLVENZBERATUNG.....	87
ANGEBOTSBEREICH 5 - MIGRANTENSOZIALDIENSTE	90
ANLAGE 1 FÖRDERUNG ISP 2012 - PROJEKTÜBERSICHT	96

Allgemeine Vorbemerkungen

Für das Jahr 2012 wird nun durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales der zweite Jahresbericht zum Leistungsgeschehen in den geförderten Angebotsbereichen des Integrierten Sozialprogramms (ISP) vorgelegt.

Die notwendige Rückführung der Gesamtfinanzierung auf die vereinbarte Vertragssumme führte zu kontroversen Diskussionen im Kooperationsgremium und schließlich zu Kürzungen und Wegfall von einzelnen Projektförderungen n.

Vor diesem Hintergrund ist es als Erfolg zu werten, dass die im Integrierten Sozialprogramm gesamtstädtisch finanzierte soziale Infrastruktur in den vertraglich vereinbarten Angebotsbereichen auf dem hohen Niveau des Vorjahres und ohne nennenswerte Leistungseinbußen erhalten und weiterentwickelt werden konnte. Insofern wurde das mit dem Rahmenfördervertrag verbundene Leitziel erreicht.¹

In allen Angebotsbereichen wurden die an die geförderten Projekte gestellten Anforderungen, trotz teilweise schwieriger Rahmenbedingungen (steigende Nachfragen in fast allen Bereichen bei gedeckelten Ressourcen), bewältigt.

So haben 2012 beispielsweise mehr Klienten die Dienstleistungen der Mobilitätshilfedienste in Anspruch nehmen können als im Vorjahr, obwohl es aufgrund von Änderungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erhebliche Probleme bei der Zuweisung von geeigneten Helferinnen und Helfern gab. Mit dem Start der Umsetzung des sogenannten 12er Modells wurde ein wichtiger erster Schritt hin zu einer Konzentration der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf 12 leistungsstarke Dienste getan. Mit der Steigerung der Zahl von Helfern mit Migrationshintergrund wurde ein wichtiger Grundstein gelegt, noch mehr mobilitätseingeschränkten Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu den Angeboten der Mobilitätshilfedienste zu erleichtern.

Bei den Pflegestützpunkten (PSP) war auch in 2012 eine steigende Inanspruchnahme der Beratungsangebote festzustellen. Insgesamt konnten die Strukturen in diesem Bereich weiter verfestigt werden, wofür auch die umfangreiche Vernetzung der Projekte eine wichtige Grundlage darstellt. Aktuelle Entwicklungen, wie z.B. die Zunahme von pflegebedürftigen Menschen mit Demenz oder der wachsende Informationsbedarf rund um das Thema „Wohnen im Alter“ werden aktiv aufgenommen und bei der Ausrichtung der Angebote berücksichtigt. Die für 2014 geplante Evaluation wird weitere wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Angebote bringen.

Im Bereich der ehrenamtlichen Besuchsdienste konnte die Schere zwischen steigenden Nachfragen und sinkenden Helfern geschlossen werden. Hier liegt der Zusammenhang zwischen der erfolgreichen Öffentlichkeitskampagne und den erstmals wieder gestiegenen Helferzahlen nahe.

Im Bereich der Behindertenhilfe wurde mit der Entwicklung einer detaillierten externen Dokumentation der Projektarbeiten begonnen. Die hier ab 2014 zu erwartenden Ergebnisse zu den Bedarfslagen und den Inanspruchnahmen der Angebote werden eine wichtige Grundlage der

¹ S. Präambel des Rahmenfördervertrages zwischen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und den Wohlfahrtsverbänden: „Die unterzeichnenden Parteien stimmen im Ziel überein, die soziale und gesundheitliche Infrastruktur im Land Berlin im Bereich der bislang durch drei Treuhandverträge geregelten Projektförderungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Stadtteilzentren und die Spitzenverbandsförderung auf dem erreichten Niveau zu sichern und weiterzuentwickeln.“

Weiterentwicklung des Angebotsbereiches bilden, der aufgrund seiner diversen Schnittstellen zu den entgeltfinanzierten Leistungsbereichen der Eingliederungshilfe eine wichtige Rolle im gesamten Hilfesystem für Menschen mit Behinderung spielt.

Das Leistungsgeschehen im Angebotsbereich 4 ist für die Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe erneut im Rahmen externer Dokumentationen detailliert aufbereitet worden. Im Bereich der übergreifenden Belange der Schuldner- und Insolvenzberatung ist eine anhaltend hohe Nachfrage bei den diversen Beratungsstellen zu konstatieren. Vor diesem Hintergrund bestand weiterhin ein hoher Bedarf an den übergreifenden unterstützenden Leistungen des geförderten Einzelprojekts.

Die Migrantensozialdienste waren neben ihren fallbezogenen Co-Beratungen weiterhin einrichtungs- und themenübergreifend tätig und lieferten damit einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Öffnung auch von Angeboten für weitere Zielgruppen, wie Menschen mit Behinderung, ältere und alte Menschen oder auch Wohnungslose.

Kooperationsgremium

Das Kooperationsgremium ist das zentrale Gremium der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und der Senatsverwaltung. Es wird von beiden Vereinbarungspartnern des Rahmenfördervertrages paritätisch besetzt und dient im Wesentlichen der Abstimmung von Arbeitsschwerpunkten und der jährlichen Finanzplanung. Darüber hinaus unterrichten sich die Vereinbarungspartner regelmäßig zum Stand der Umsetzung der Finanz- und Arbeitsplanung (siehe dazu Beiträge zu den einzelnen Angebotsbereichen).

Im Berichtsjahr tagte das Kooperationsgremium fünfmal. Thematische Schwerpunkte lagen in der Klärung von zuwendungsrechtlichen Grundsatzfragen, der Unterrichtung zum Stand der Vertragsumsetzung (z.B. Veränderungen gegenüber der Finanzplanung) und der Beginn der Fortschreibung einer Arbeits- und Finanzplanung für 2013. Die beiden intensiv behandelten Themenkomplexe „Abstimmung und Umsetzung der Finanzplanung 2012“ und „Tarifanpassungen 2012“ werden nachfolgend ausführlicher dargestellt.

Abstimmung und Umsetzung der Finanzplanung 2012

Im Jahresbericht 2011 (s. S. 8 f) wurde auf die bereits im ersten Vertragsjahr zu bewältigende große, zwischen den Vertrags- und Vereinbarungspartnern unstrittige Herausforderung hingewiesen, das Gesamtvolumen der Zuwendungen im ISP mit der Finanzplanung 2012 auf die im § 2 Abs. 1 RFV genannten ISP bezogenen Obergrenzen der Förderzusagen in Höhe von insgesamt 12.919.000 Euro zurückzuführen.

Die ausnahmsweise einmalige Aufstockung des ISP mit zusätzlichen Mitteln in 2011 war zuvor allein dem Auslaufen des alten LIGA-Vertrags Soziales und des übernommenen Gesamtvolumens der Förderung mit einem Überhang der Förderung in Höhe von rd. 216.000 Euro aus 2010 geschuldet.

In der Folge mussten in der Finanzplanung 2012 projektbezogene Kürzungen bzw. Einstellungen der Förderung in dieser Höhe erfolgen. Dabei sollten soweit fachlich verantwortbar projektbezogene Kürzungen oder Einstellungen gegenüber einer alle Projekte gleichermaßen betreffenden pauschalen Kürzung um 1,2 % favorisiert werden.

Die strikte Rückführung der Finanzplanung 2012 auf die ISP bezogenen Obergrenzen der Förderzusagen im RFV war eine notwendige Voraussetzung für eine sechsmonatige Vorschussbescheiderteilung des LAGeSo als Bewilligungsstelle im ISP.

Der landesseitig in die 4. Sitzung des Kooperationsgremiums am 17.11.2011 eingebrachte Entwurf der Finanzplanung 2012 enthielt favorisierte projektbezogene Einstellungsvorschläge in den Bereichen der Alten- und Wohnungslosenhilfe. In den weiteren Angebotsbereichen wurden die Projektförderungen um pauschal 1,2 % gekürzt.

Die projektbezogenen Einstellungsvorschläge betrafen konkret die Schließung des Mobilitätshilfedienstes des Beschäftigungswerks Arbeit für Berlin GmbH und des Bahnhofsdienstes am Ostbahnhof von MUT jeweils zum 30.06.2012.

Projektbezogene Auflagenbeschlüsse des Haushaltsgesetzgebers im Doppelhaushalt 2012/13 sorgten im Weiteren für eine zusätzliche Herausforderung bei der Umsetzung der Finanzplanung 2012. Der Beschluss zur Weiterförderung des o.a. Bahnhofsdienstes bis Ende 2012 widersprach z.B. der zuvor langjährig vertretenen Fachposition der LIGA und der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung. Die Auswirkungen dieses Auflagenbeschlusses führten in Vorbereitung auf die Finanzplanung 2013 zu einer nochmaligen Bestätigung dieser gemeinsamen Fachposition und letztlich der notgedrungenen Schließung eines aus einheitlicher Sicht der Vertrags- und Vereinbarungspartner im Vergleich vorrangigen Beratungsprojektes im Bereich der Haftentlassenenhilfe ab dem 01.01.2013.

Dieses Beispiel belegt deutlich, dass jeder Neuantrag bzw. jede projektbezogene Aufstockung in einem finanziell gedeckelten Förderprogramm mit 100 % Mittelbindung durch die bereits geförderten Projekte nur um den Preis einer Kürzung oder gar Einstellung einer Projektförderung an anderer Stelle als Ergebnis eines Entscheidungsprozesses der dafür verantwortlichen Exekutive möglichst in Abstimmung mit den Vertrags- und Vereinbarungspartnern zu erreichen ist.

Tarifanpassungen 2012

Ein wesentliches Thema war die Verteilung der durch das Abgeordnetenhaus zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel für Tarifanpassungen bei den Zuwendungsempfängern. Die Umsetzung dieses Vorhabens hat sowohl bei der Verwaltung, als auch bei Trägern erhebliche Ressourcen gebunden und war Gegenstand kontroverser Diskussionen im Kooperationsgremium.

Haushaltswirtschaftliche Regelungen:

Grundlage für die Tarifanpassungen stellen der entsprechende Beschluss zum Doppelhaushalt 2012/ 2013 sowie das 2. Haushaltswirtschaftsrundschreiben 2012 der Senatsverwaltung für Finanzen vom 28. Juni 2012 dar. Danach wurden zum Ausgleich höherer Ausgaben an Zuwendungs- und Zuschussempfänger aufgrund von Tarifanpassungen Verstärkungsmittel i.H.v. 1.300.000 Euro veranschlagt, die insbesondere für Mehrausgaben in den Einzelplänen der Senatsverwaltungen vorgesehen waren. Für den Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales standen für das Jahr 2012 für die Projekte des Integrierten Sozialprogramms, anteilig Mittel bis zur Höhe von 49.942,-- Euro zur Verfügung.

Die Zuwendungsempfänger wurden vorsorglich darauf hingewiesen, dass aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel die beantragten Aufstockungsanträge voraussichtlich nicht in voller Höhe bedient werden können, und keine Ansprüche auf eine Fortsetzung der Gewährung bestehen.

Verfahren

Die Zuwendungsempfänger wurden vom Landesamt für Gesundheit und Soziales über die Möglichkeit einer Inanspruchnahme der bereitgestellten zusätzlichen Landesmittel für Tarif- bzw. Vergütungsanpassungen zeitnah informiert, und es wurden die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen erläutert. Höhere Zuwendungen konnten demnach für fehlbedarfsfinanzierte Projekte beantragt werden, sofern zwingende Tarif- bzw. Vergütungsanpassungsnotwendigkeiten bestehen und keine Möglichkeit zur Selbsterwirtschaftung der zusätzlichen Personalausgaben gegeben ist. Von den Trägern war bei der Anpassung das zuwendungsrechtliche Besserstellungsverbot zu beachten. Obergrenze bildet dabei der im Land Berlin geltende Tarifvertrag, so dass die Zuwendungsempfänger grundsätzlich keine höheren als in diesem Tarifvertrag vorgesehenen Zahlungen leisten dürfen.

Die von den Trägern daraufhin gestellten Aufstockungsanträge überstiegen deutlich die zur Verfügung stehenden Mittel. Das LAGeSo als zuständige Bewilligungsstelle hat daraufhin die Anträge insbesondere auf Einhaltung des Besserstellungsverbots stellenscharf geprüft. Das Ergebnis lag unterhalb der Antragssumme, überschritt aber deutlich den tatsächlich zur Verfügung stehenden Betrag. Daher mussten Festlegungen zu einer prozentualen Verteilung getroffen werden. Letztendlich konnten den Zuwendungsempfängern für die im ISP geförderten Projekte für das Jahr 2012 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 35.806,68,--Euro , allerdings nur als Einmalzahlungen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel konnten - wie bereits ausgeführt- nur für bereits eingegangene tarif- bzw. arbeitsvertragliche Verpflichtungen eingesetzt werden. Die nicht vollständige Ausschöpfung der insgesamt zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel liegt darin begründet, dass sich einzelne Träger unter anderem nicht in der Lage sahen, den dafür erforderlichen Eigenanteil in Höhe von 50 v.H. zu erbringen.

Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen und haushaltsrechtlicher Erfordernisse stellte die Umsetzung der Tarifierpassungen für alle Beteiligten einen erheblichen Mehraufwand dar. Die LIGA der Wohlfahrtsverbände und die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sind sich einig in der Einschätzung, dass die Tarifierpassung durch zusätzlich vom Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellte Mittel ein Schritt in die richtige Richtung ist. Allerdings konnten damit noch nicht alle erforderlichen Anpassungen erreicht werden.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat sich daher mit Nachdruck für eine Verstärkung der Tarifierpassungen im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 eingesetzt, wobei im Hinblick auf die Vergabe eine einheitliche Praxis in allen Zuwendungsbereichen angestrebt wird. Die in 2012 geltenden Ausschlussstatbestände werden kritisch überprüft.

Lenkungsgremium

a) systemische Steuerung nach § 4 Abs. 1 S. 3 RFV

Das Lenkungsgremium beauftragte die Fachebene der Vertragsparteien in seiner ersten Sitzung am 05.03.2012 mit der Definition dieser dem neuen Gremium zugewiesenen Aufgabe bis zur zweiten Sitzung am 03.09.2012.

Der Auftrag konnte nach zuerst verwaltungsinterner Abstimmung mit der LIGA termingerecht und erfolgreich erledigt werden.

In seiner zweiten Sitzung akzeptierte das Lenkungsgremium den abgestimmten Definitionsvorschlag und das gleichzeitig vorgelegte dreiteilige Stufenmodell zur diesbezüglichen zukünftigen Aufgabenerledigung im Lenkungsgremium bis 2014.

b) Überprüfungsauftrag aus den Regierungsrichtlinien

Ein Bestandteil des Stufenmodells ist die gemeinsame Erfüllung des unter XIX. Nr. 1 S. 3 der Regierungsrichtlinien enthaltenen Auftrags durch die Vertragspartner.

In der zweiten Sitzung des Lenkungsgremiums am 24.09.2012 verständigten sich die Vertragspartner auf die diesbezügliche Einrichtung einer Facharbeitsgruppe. Die Überprüfung selbst soll in 2013 stattfinden. Die Ergebnisse bilden dann die Basis für eine ggf. bis spätestens 30.04.2014 zu erfolgende Verständigung der Vertragspartner zur Fortsetzung des RFV ab 2016 und damit eine ggf. ab dem 01.05.2014 beginnende Verhandlungsphase.

Übersicht der Angebotsbereiche

Einleitung

Im folgenden wird zunächst ein Überblick über die Gesamtfinanzierung des Programms und die einzelnen Angebotsbereiche gegeben. Neben allgemeinen Ausführungen zur Ausrichtung der Projekte einschließlich der Ziele der Angebote werden auch die vorrangigen Zielgruppen benannt und Hinweise auf die Entwicklung in den letzten Jahren gegeben. Eine wichtige Grundlage für die Ausführungen bilden die Sachberichte der Projekte und die Erkenntnisse aus den laufenden Projektbegleitungen, sowie die Ergebnisse der Projektgruppen, die vom Kooperationsgremium für jeden Angebotsbereich eingesetzt worden sind.

Bei der Auswertung der Sachberichte wurden, wie in den vergangenen Jahren, in einigen Bereichen erneut externe Dienstleister mit der Auswertung von Leistungsdaten beauftragt. Für den Bereich der Mobilitätshilfedienste (Angebotsbereich 1.1.1) basieren die Aussagen auf den Ergebnissen der BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH. Die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. hat ihre Ergebnisse für den Angebotsbereich 4.1 und die BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH für den Angebotsbereich 4.2 in Kurzberichten zusammengefasst, die in den entsprechenden Abschnitten wiedergegeben werden.

Im Jahr 2012 wurden 114 gesamtstädtische Projekte (ohne den Angebotsbereich Zentrale Aufgaben mit weiteren 7 Projektförderungen) gefördert, die sich wie folgt auf fünf übergeordnete Angebotsbereiche verteilen:

1. Altenhilfe: 38 Projekte
2. Ehrenamt und Selbsthilfe: 24 Projekte
3. Behindertenhilfe: 31 Projekte
4. Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe: 17 Projekte (einschließlich 1 Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung)
5. Migrantensozialdienste: 4 Projekte

Eine detaillierte Projektübersicht ist dem Anhang zu entnehmen.

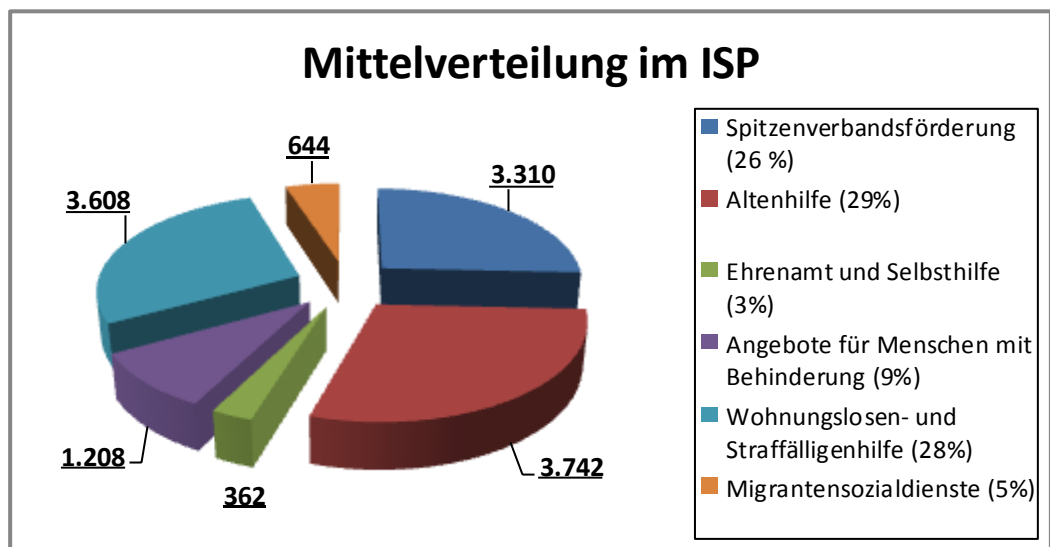
Finanzierungsrahmen

Entsprechend der im Rahmenfördervertrag erfolgten landesseitigen Finanzierungszusage standen im Berichtsjahr insgesamt 12.919.000,--Euro zur Verfügung. Davon waren gem. Festlegung im Rahmenfördervertrag 3.300.000,--Euro für die Spitzenverbandsförderung einzusetzen. Darüber hinaus wurden für die Tarifanpassung zusätzliche Mittel i.H.v.35.806,68,--Euro bewilligt. Insgesamt wurden Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 12.873.697,07 Euro ausgesprochen, von denen letztendlich 12.838.343,51 Euro von den Projekten abgerufen wurden.

Die bewilligten Mittel verteilten sich wie folgt auf die o.g. Angebotsbereiche (auf volle Tausend Euro gerundet):

1. Altenhilfe: 3.742
2. Ehrenamt und Selbsthilfe: 362
3. Behindertenhilfe: 1.208
4. Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe : 3. 608 (einschließlich 1 Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung)
5. Migrantensozialdienste: 644

Darüber hinaus wurden im Bereich der Spitzenverbandsförderung insgesamt 3.310 TEuro bewilligt.



Mit rund 29% und 28% sind die größten Anteile der Mittel in die Angebotsbereiche Altenhilfe und Wohnungslosen/ Straffälligenhilfe geflossen. Im Bereich der Spitzenverbandsförderung erhielten die Wohlfahrtsverbände rund 26 % der bewilligten Mittel. Weitere Mittel flossen in die Bereiche der Angebote für Menschen mit Behinderung (rund 9%), Migrantensozialdienste (rund 5%) und Ehrenamt/ Selbsthilfe (rund 3%).

Angebotsbereich Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben)

Wesentlichen Aufgaben und Ziele im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin bestehen aus Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V., Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. und die Jüdische Gemeinde zu Berlin.

Sie sind ein integraler Bestandteil des Systems der sozialen Sicherung im historisch gewachsenen Sozialstaat. Durch die Gesetzgebung ist den Trägern der Sozialhilfe nicht nur der Schutz dieser Funktion, sondern vor allem die Förderung, Zusammenarbeit und unter bestimmten Voraussetzungen der Verzicht auf eigene Einrichtungen und Veranstaltungen aufgegeben (vgl. § 17 SGB I, §§ 4, 71, 74, 78 und 80 SGB VIII, § 13 Abs. 6 SGB IX, §§ 4 und 5 SGB XII). Darüber hinaus können die Träger der Sozialhilfe die Durchführung eigener Aufgaben den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege übertragen (§ 5 Abs. 2 SGB XII).

Grundlegender Bestandteil im Zusammenwirken von Träger der Sozialhilfe und Freier Wohlfahrtspflege ist die Selbstständigkeit der Wohlfahrtsverbände bei der Zielsetzung und der Durchführung ihrer Aufgaben (§ 5 Abs. 2 Satz 2 SGB XII).

Im Rahmen der sog. Zentralen Aufgaben erbringen die Spitzenverbände vorrangig Leistungen gegenüber angeschlossenen Organisationen und Projekten vor Ort. Hierbei handelt es sich insbesondere um Steuerungs-, Informations-, Koordinations- und Beratungsdienstleistungen, Erfahrungsaustausch sowie Vertretungsleistungen. Gleichzeitig nehmen die Spitzenverbände die Funktion des Ansprechpartners für Verwaltung und Politik auf der Landesebene wahr. Dies erfolgt sowohl auf vertraglicher als auch auf gesetzlicher Basis.

Als gesamtstädtisch wirkende soziale Steuerungsinstanzen tragen sie darüber hinaus zur Bewältigung sozial- und gesundheitspolitischer Handlungserfordernisse und zur Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung im Bereich sozialer Dienstleistungen bei. Die Verbände sind bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen deshalb grundsätzlich an denselben Leitkriterien wie andere Leistungserbringer zu messen (Fachlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Qualität, Bedarfsorientierung).

Die Ziele, Aufgaben und Leistungen im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit wurden in § 5 Rahmenfördervertrag in Verbindung mit § 3 Abs. 8 Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms am 16.12.2010 von der LIGA und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (fachlicher Nachfolger: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales) festgelegt.

Durch die Spitzenverbandsförderung auf Grundlage des § 5 Abs. 3 SGB XII unterstützt die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales die Freie Wohlfahrtspflege bei der:

- aktiven Gestaltung der sozialen Arbeit im Land Berlin,
- Mitwirkung an der Herstellung einer zeit- und bedarfsgerechten gesundheitlichen und sozialen Versorgung,
- Verhinderung und Reduzierung sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Not,

- interkulturellen Öffnung, Förderung der ehrenamtlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Engagements sowie weiteren Querschnittsthemen und
- sozialpolitischen Begleitung und Beförderung der Umsetzung landespolitischer Maßnahmen.

Die weitere Konkretisierung ergibt sich aus Anlage 1 des Vertrages.²

Erstellung der Jahresplanung im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die o. g. festgelegten Ziele und Aufgaben bilden die Referenzebene, an der sich die Spitzenverbandsförderung im Bereich der sog. Zentralen Aufgaben nachweisbar zu orientieren hat. Die Vereinbarungspartner sollen verbandsübergreifende sowie die verbandsbezogene Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der mit der Spitzenverbandsförderung zu verfolgenden Ziele abstimmen (§ 3 Absatz 8 KoopV ISP).

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales kommt dieser Aufgabe durch die Ermittlung fachpolitischer Ziele nach, welche den Spitzenverbänden mit der Bitte um Berücksichtigung im Rahmen der Jahresplanung der Projekte zugeleitet wird. Die nächste Zuleitung ist turnusgemäß im Jahr 2014 vorgesehen.

Die im Rahmen einer Projektförderung von der Senatsverwaltung vergebene Spitzenverbandsförderung korrespondiert mit den traditionellen Fachgebieten der sozialen und gesundheitlichen Arbeit, wie z. B. Altenhilfe, Behindertenhilfe, Gesundheitsvorsorge, Wohnungslosenhilfe, Migration etc. und übergeordneten Arbeitsfeldern wie Organisationsentwicklung, Qualitätsmanagement, Interkulturelle Öffnung und unterstützende Infrastruktur. Diese Arbeitsfelder sind in den Organisationseinheiten bzw. Geschäftsfeldern der Spitzenverbände mit Bezug auf die verbandlichen Aktivitäten abgebildet.

Für jedes Geschäftsfeld bzw. jede Organisationseinheit erstellen die Spitzenverbände eine sog. Scorecard (Geschäftsfelder, Einzelübersicht, Jahresvorhaben, Stellenplanung). Diese beruhen auf Rahmenplanungen und Rahmenvorgaben des Landes und berücksichtigen bundes- und landesrechtliche Vorgaben, aktuelle Entwicklungen und strategische Vorgaben der Spitzenverbände. Die Bearbeitung geeigneter verbandsübergreifender Themenstellungen wird zwischen den Verbänden abgestimmt, um Synergieeffekte zu erzielen und den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gewährleisten.

Die Scorecards und die darauf beruhende Sachberichtserstattung liefern der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, wichtige Informationen über die Arbeit der Wohlfahrtsverbände.

Unter Berücksichtigung der Unabhängigkeit der Wohlfahrtsverbände, kann ein beratender Einfluss der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales auf die verbandsbezogenen Arbeitsschwerpunkte auf der Grundlage der sogenannten „Allgemeinen wohlfahrtspflegerischen Ziele“, welche als Anlage 1 den Rahmenfördervertrag ergänzen, sinnvoll sein.

Im Jahr 2012 wurde hierzu mit den Spitzenverbänden im Kooperationsgremium Soziales und der Arbeitsgruppe Spitzenverbandsförderung eine übergreifende Abfrage im Rahmen der Umsetzung baulicher und technischer Barrierefreiheit bei Projekten des Förderprogramms ISP erstmalig erörtert.

² Anlage 1 zum RFV formuliert allgemeine wohlfahrtspflegerische Ziele der Verbände. Sie widerspiegelt den gegenwärtigen Zielkatalog der Verbände und ist für die Zukunft offen.

Die o. g. Erläuterungen beschreiben die Prozesse der operativen Steuerung der Projekte im Rahmen der Spitzenverbandsförderung und stellen die übergreifende Funktion der Spitzenverbände im Rahmen der gemeinsamen Aussteuerung der drei Förderprogramme (ISP, IGP und IFP STZ) und deren Angebotsbereiche dar.

Finanzierung der Projekte im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Insgesamt wurden im Rahmen der Förderung der Spitzenverbandsarbeit im Bereich der sog. Zentralen Aufgaben Fördermittel in Höhe von 3.279.175,80 Euro eingesetzt. Hierfür wurden insgesamt sechs Förderprojekte der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Berlin gefördert.

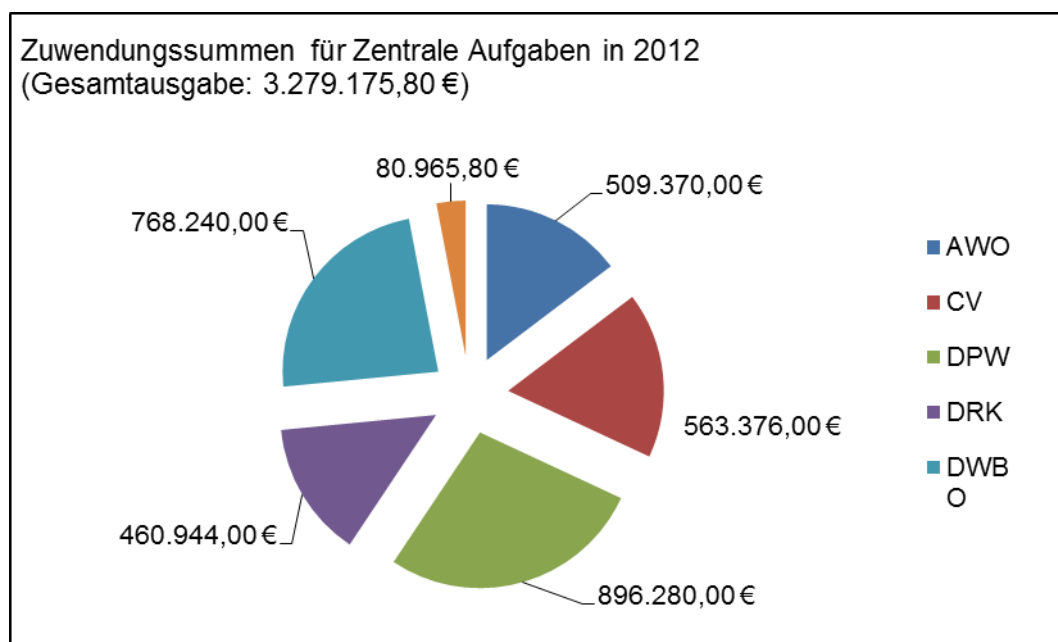
Die Zuwendungen werden als Projektförderungen vergeben, die in Form einer Festbetragsfinanzierung eine bedarfsbezogene finanzielle Förderung von Personalkosten vorsieht. Die Verbände bringen Eigenmittel in Form von sog. Pauschalen Sachkosten (in Anlehnung an eine Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) ein.

Geförderte Projekte:

- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. (AWO)
- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. (CV)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. (DPW)
- Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. (DRK)
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO)
- Jüdische Gemeinde zu Berlin (JG)

AWO	CV	DPW	DRK	DWBO	JG
509.370,00 Euro	563.376,00 Euro	896.280,00 Euro	460.944,00 Euro	768.240,00 Euro	80.965,80 Euro

Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Zuwendungen 2012, Stand: 31.12.2012



Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Stand: 31.12.2012

Über die o. g. Fördermittel hinaus, erhielten die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. und BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH über das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Fördermittel in Höhe von 27.726,95 Euro für die ergänzende statistische Auswertung von Daten und Einzeldiensten in den Zielgruppen 4.1 und 4.2 (Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe) und 3 (Behindertenhilfe).

Sachberichtslegung und Projektgruppe im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die anstehenden Aufgaben des Angebotsbereiches Zentrale Aufgaben werden im Rahmen der Arbeitsgruppe Spitzenverbandsförderung besprochen (vgl. § 5 Rahmenfördervertrag in Verbindung mit § 3 Abs. 8 Kooperationsvereinbarung Integriertes Sozialprogramm).

Im Rahmen der Projektübersicht werden nachfolgend die durch jeden Wohlfahrtsverband für 2012 festgelegten Geschäftsfelder in Form eines Organigramms aufgeführt. Aus Gründen der Barrierefreiheit erfolgt für jede Übersicht zu den Geschäftsfeldern eine kurze schriftliche Einleitung.

Die von den Wohlfahrtsverbänden für jedes Geschäftsfeld eingereichte Sachberichtserstattung wurde vom zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales überprüft. Die Darstellung der verbandlichen Aktivitäten ist äußerst umfangreich und würde den Rahmen dieses Berichtes überschreiten. Etwaiger Ergänzungs- und Erläuterungsbedarf wurde von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales jedem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege mitgeteilt.

Ergänzend wurde auf Basis der Sachberichtserstattung, und den von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales den Wohlfahrtsverbände hierzu übermittelten Hinweisen, zwei weitere Fragen mit Rückblick auf das Jahr 2012 und zur Aussicht für kommende Jahre gestellt. Die Fragen lauteten:

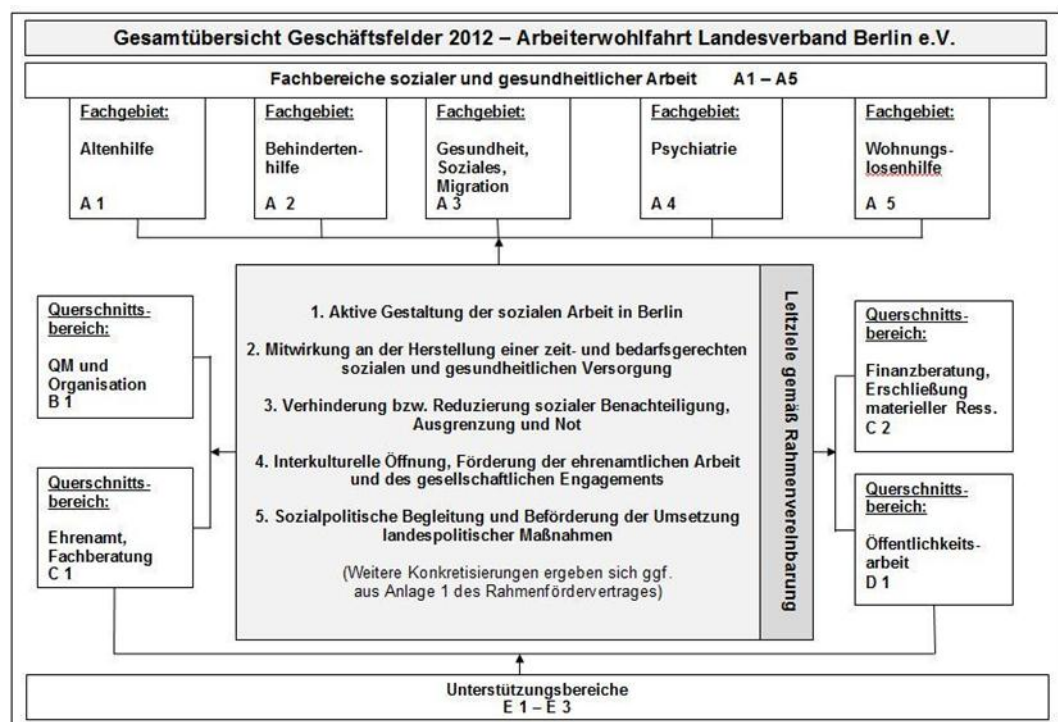
- Welche beiden Maßnahmen, Entwicklungen, Initiativen etc. im Bereich der Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben), die durch den Wohlfahrtsverband erfolgreich ausgeführt, begleitet und/oder initiiert wurde, sind für den Rückblick auf das Jahr 2012 besonders hervorzuheben?
- Welche/s Problem, Hindernis, Maßnahme etc. im Bereich der Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben), war für den Wohlfahrtsverband die größte Herausforderung im Jahr 2012 und steht ggf. auch in darauffolgenden Jahren auf der Tagesordnung?

Für jeden teilnehmenden Wohlfahrtsverband wurde auf Basis der eingereichten Rückmeldungen eine Ergänzung der Leistungsbilanz vorgenommen (jeweils im Anschluss an die grafische Übersicht zu den Geschäftsfeldern).

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. (AWO)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des AWO Landesverband Berlin umfassten im Jahr 2012 die Fachgebiete Altenhilfe, Behindertenhilfe, Gesundheit/Soziales/Migration, Psychiatrie und Wohnungslosenhilfe. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Qualitätsmanagement, Organisation, Finanzen, Ehrenamt/Fachberatung und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Inklusive der Mitarbeiter/innen in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 14 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 17 Mitarbeiter/innen) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 10,41 Stellen; Vorjahr: ca. 11,16 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 509.370,00 Euro (Vorjahr: 480.168,65 Euro³) übernommen.



Quelle: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2012 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,25 bis 1,78 Stellenanteile pro Fachbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Die AWO benannte nachfolgende im Jahr 2012 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die für die Arbeit im Jahr 2013 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

- Zu Beginn des Jahres 2012 wurde der AWO Landesverband Berlin aus der Insolvenz entlassen und stellt fest, dass sich der Landesverband im Laufe des Jahres 2012 in allen Fachbereichen gefestigt und weiterentwickelt hat. Besonders hervorzuheben ist, dass der AWO Landesverband Berlin einschließlich seiner Einrichtungen im Dezember 2012 von der Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen nach DIN EN ISO 9001:2008

³ Mit der genannten Summe wurden im Jahr 2011 weniger Personalkosten abgerechnet als ursprünglich in der Jahresplanung angesetzt, da bestimmte Personalkostenanteile im Rahmen des anhängigen Insolvenzverfahrens von anderen Leistungsgebern übernommen wurden.

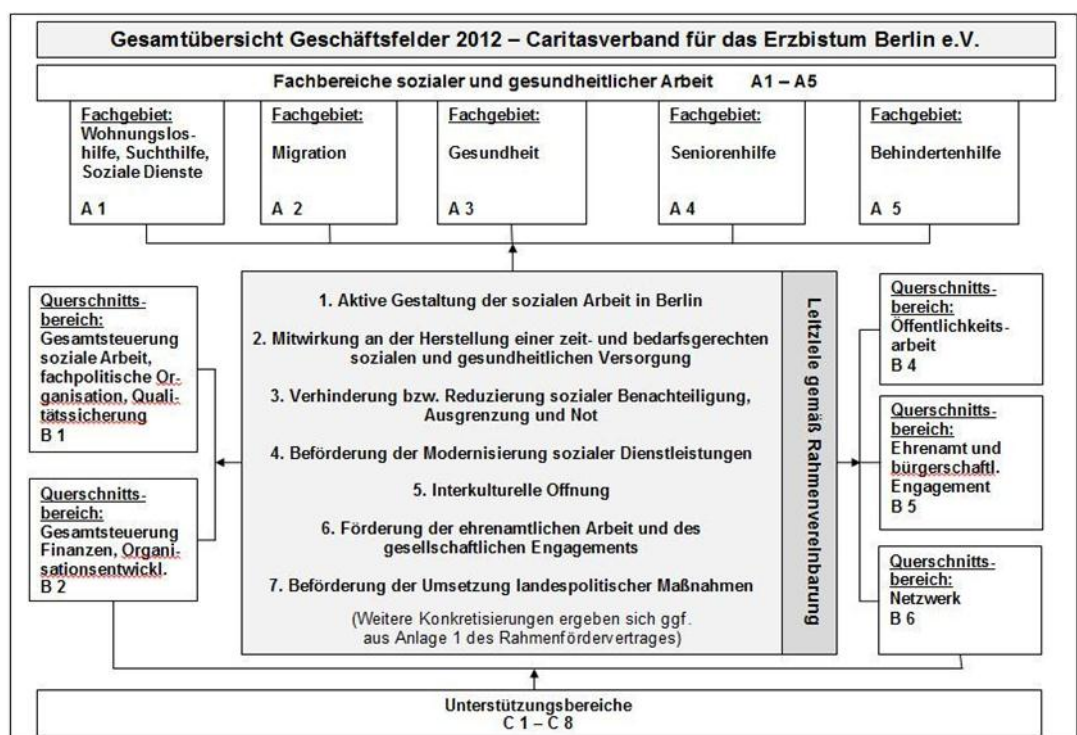
und nach AWO-Normen zertifiziert wurde. Die externe Zertifizierungsgesellschaft stellte dabei keinerlei Abweichung oder zu ergreifende Maßnahmen fest.

- Auf fachlicher Ebene zogen sich im Jahr 2012 die Themen Familienarmut sowie Inklusion durch alle Fachbereiche. Beide Themen werden den Landesverband auch in den Folgejahren fordern, beispielsweise durch die Mitarbeit der Fachreferenten des AWO Landesverbandes in der Landesarmutskonferenz und bei der Organisation von Fachtagen.
- Ein weitere große Herausforderung für den AWO Landesverband und seiner ihm angeschlossenen Träger, ist die immer stärker wachsende Schere zwischen der Forderung nach Tarifbezahlung und regelmäßiger Erhöhung für alle Beschäftigten auf einer Seite und die Nichtrealisierbarkeit der Refinanzierung dieser Erhöhungen. Während im Entgeltbereich eine teilweise Refinanzierung der Tarifierhöhungen erfolgt, wird im gesamten Zuwendungsbereich die Erhöhung nicht oder nur zu einem Bruchteil erstattet. Dies stellt alle Träger zunehmend unter Druck, da entsprechende Eigenmittel in der Regel nicht vorhanden sind und sich nicht erschließen lassen. Hier sieht der AWO Landesverband Berlin die Gefahr, dass zukünftig die Qualität der erbrachten Leistungen sinken wird, da den Trägern nur die Möglichkeit der Refinanzierung über Personaleinsparungen bleibt.
- Ein großes Schwerpunktthema für das Jahr 2013 ff sind für den AWO Landesverband Berlin die Verhandlungen zu den Rahmenverträgen im Entgeltbereich.

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. (CV)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des CV umfassten im Jahr 2012 die Fachgebiete Wohnungslosenhilfe/Suchthilfe/Soziale Dienste, Migration, Gesundheit, Seniorenhilfe und Behindertenhilfe. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Qualitätsmanagement, Finanzen, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement und Netzwerk ab.

Inklusive der Mitarbeiter/innen in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 23 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 28 Mitarbeiter/innen) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 12,50 Stellen; Vorjahr ca. 12,25 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 563.376,00 Euro (Vorjahr: 563.376,00 Euro) übernommen. Aufgrund seiner tarifvertraglichen Verpflichtungen übernahm der CV einen darüber hinausgehenden Anteil in Höhe von 65.543,19 Euro (Vorjahr: 41.080,47 Euro).



Quelle: Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2012 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,30 bis 1,00 Stellenanteilen pro Fachgebiet) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Der CV benannte nachfolgende im Jahr 2012 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die für die Arbeit im Jahr 2013 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

Im Bereich der spitzenverbandlichen Tätigkeit war die Berufung von Frau Prof. Dr. Kostka als Nachfolgerin von Diözesancaritasdirektor Herrn Franz-Heinrich Fischler eine wesentliche Veränderung. In der Folge wurde gemeinsam mit den Mitarbeitenden eine sozialpolitische Position (Befragung aller Caritasdienste/-einrichtungen) erarbeitet. Zukünftig ist eine regelmäßige Befragung und die Weiterentwicklung als Sozialmonitoring vorgesehen, um den Senat aus der Praxis aufzeigen zu können,

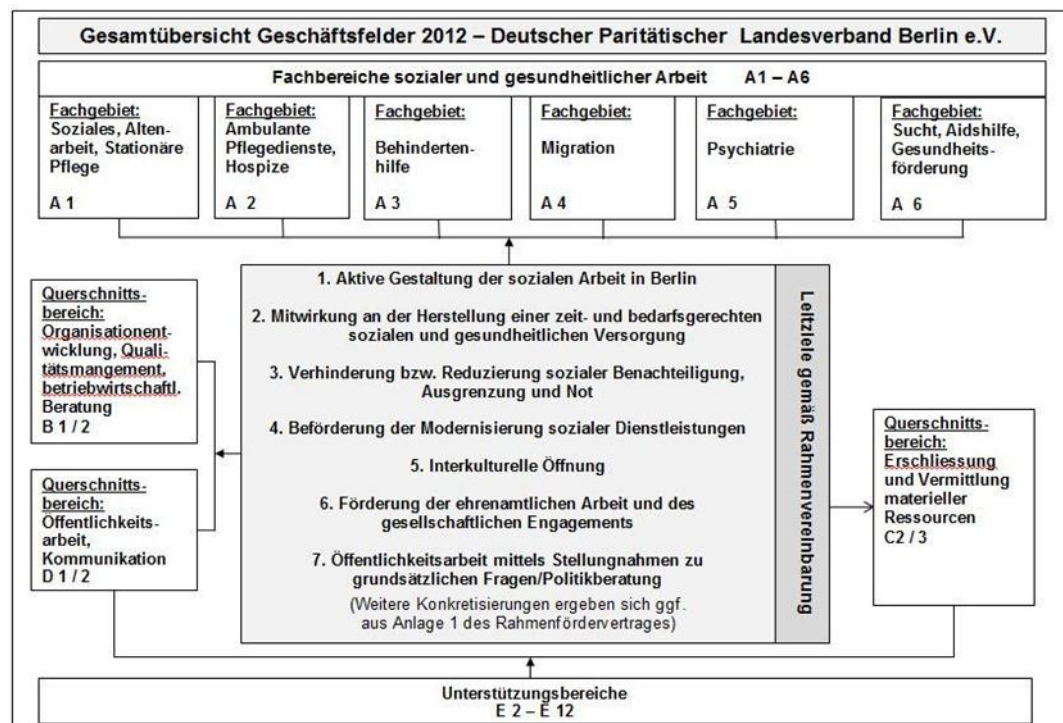
wo versteigende Nöte in Berlin beobachtet werden und sozialpolitischer Handlungsbedarf gegeben ist. Die sozialpolitische Position wurde im März 2013 veröffentlicht (www.caritas-berlin.de).

- Im Rahmen der Zentralen Aufgaben ist die fachliche und qualitative Weiterentwicklung der Dienste und Einrichtungen und der politischen Arbeit ein Gesamtziel. Neben Themen in den einzelnen Arbeitsfeldern erscheint von besonderer Bedeutung eine stärkere fachliche Qualifizierung und mehr politisches Engagement im Bereich der Suchthilfe und deutlichere Vernetzung mit der Psychiatrie. In diesem Bereich will der CV seine Aktivitäten ausbauen und entwickelte im Jahr 2012 ein Konzept zur Stärkung eines übergreifenden Qualitätsmanagements im CV, welches im Jahr 2013 startet.
- Im Rahmen der Liga der freien Wohlfahrtsverbände übernahm der CV die Federführung für die Organisation einer Demonstration am 03.09.2012 gegen die immer schlechter werden Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege.
- Mit der Aktion „Gutes Sehen für alle“ machte der CV gemeinsam mit dem Deutschen Caritasverband am 10.10.2012 auf die mangelhafte Brillenversorgung von erwachsenen Beziehern von ALG-II und Grundsicherung aufmerksam und zeigte die Notwendigkeit auf, diese in den Regelleistungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen oder andere Finanzierungsformen sicherzustellen. 3.000 betroffene Berliner/innen erhielten durch den CV in einer mehrwöchigen Aktion mit Hilfe von beteiligten Augenoptikerverbänden, Optikern in Berlin und Brillenglasherstellern eine kostenlose Brillenversorgung.
- Ein großes Thema war in Berlin im Jahr 2012 die Verbesserung der Lebenssituation von Roma und Sinti, die aus Ost- und Südosteuropa nach Berlin kommen. Der CV engagierte sich hier insbesondere im Projekt „Harzer Straße“, einem Wohnkomplex der durch die Aachener Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft saniert und daraus ein Vorzeigeprojekt entwickelte, u. a. gemeinsam mit dem CV. Das Projekt wurde weltweit mit hohem Interesse wahrgenommen. Angesichts fehlender Unterkünfte für Flüchtlinge in Berlin koordinierte der CV die Suche nach freistehenden geeigneten kirchlichen Immobilien in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales. Im „Haus zum Guten Hirten“, einer Immobilie auf dem Gelände des CV, soll eine Flüchtlingsunterkunft für Familien entstehen.
- Weitere sozialpolitische Schwerpunktthemen waren u. a. die Positionierung des CV zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von EU-Bürger/innen, zur vertraulichen sowie anonymen Geburt und zur Babyklappe.
- Eine Herausforderung für den CV ist die unzureichende Refinanzierung von Tarifsteigerungen. Als tarifgebundene Wohlfahrtsverbände sind Diakonie und Caritas hier besonders benachteiligt. Die unzureichende Refinanzierung ist existenzgefährdend für viele Dienste und Einrichtungen. Der Eigenmittelanteil steigt ständig aufgrund von Tarifsteigerungen, die gleichzeitig für die Attraktivität der sozialen Berufe dringend notwendig sind.
- Der CV setzt sich auch zukünftig für eine wesentlich stärkere zielorientierte Diskussion ein, die sich mehr an sozialpolitischen Handlungsbedarfen orientiert. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht des CV das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Senat und der Liga der freien Wohlfahrtsverbände verbesserungswürdig, um eine stärkere inhaltliche und strategische Diskussion zu erreichen.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. (DPW)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DPW umfassten im Jahr 2012 die Fachgebiete Soziales/Altenarbeit/stationäre Pflege, Ambulante Pflege/Hospize, Behinderten-hilfe, Migration, Psychiatrie und Sucht-/Aidshilfe/Gesundheitsförderung. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Organisationsentwicklung/Qualitätsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit/ Kommunikation, Erschließung und Vermittlung materieller Ressourcen ab.

Inklusive der Mitarbeiter/innen in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 22 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 22 Mitarbeiter/innen) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 17,24 Stellen; Vorjahr: ca. 16,58 Stellen) sowie mehrere Honorarkräfte (Honorarkosten 27.563,50 Euro; Vorjahr: rd. 49.820,00 Euro) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personal- und Honorarkosten in Höhe von insgesamt 896.280,00 Euro (Vorjahr: 896.280,00 Euro) übernommen.



Quelle: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2012 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,47 bis 0,90 Stellenanteilen pro Fachbereich und ca. 1,15 bis 1,80 Stellenanteilen pro Querschnittsbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Der DPW benannte nachfolgende im Jahr 2012 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die für die Arbeit im Jahr 2013 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

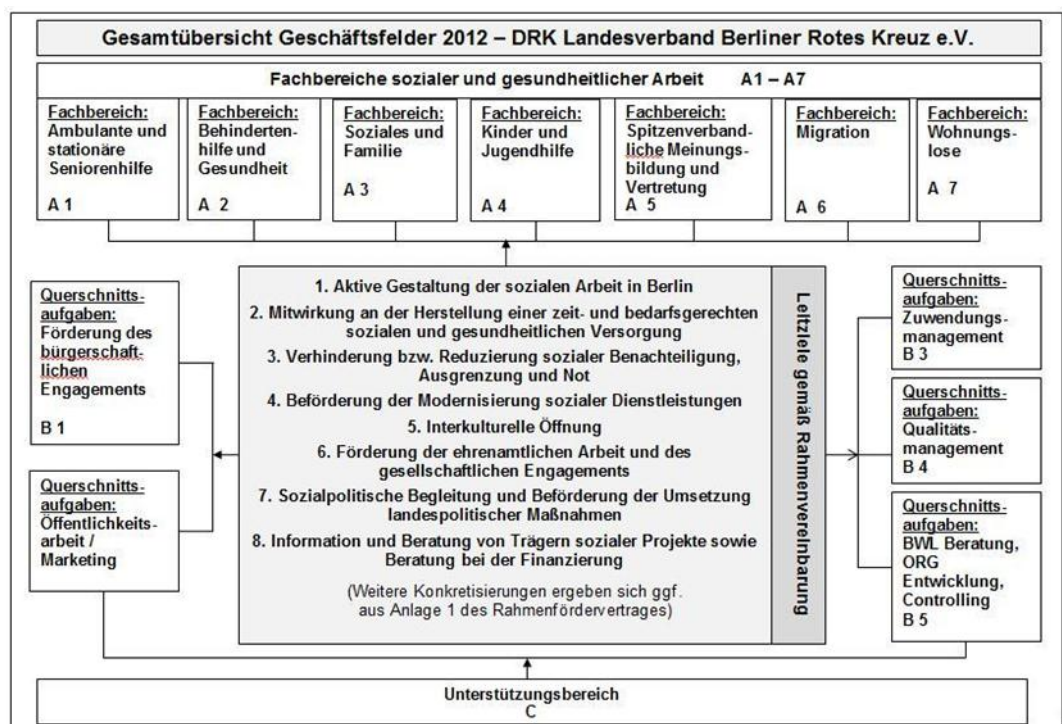
- Wichtiges Thema im Jahr 2012 war der Einstieg in die Inklusion, hier hat der DPW die Entwicklung „Nutzerorientierter Methoden der Qualitätsprüfung von sozialen Dienstleistungen“ entwickelt, dieses Projekt ist unter dem Namen NUEVA bekannt. Spezifikum des Modells ist, dass die Evaluatorinnen und Evaluatoren selbst Vertreter/innen der PEER-Group sind.

- Ein weiteres Thema war die Verschärfung des Fachkräftemangels, vor allem im Erziehungs- und Pflegebereich, dazu hat der DPW breite Öffentlichkeits- und Informationsarbeit geleistet.
- Darüber hinaus war die Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes, damit verbunden die Beendung des bisherigen Zivildienstes ein wichtiges Thema. Neben organisatorischen Regelungenfragen mussten hier neue Arbeitszuschnitte organisiert und die Abgrenzung zum Ehrenamt geklärt werden.
- Von großer Bedeutung ist die zunehmende Wohnungsknappheit in Berlin, d. h. die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit gesundheitlichen, sozialen und/oder ökonomischen Problemen. Für die Betreuung dieser Menschen benötigen die Träger entsprechende Wohnungen, um ihre Aufgaben adäquat wahrnehmen zu können.
- Grundlegendes Problem ist die weiterhin bestehende Misstrauenskultur gegenüber freien Trägern. Hier muss durch kontinuierliche Arbeit und Transparenz das Vertrauensverhältnis wieder gestärkt werden. Der Verband setzt sich weiterhin dafür ein, dass seine Mitglieder an der Initiative „Transparente Zivilgesellschaft“ teilnehmen.
- Zur Absicherung der Arbeit der Träger sind weitere wesentliche Fragen der Abschluss eines neuen Rahmenvertrages zum § 75 SGB XII sowie die Fortsetzung der Tarifierung sozialer Dienstleistungen, die aus Zuwendungsmitteln gefördert werden.

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. (DRK)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DRK umfassten im Jahr 2012 die Fachgebiete Seniorenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheit, Soziales und Familie, Spitzenverbandliche Meinungsbildung, Migration und Wohnungslose. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, Zuwendungs-/ Qualitätsmanagement, Organisationsentwicklung und Controlling ab.

Inklusive der Mitarbeiter/innen in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 17 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 19 Mitarbeiter/innen) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 8,8 Stellen; Vorjahr: korrigiert auf rd. 8,36 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 460.944,00 Euro (Vorjahr: 460.944,00 Euro) übernommen.



Quelle: Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2012 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,20 bis 1,00 Stellenanteilen pro Fachbereich und ca. 0,20 bis 0,80 Stellenanteilen pro Querschnittsbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Der DRK benannte nachfolgende im Jahr 2012 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die für die Arbeit im Jahr 2013 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

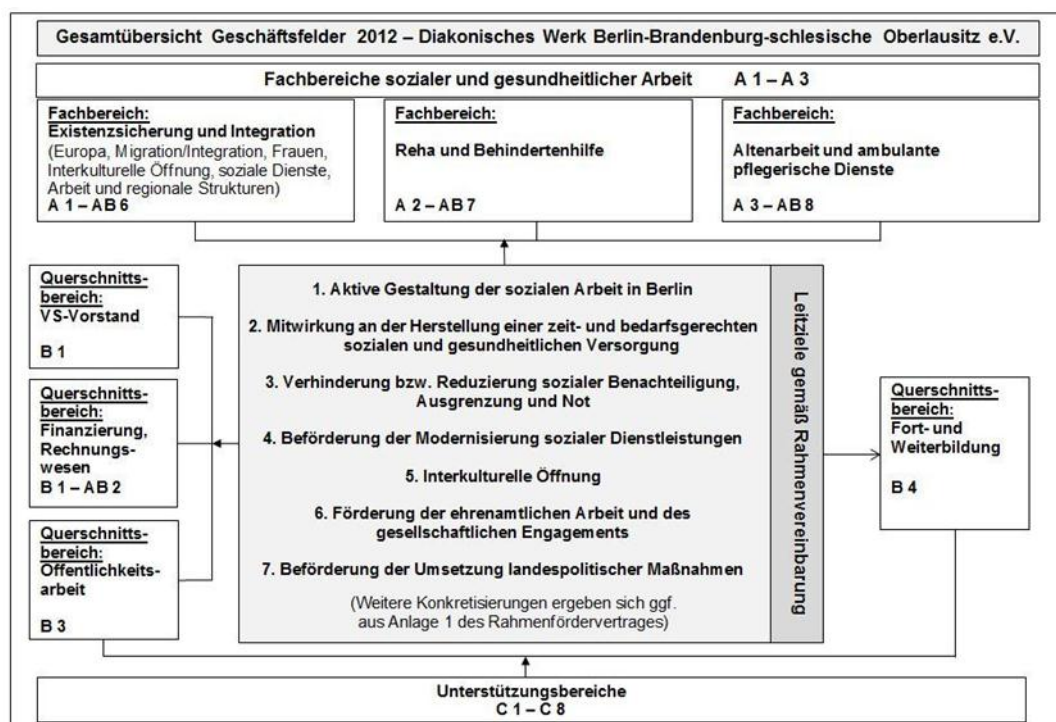
- Im Rahmen der DRK-Strategie 2011-2020 (Bundesstrategie) wurde die „Kindertagesbetreuung: Befähigung von Kindern, Partnerschaft mit Familien“ zum Hauptaufgabenfeld für eine Umsetzung auf Landes- und Kreisverbandsebene erklärt. Ergänzt wurde das Thema mit der Implementierung der DRK-Standards gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen in den Gliederungen (Verhaltenskodex zum Kindeswohl) sowie der Benennung eines Kinderschutzbeauftragten.

- Die DRK eigene Stiftung PRO MENSCHLICHKEIT hat in 2012 in einer ersten Maßnahme den Kreisverbänden 100.000,00 Euro zur Schaffung von neuen Plätzen in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Durch die Stiftungsmittel und dem Berliner Landesprogramm zum Kindertagesstättenausbau wurden 2012 die Grundlagen gelegt, dass 2013 der Kreisverband Nordost (Marzahn-Hellersdorf) die Platzwahl der Kindertagesstätte der Altersgruppe U/3 Ü/3 um 50 auf 80 Plätze erweitern konnte. Die Kreisverbände City (Mitte), Steglitz-Zehlendorf und die Schwesternschaft des Deutschen Roten Kreuzes nahmen in 2012 die Planung von Kindertageseinrichtungen auf.
- Durch die DRK-Strategie 2011-2020 wurden in den Gremien Fragen nach den Perspektiven/Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege gestellt und diskutiert. Welche Konsequenzen ergeben sich für den Spitzenverband durch die Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen für Gesundheit und Pflege, der zunehmenden Armutsentwicklung und dem demografischen Wandel? Wie gestaltet sich zukünftig die Finanzierung von sozialer Arbeit und ambulanter/stationärer Pflege? Die zunehmende Ökonomisierung der sozialen Arbeit in Form von Wettbewerb, unzureichender Anerkennung von Kostenelementen und steigendem Verwaltungsaufwand stellt an den Spitzenverband völlig neue Fragen in Bezug auf sein Selbstverständnis. Fehlende Eigenmittel, durch zunehmende Mitbewerber auf dem Spendenmarkt, verhindern schon heute soziale Projekte in den DRK-Kreisverbänden.
- Der Fachkräftemangel, als Auswirkungen des demografischen Wandels, besonders bei den Pflegefachkräften, erschwert schon heute das Ausprobieren von innovativen Pflegemodellen. Trotz berechtigter Bedenken von Verbandsvertretern begann der Träger einer ambulanten Pflegeeinrichtung ein Kooperationsprojekt, um qualifizierte Bewerber aus Spanien einzustellen.

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DWBO umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Existenzsicherung und Migration, Reha und Behindertenhilfe, Altenarbeit und ambulante pflegerische Dienste. Die Querschnittsbereiche bildeten Vorstand, Finanzierung, Rechnungswesen, Öffentlichkeitsarbeit, Fort- und Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Inklusive der Mitarbeiter/innen in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 24 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 22 Mitarbeiter/innen) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 14,52 Stellen; Vorjahr: ca. 13,70 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Sen GS Personalkosten in Höhe von 768.240,00 Euro (Vorjahr: 768.240,00 Euro) übernommen.



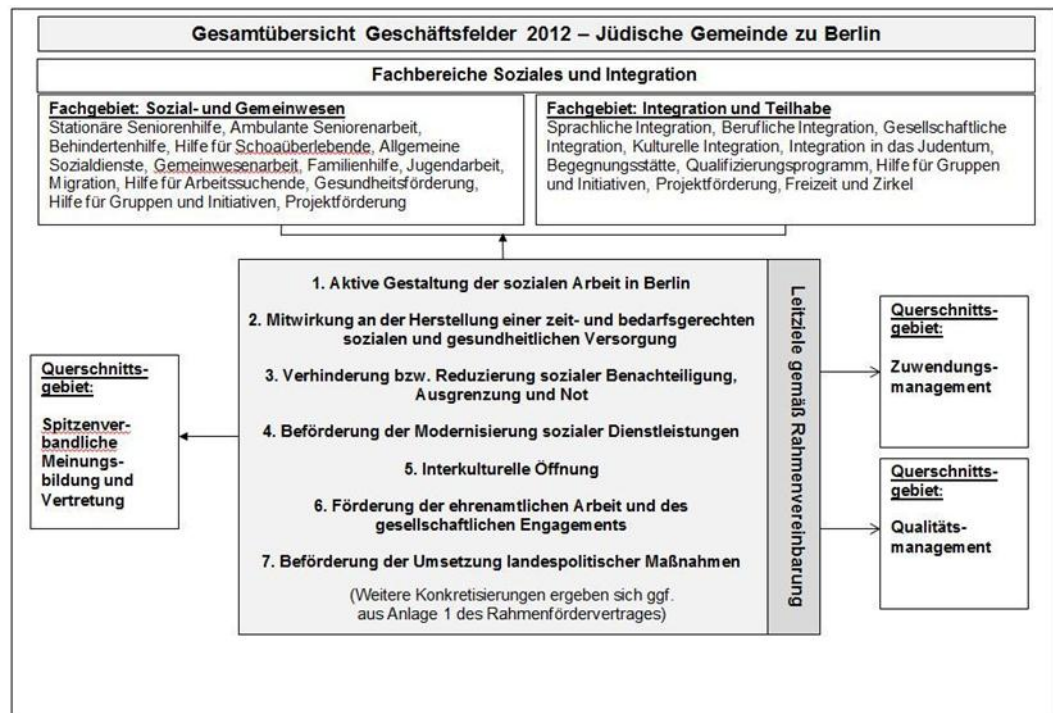
Quelle: Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2012 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 1,25 bis 2,35 Stellenanteilen pro Fachgebiet; Ausnahme VS-Vorstand und Finanzierung/Rechnungswesen mit 0,20 mit 0,50 Stellenanteilen) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Eine Rückmeldung des DWBO zu besonders hervorzuhebenden Entwicklungen und Initiativen für das Jahr 2012 sowie bedeutsamen Problemen und Maßnahmen im Jahr 2013 ff ging nicht rechtzeitig für eine Veröffentlichung im Rahmen dieser Berichterstattung ein.

Jüdische Gemeinde zu Berlin (JG)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit der JG umfassten im Jahr 2012 die Fachgebiete Sozial- und Gemeinwesen sowie Integration und Teilhabe. Die Querschnittsbereiche bildeten Spitzenverbandliche Meinungsvertretung/-vertretung und Zuwendungs-/Qualitätsmanagement ab. Inklusive der Mitarbeiter/innen in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 5 Mitarbeiter/innen (Vorjahr: 6 Mitarbeiter/innen) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 1,9 Stellen; Vorjahr: 2,18 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Sen GS Personalkosten in Höhe von 80.965,80 Euro (Vorjahr: 99.000,00 Euro) übernommen.



Quelle: Jüdische Gemeinde zu Berlin

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2012 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,20 bis 0,90 Stellenanteilen) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Die JG benannte nachfolgende im Jahr 2012 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die für die Arbeit im Jahr 2013 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

Allgemeines / Ziele:

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bot im Berichtsjahr 2012 berlinweit Beratung für ältere Menschen aus der jüdischen Gemeinde an, die zu einem großen Teil Überlebende der Shoa und deren Angehörige sind. Ältere und behinderte Mitglieder sollten hierbei möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen können. Die Mitarbeiter/innen der Sozialabteilung der JG berieten und informierten in allen sozialen und gesundheitlichen Fragen und unterstützten bei Verständigungsschwierigkeiten und bei Anträgen. Besonders häufig wurde bei komplexen Fragen der Sozialhilfe, des Rentenrechts, Fragen der Claims und Anträge zu Pflegeleistungen informiert und unterstützt.

Aufgaben und Leistungen:

2012 ist der jüdische Zuwandereranteil nicht weiter gestiegen. Nach statistischen Werten stieg aber wiederum die Zahl der zu beratenden Klienten gegenüber 2011. Zudem werden die beratenden

Klienten immer älter und gebrechlicher. Deshalb findet ein erheblicher Teil der Beratungstätigkeit in der eigenen Häuslichkeit statt. Die Zahl der aufsuchenden Sozialarbeit hat sich deshalb 2012 erhöht. Aus großer Angst vor dem öffentlichen Raum legen diese Klienten oft keine Wege mehr ohne Begleitung zurück.

Ausblick:

Für die Sozialabteilung wurden bereits Ende 2012 Planungs- und Organisationsvorbereitungen zur Umstrukturierung begonnen, die eine Renovierung und Neuaufteilung der Räume der Sozialabteilung beinhaltet. Hierdurch sollen u. a. die Beratung für jüngere Gemeindemitglieder aufgebaut und Projekte in Bereich dieser Zielgruppe organisiert werden.

Der Ausbau der ehrenamtlichen Tätigkeit, besonders ist hier der Ausbau der Begleitsdienste zu erwähnen sowie Schulungs- und Informationsveranstaltungen für die Ehrenamtlichen sind zukünftig ebenfalls von Bedeutung.

In den nächsten Jahren stehen zudem Fragen zur Frauenförderung an, ein Projekt der Frauenberatung und der weitere Ausbau von Themen in der Behinderten- und Suchtarbeit. Darüber hinaus ist die Akquisition von Finanzierungsmitteln für einen Personenkleintransporter für gehbehinderte Menschen der JG für Fahrten zu Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen vorgesehen.

Ergänzende Förderung der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB)

Für das Jahr 2012 war die kurze Darstellung ergänzender Förderungen der DKLB vorgesehen, welche auch Anteile für die Spitzenverbandsarbeit enthält. Diese werden durch den Stiftungsrat der DKLB im Rahmen der sog. „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“ sowie für „soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ bewilligt und sind von den zuvor beschriebenen „Zentralen Aufgaben“ zu unterscheiden. Bezüglich der Abgrenzung beider Zuwendungen wird auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin (VG 20 K 244.10) verwiesen, welches ausdrücklich bestätigt, dass es sich um getrennte Förderungen handelt.

Die für die o. g. Aufgaben vorgesehenen Mittel der DKLB-Stiftung wurden nach Entscheidung des Stiftungsrates vergeben. In diesem Zusammenhang werden dem Stiftungsrat der DKLB stets auch fachliche Empfehlungen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales für die Vergabe der Mittel vorgelegt.

Die Zuteilung erfolgte gemäß dem abgestimmten Liga-Schlüssel folgendermaßen:

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. erhielt im Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von 366.658,00 Euro u. a. für die Geschäftsfelder „Kinder, Familie, Kindertagesstätten und sonstige Unterstützungsbereiche“ aus Mitteln der DKLB. Weitere 143.950,00 Euro wurden für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ bereitgestellt.

Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. erhielt im Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von 561.668,80 Euro für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ aus Mitteln der DKLB.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. erhielt im Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von 398.621,56 Euro u. a. für die Geschäftsfelder „Geschäftsstelle Bezirke, Familie, Frauen, Mädchen, Schule und Kindertagesstätten“ aus Mitteln der DKLB. Weitere 494.942,44 Euro wurden für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ bereitgestellt.

Der DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. erhielt im Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von 459.547,20 Euro für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ aus Mitteln der DKLB.

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. erhielt im Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von 293.072,00 Euro u. a. für die Geschäftsfelder „Kindertageseinrichtungen und sonstige Unterstützungsbereiche“ aus Mitteln der DKLB. Weitere 472.840,00 Euro wurden für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ bereitgestellt.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhielt im Jahr 2012 eine Förderung in Höhe von 98.700,00 Euro“ für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ aus Mitteln der DKLB.

Von den o. g. an die sechs Wohlfahrtsverbände ausgeschütteten Mittel der DKLB entfielen 1.058.351,56 Euro auf sog. „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“ (Zuwendungsempfänger: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Deutscher Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. und Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.). Die restlichen Mittel in Höhe von 2.231.648,44 Euro wurden für sog. „Beratungs- und Betreuungsprojekte und sonstige soziale Projekte“ an alle sechs Wohlfahrtsverbände vergeben.

Kurzes Fazit zur Durchführung der Projekte und Ausblick zu künftigen Aufgaben im Bereich Zentrale Aufgaben

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt festigte sich im zweiten Jahr nach der Rückholung der Treuhandverträge in die Regie des Landes Berlin, die neue Rollenverteilung zwischen Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und Wohlfahrtsverbänden im Bereich der Zentralen Aufgaben. Insgesamt kann festgestellt werden, dass im Förderbereich Zentrale Aufgaben eine gute Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden besteht.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas „Abfrage im Rahmen der Umsetzung baulicher und technischer Barrierefreiheit bei Projekten des Förderprogramms ISP“, ist die Beteiligung der Wohlfahrtsverbände eingefordert worden. Vorgespräche hierzu gab es sowohl in der AG Spitzenverbandsförderung als auch im Kooperationsgremium Soziales. Eine entsprechende Abfrage wurde für das Jahr 2013 vorbereitet.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geht davon aus, dass die Wohlfahrtsverbände, selbstverständlich unter Wahrung der verbandlichen Autonomie, ein Interesse an einer weiteren Maßnahmenplanung in Bezug auf die genannte Abfrage haben. Wünschenswert wäre deshalb für das Jahr 2013 ff die Teilnahme einer Vertreterin oder eines Vertreters der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege an der zielgerichteten Maßnahmenplanung nach Auswertung der Abfrageergebnisse.

Für den weiteren Abgleich mit der Förderung der Deutschen Klassenlotterie Berlin, ist im Jahr 2013 eine von den Wohlfahrtsverbänden vorzulegende Auflistung der „allgemeinen sozialen Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstiger sozialer Projekte“, zur Abgrenzung mit anderen Förderungen für eine fachlich-inhaltliche Prüfung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, erforderlich.

Für den Bereich der „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“ ist die Erstellung eines Sachberichtes der dort geförderten Geschäftsfelder, in Anlehnung an das Verfahren bei den „Zentralen Aufgaben“, erforderlich. Grundsätzlich ist eine Einbeziehung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bei familienbezogenen Fragen zu prüfen.

Angebotsbereich 1 - Altenhilfe

Der Angebotsbereich umfasst neben den großen Bereichen Mobilitätshilfedienste und Pflegestützpunkte sowie weitere solitäre Projekte, die spezielle Bedarfe schwerstkranker und pflegebedürftiger Menschen sowie deren Angehöriger decken.

1.1.1 – Mobilitätshilfedienste

1. Vorbemerkungen

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf dem Jahresbericht der Koordinationsstelle der BBI GmbH vom April 2013, ergänzt durch Ziffer 10 von der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung

Die Berliner Mobilitätshilfedienste (Mhd) erbringen Begleitleistungen für ältere Menschen, die ihre Häuslichkeit nicht ohne weiteres verlassen können. Die Leistungen umfassen z.B. die Begleitung zu Spaziergängen, zu Terminen oder zum Einkauf, Treppenhilfe (mit und ohne Hilfsmittel) oder Rollstuhlschiebedienste und ermöglichen den älteren Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft. Die Berichterstattung zum Leistungsgeschehen durch die BBI GmbH, Koordinationsstelle Mhd, folgt dem in den Vorjahren entwickelten Berichtskonzept und basiert auf laufend in einer Datenbank erfassten Einsatzdaten.

2. Finanzielle Ressourcen der Mhd

Im Berichtsjahr wurden 16 Mhd aus Mitteln des ISP gefördert (davon 1 Mhd bis 30.06.) sowie eine Koordinationsstelle und die rehathechnische Unterweisung von Helferinnen und Helfern. Die Zuwendungssumme wird nachfolgend im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

2012: 1.607.985,37 Euro, verteilt auf 16+2 Projekte

2011: 1.647.639,26 Euro, verteilt auf 16+2 Projekte

Die Mhd werden größtenteils über Zuwendungen aus dem Integrierten Sozialprogramm (ISP) des Landes finanziert. Die Zuwendungssumme für die Mhd lag 2012 mit rund 1.574.000 Euro um 61.000 Euro unterhalb der Zuwendungssumme 2011.

Aus den Gesamteinnahmen errechnet sich je Einsatzpunkt eine durchschnittliche Quote von rund 2,11 Euro. Bezogen auf die ISP-Zuwendungen wurde im Berichtsjahr pro Einsatzpunkt⁴ durchschnittlich 1,74 Euro aufgewendet.

3. Veränderung von Rahmenbedingungen

Schließung eines Mhd

Die Zuwendungsförderung für den Mhd City (Beschäftigungswerk) wurde zum 30.06. eingestellt. Rund 40 Klienten sowie 12 Helferinnen und Helfer wurden durch den Mhd Mitte übernommen.

⁴ Für jede (begonnene) halbe Stunde eines Einsatzes wird jeweils ein Einsatzpunkt gemessen.

Veränderungen von Beschäftigungsformen

- a) Arbeitsmarktpolitische Instrumentenreform zum 01.04. mit u.a. folgenden Änderungen:
Beendigung der Beschäftigungsformen „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ (ABM) und der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante (AGH-E).
Einführen der Beschäftigungsform „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ (FAV)
- b) Einstellung des Bundesprogramms „Kommunal-Kombi“ zum 31.12.2012.
- c) Einrichtung des Programms „Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ (ÖBS) „Bürgerarbeit“ in Berlin ab 01.05.2012.
- d) Beendigung Zivildienst, Einführung Bundesfreiwilligendienst (BFD) ab 03.05.2011

Diese Strukturänderungen bei den Beschäftigungsformen (sowie Kürzungen) führten bei den Mhd insgesamt zu einer Reduzierung der Zuweisung von Helferinnen und Helfern, auch während der Anlaufzeit der neuen Programme. Zudem zeigten sich bezirkliche Unterschiede durch die unterschiedliche Bewilligungs- und Zuweisungspraxis der Jobcenter. Dass die Gesamtzahl der Helferinnen und Helfer über der des Jahres 2011 liegt, hängt mit Mehrfachzählungen zusammen (Wechsel von Helferinnen und Helfern von einer beendeten in eine neu begonnene Maßnahme, Übernahme von Helferinnen und Helfern aus dem geschlossenen Dienst, Nachbesetzung von freien Stellen). Da es keine personenbezogene Helferinnen und Helfererkennung gibt, können für den Berichtszeitraum nur die absoluten Zahlen benannt werden.

4. Leistungsdaten 2012 (gerundet)

Anzahl ISP-geförderter Mhd (davon 1 Mhd bis 30.6.): 16

Einsätze:

Alle Begleitleistungen, Anzahl Einsatzpunkte (bis 30 Min.): 922.000

Besondere Einsatzformen	Anzahl
Treppentransporte mit Hilfsmittel	8.097
Treppentransporte ohne Hilfsmittel	4.819
Gruppenveranstaltungen, Busfahrten, Ausflüge	1.674

Klientinnen und Klienten:

Anzahl	4.989 (100%)
Weibliche Klientinnen:	3.879 (78%)
Migrationshintergrund (nicht-deutsche Muttersprache):	193 (4%)

Altersgruppe	Zahl	Prozent
unter 71 Jahre	955	19 %
71 – 80 Jahre	1.361	27 %
81 – 90 Jahre	1.902	38 %
über 90 Jahre	687	14 %
ohne Angaben	84	2 %

Besondere Merkmale der Klientinnen und Klienten (Mehrfachnennung möglich):

Merkmale	Zahl	Prozent
Gehbehinderung	3.739	75 %
Rollstuhl	2.080	42 %
Sehbehinderung	971	20 %
Demenz	599	12 %
Pflegestufe	2.820	57 %

Mitarbeiter/ -innen der Mhd

Anzahl: 1.473 (100 %)

Maßnahme	Zahl	Prozent
MAE-Maßnahmen	662	45 %
ÖBS	326	22 %
Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer	286	19 %
AGH-Entgeltvariante	64	4 %
hauptamtliche Mitarbeiter (ISP-finanziert)	46	3 %
Bundesfreiwilligendienst	32	2 %
Sonstige	57	4 %

Helferinnen und Helfer mit nicht-deutscher Muttersprache: 266 (18%)

Finanzielle Ressourcen der Mhd (gerundet):

1.949.000.- Euro (100 %)

davon:

Einnahme	Summe	Prozent
Zuwendungen aus ISP-Mitteln d. Landes	1.574.000 Euro	81 %
Eigenbeteiligung der Klienten	232.000 Euro	12 %
Eigenmittel der Träger	80.000 Euro	4 %
Zuwendungen Dritter (z.B. für Bundesfreiwilligendienst)	59.000 Euro	3 %

Hinweis: Für projektübergreifende Maßnahmen (Rehatechnische Unterweisungen, Dokumentation und Koordinator) wurden in 2012 Mittel in Gesamthöhe von 34.331.- Euro ausgereicht.

5. Klienten der Mobilitätshilfedienste

Anzahl Klienten

Die Klientenzahlen 2012 sind gegenüber 2011 um 14 Personen (0,3%) auf 4.989 Personen angestiegen..

Demografische Zusammensetzung der Klientel

Veränderungen bei der demografischen Zusammensetzung zu 2011 gab es in der Altersstruktur der Altersklasse von 71 bis 80 Jahren mit einer Zunahme um 113 Personen (9%). Die Geschlechterstruktur, der Migrationshintergrund sowie die Merkmale der Mobilitätseinschränkungen der Klientel blieben gegenüber 2011 nahezu unverändert.

6. Leistungen der Mobilitätshilfedienste

Einsatzzahlen 2011

Im Berichtsjahr wurden von den Mhd rund 922.000 Einsatzpunkte geleistet. Ein Einsatzpunkt entspricht einem Zeitabschnitt von 30 Minuten. Die Erhebung der Einsätze wurde in 2011 auf die präzisere Erfassung von Zeitintervallen von je 30 Min. („Einsatzpunkten“) umgestellt. Vergleiche mit den Einsatzziffern der Vorjahre sind daher für 2012 methodisch nicht sinnvoll.

Veränderungen bei den besonderen Einsatzformen gegenüber 2011

Die Anzahl der Gruppenveranstaltungen liegt um rund 9,9% über der Anzahl des Vorjahres; für Busfahrten ist eine Zunahme um 34,1% im Vergleich zu 2011 festzustellen.

7. Helferinnen und Helfergruppen und Helferinnen und Helferzahlen, sowie Mitarbeiterstruktur und Beschäftigungsformen der Mhd

Insgesamt beschäftigten die Mhd 1.473 Helferinnen und Helferinnen und Helferinnen und Helfer. Durchschnittlich waren es 92 Personen je Mhd. Der Großteil stammt aus MAE-Maßnahmen (Mehraufwandentschädigung) mit ca.45%, gegenüber 2011 ist die Zahl der Helferinnen und Helferinnen und Helferinnen und Helfer aus dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) um 22,1% gestiegen. Im Hinblick auf die Demografie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es gegenüber 2011 nur geringfügige Änderungen im Bereich des Migrationshintergrundes: Die Anzahl von Helferinnen und Helferinnen und Helferinnen und Helfern mit nichtdeutscher Muttersprache erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 33 auf 266 Personen (18,1%).

8. Qualifizierung, Fachveranstaltungen

2012 wurden von der Koordinationsstelle projektübergreifende Veranstaltungen für alle Mhd durchgeführt: Neben einer zweitägigen Jahrestagung zählen hierzu die monatlichen Sitzungen der Konzept-AG und der Koordinatorenrunde sowie anlassbezogene Treffen der Statistik-AG und der Öffentlichkeits-AG.

9. Zentrale Themen

Im Vordergrund stand wiederum die Problematik der Bewilligung und Zuweisung geeigneter Helferinnen und Helferpersonen aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Hierbei konnte u.a. eine zusätzliche Zuweisung von Stellen im Rahmen des Berliner ÖBS über zwei Kooperationspartner (agens, tandem) erreicht werden.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Intensivierung des fachlichen Austauschs mit berlinweiten und bezirklichen Institutionen der Alten- und Behindertenhilfe gelegt.

10. Bewertung und Perspektive

Die Vorhaltung eines niedrigschwelligen und dauerhaften Angebots ist dringend erforderlich. Die Arbeit der zuwendungsgeförderten Berliner Mobilitätshilfedienste ist sehr positiv zu bewerten.

In 2012 ist es gelungen, die Zahl der Klienten trotz der nach wie vor schwierigen Situation bei der Helferinnen und Helferakquise zu steigern. D.h. dass mehr Menschen mit Mobilitätseinschränkungen das Angebot in Anspruch nehmen. Die Zahl der Helferinnen und Helfer mit Migrationshintergrund ist angestiegen, dies ist auch auf die verstärkten Maßnahmen im Rahmen der Interkulturellen Öffnung zurückzuführen. Damit eröffnet sich perspektivisch die Möglichkeit, auch Klientinnen und Klienten mit Migrationshintergrund zu begleiten. Trotz des Engagements der Dienste, verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung ist der Anteil dieser Personengruppe immer noch sehr gering.

Aus der Rückführung auf die Vertragssumme ergab sich die Notwendigkeit zu Einsparungen im Rahmen der mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände abgestimmten Finanzplanung 2012 (siehe auch „Abstimmung und Umsetzung der Finanzplanung“). Um nicht alle Dienste gleichermaßen zu schwächen, wurde für den Bereich der Mhd entschieden, einen (kleineren) Dienst aus dem doppelt besetzten Bezirk Mitte zu schließen und eine Einsatzleiterstelle im Dienst Steglitz-Zehlendorf zu streichen. Im Zuge der Einstellung wurden Stellen beim verbliebenden Dienst in Mitte angehoben, um den Dienst personell zu verstärken.

Obgleich es sich um eine gesamtstädtische Maßnahme handelt, wird der Großteil der Helferinnen und Helfer über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen akquiriert. Dadurch besteht eine hohe Abhängigkeit von Jobcentern, Kooperationspartnern und letztendlich auch den Bezirksämtern.

Die daraus resultierenden Schwierigkeiten sind in den Bezirken unterschiedlich ausgeprägt. Bezirksübergreifend ist festzustellen, dass es sich zunehmend schwieriger gestaltet, bewilligte Maßnahmen mit geeigneten Helferinnen und Helfern zu besetzen. Kürzungen bei den Maßnahmen, eine restriktivere Bewilligungspraxis, kurze Maßnahmezeiträume, ein betreuungsintensives Helferinnen und Helferklientel mit diversen Vermittlungshemmnissen und eine teilweise sehr aufwändige Antragstellung binden zeitliche und damit personelle Kapazitäten und stellen hohe Anforderungen an die Projekt- und Einsatzleitungen.

Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung hat daher grundlegende Vereinbarungen für eine bevorzugte Zuweisung von Helferinnen und Helfern mit der für Berlin zuständigen Regionaldirektion, den Geschäftsführern der Jobcenter und der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung Mitte 2012 getroffen.

Im Berichtsjahr wurde der Grundstein für die Umsetzung des sogenannten 12er Modells gelegt. Durch die Konzentration auf einen Dienst im Bezirk soll in Zusammenarbeit mit den dortigen Jobcentern eine kontinuierliche Zuweisung von Helferinnen und Helfern sichergestellt und das Angebot

dauerhaft gesichert werden. Nach Befassung durch die im ISP vorgesehenen Gremien wurde seitens der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung auf der Basis der mit den LIGA-Verbänden abgestimmten Auswahlkriterien die Entscheidung zur Schließung der drei unwirtschaftlicheren Dienste und der daraus resultierenden Umzüge anderer Dienste getroffen. Die betroffenen Träger wurden bis Ende 2012 unterrichtet. Die endgültige Umsetzung wird noch bis 2014 andauern.

Der Bedarf an Begleitmaßnahmen wird aufgrund der demografischen Entwicklung perspektivisch ansteigen (s. dazu ISP Jahresbericht 2011). Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales setzt sich weiterhin für eine dauerhafte und flächendeckende Lösung im Sinne des betroffenen Personenkreises ein.

1.1.2 – Psychogeriatrische Projekte

Finanzierung

2012: 213.325,75 Euro, verteilt auf 3 Projekte

2011: 219.325,75 Euro, verteilt auf 3 Projekte

Projekt „MenschenKind“

Allgemeines

Das Projekt „MenschenKind – Koordinierungsstelle rund um Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern“ in Trägerschaft des Humanistischen Verbandes Deutschlands Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. wurde nach Auflösung des Externen Pflegedienstes e.V. 2008 als Nachfolgeprojekt gemeinsam mit dem Trägerverband und Liga-Vertretern konzipiert. Der Auftrag bestand zunächst darin, die bestehende Beratungslücke für Familien mit schwerstkranken Kindern zu schließen, eine Bestandsaufnahme der bestehenden Versorgungsstrukturen vorzunehmen, Fachkräfte und den Sektor des Ehrenamtes für Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern zu erfassen, ein Netzwerk der an der Versorgung der Zielgruppe beteiligten Dienste, Einrichtungen und Projekte aufzubauen, die Entstehung eines Qualitätsverbunds zu befördern, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben sowie Ressourcen, Lücken und Defizite in der Versorgung aufzuzeigen. Mit Etablierung der Berliner Pflegestützpunkte wurde eine Umsteuerung der Aufgaben vorgenommen, so dass nun die zentrale Beratung der Familien bei den Pflegestützpunkten liegt und MenschenKind sich sukzessive aus der Beratung zurückzieht.

Die Landesförderung wurde durch Eigenmittel des Trägers und Drittmittel in Höhe von 5.592,67 Euro ergänzt. Im Rahmen des Projekts wurden zwei Mitarbeiterinnen (jeweils 30 h/Wo bzw. ab 01.10.2012 jeweils 28,87 h/Wo) beschäftigt.

Ziele und Aufgaben

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist eine nachhaltige Verbesserung der medizinischen, therapeutischen, pädagogischen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung von Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven, d.h. chronisch kranken, pflegebedürftigen, schwerstbehinderten, lebensbedrohlich erkrankten, verhaltens- und/oder entwicklungsauffälligen Kindern.

Das Projekt MenschenKind hat vorrangig folgende Aufgaben:

- Moderation einer Unter-Arbeitsgruppe der Arbeitsgemeinschaft Berliner Pflegestützpunkte zum Thema Pflegeberatung von Angehörigen schwerstpflegebedürftiger Kinder,
- Entwicklung/Weiterentwicklung von Standards für die Beratung und anderer Instrumentarien und Initiativen,
- Identifizierung und Qualifizierung von Multiplikatoren zum Thema Pflege/ Betreuung von schwerkranken Kindern,
- Förderung der Bildung und Nutzung bestehender regionaler, bezirklicher Netzwerke zur Implementierung und Diskussion von Themen (z.B. Kinderkrankenpflege, pädiatrische Palliativversorgung, kultursensible Arbeit) sukzessive in allen Bezirken,
- Erstellung von Publikationen für die Beratung von pflegenden Angehörigen,
- Einflussnahme auf die Etablierung benötigter Fortbildungsangebote sowie Information zu guten Ansätzen/Praxisbeispielen und Diskussion neuer Ansätze, ggf. Anregung von Forschungsprojekten, Zusammenarbeit mit entsprechenden Forschungseinrichtungen etc.,
- Organisation/ Beteiligung von/ an Fortbildungsveranstaltungen/ Fachtagungen auf Landesebene.

Zielgruppen

Zielgruppen sind Leistungserbringer von Beratungsangeboten, sowie pflegerischen, medizinischen, therapeutischen, psychosozialen, pädagogischen und anderen Angeboten, Träger und Verbände, Gremien und Netzwerke, Politik und Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene, die beteiligt sind an der oder (mit-)verantwortlich sind für die Versorgung von Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern, sowie die Betroffenen selber.

Leistungen 2012

Einen klaren Schwerpunkt in 2012 stellte die Netzwerkarbeit bzw. Qualifizierung von Multiplikatoren dar. Die bereits in 2010 begonnene Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Pflegestützpunkte (PSP) wurde auch in 2012 fortgesetzt. Mit den so genannten Kinderbeauftragten in den PSP wurden vier vierstündige Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus wurden die Kinderbeauftragten zu drei vierstündigen Fachgesprächen sowie drei zweitägige Fachtagungen eingeladen.

Der von MenschenKind moderierte Arbeitskreis Kinderintensivpflegedienste in Berlin (AKIB) traf sich sieben Mal. Zwei Fortbildungen fanden statt. Darüber hinaus wurde ein Informationsportal entwickelt, um sich einen Überblick über freie Betreuungskapazitäten zu verschaffen. Die bisherige Arbeit wurde als sehr wertvoll eingeschätzt, insbes. die Transparenz, die Austauschmöglichkeit über Probleme und Konflikte, die Absprachemöglichkeiten und das Fortbildungsangebot.

Die regelmäßige Kontaktpflege und Netzwerkarbeit mit weiteren Organisationen, Vereinen, Verbänden und Institutionen wurde fortgesetzt. Regelmäßig nahm MenschenKind am Fachforum für Migration und Behinderung, am Runden Tisch ambulante Beatmung Berlin-Brandenburg sowie am AK Gesundheitsförderung rund um die Geburt teil. Mit der Fachstelle für pflegende Angehörige, dem Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung und dem Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung

der Altenhilfe wurden die regelmäßigen Arbeitstreffen fortgesetzt. MenschenKind beteiligte sich aktiv an der ersten Berliner Woche der pflegenden Angehörigen.

MenschenKind unterstützt organisierte Eltern-Selbsthilfeaktivitäten in Berlin und arbeitet dabei mit den Kontaktstellen PflegeEngagement zusammen.

Einen Schwerpunkt bildete in 2012 die Unterstützung ausgewählter Migrantenorganisationen, zu denen kontinuierliche und verlässliche Kontakte geknüpft wurden.

Eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Mehr Wissen – Mehr Teilhabe – Mehr Gesundheit“ wurde konzipiert. MenschenKind hat mit den Kontaktstellen PflegeEngagement, den PSP, dem Verein Interaktiv e.V. und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Mitte eine umfangreiche Informationsreihe mit insgesamt sechs Terminen durchgeführt, die auf großes Interesse sowohl bei den Migrantenorganisationen als auch bei den Familien mit einem besonderen Kind, bei Fachkräften und interessierten Bürgern stieß.

Nach wie vor wenden sich viele Hilfesuchende auf telefonischem und elektronischem Wege an MenschenKind. Die Anliegen waren vielfältig und konnten aufgrund fehlender Angebote oder Ressourcen nicht immer zufriedenstellend geklärt werden.

Die Homepage wurde weiterhin gepflegt und ausgebaut und ermöglicht eine noch bessere Übersicht der Beratungs-, Entlastungs- und Unterstützungsangebote in Berlin und Umgebung.

MenschenKind organisierte vier Fachgespräche zu unterschiedlichen Themen mit bis zu 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Es führte ferner eine zweitägige Fachtagung zum „Persönlichen Budget“ mit vier Kooperationspartnern durch.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Insgesamt wird die engagierte Arbeit von MenschenKind trotz der personellen Wechsel in 2012 als sehr erfolgreich bewertet. Die beabsichtigten Ziele bzw. der Zweck der Zuwendung wurden in 2012 mit Erfolg erreicht.

Angeichts der vielfältigen Handlungserfordernisse rund um die Unterstützung von Familien mit schwerkranken, behinderten bzw. pflegebedürftigen Kindern einerseits und der im Rahmen des ISP begrenzten Ressourcen für das Projekt, das immer auch Schnittstellenthemen bzw. auch in Zuständigkeit anderer Ressorts liegende Themen offensiv aufgreift, ist in der Aussteuerung und Umsetzung des Projekts einer klaren Prioritätensetzung zu folgen. In 2013 findet vor diesem Hintergrund eine kritische Betrachtung des Konzeptes und der bisherigen Aufgabenstellung statt. Viele der aufgetanen Probleme drängen, können aber nicht gleichzeitig, sondern nur sukzessive abgearbeitet werden, wenn es nicht gelingt, weitere Ressourcen in diesem Feld einzusetzen bzw. bei nicht klaren Zuständigkeiten die maßgeblich Zuständigen oder entscheidende Unterstützer schneller zu identifizieren bzw. zu aktivieren.

Projekt „Pflege in Not“

Allgemeines

Der seit Mitte 1999 arbeitende „Pflege ergänzende Spezialberatungsdienst“ Pflege in Not (P 204) in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Stadtmitte e.V. ist ein Solitär mit einem Spezialauftrag im Bereich der Altenhilfe. Es nimmt im Bereich der Altenhilfe eine Scharnierstelle zwischen Betroffenen,

Angehörigen, Leistungsanbietern, Fachkräften und sonstigen Akteuren ein. Das Projekt arbeitet gesamtstädtisch, anbieterneutral, verbands- und konfessionsübergreifend.

Um dem gewachsenen Informations- und Beratungsbedarf der Zielgruppen Rechnung zu tragen, engagiert sich das Projekt seit Jahren über die Landesfinanzierung hinaus erfolgreich, Dritte zur Unterstützung seiner Aktivitäten zu gewinnen. Durch Mittel der AOK Nordost konnte die Finanzierung einer weiteren Mitarbeiterin gesichert werden. Darüber hinaus gelang es dem Projekt, fünf Personen - vier davon Frauen - zu gewinnen, die es auf ehrenamtlicher Basis mit Fachbeiträgen unterstützen. Trotzdem kann aus Ressourcengründen der Nachfrage bzw. dem Bedarf nur teilweise entsprochen werden. Der Projektträger hat deshalb erneut Personalbedarf angemeldet, um z.B. erweiterte Sprechzeiten anbieten zu können.

In 2012 wurden einmalige Mittel für die Erweiterung der Datenbank zur Verfügung gestellt.

Ziele und Aufgaben

Ziel des Projekts ist es, Betroffenen, die sich oder andere im Kontext Pflege mit Gewalt konfrontiert sehen, als Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle Möglichkeiten der Entlastung, Konfliktbewältigung und weiterführende Hilfe anzubieten. Dazu wird ein Krisentelefon betrieben.

Mit seinem Leistungsangebot trägt das Projekt dazu bei, Mängel in der pflegerischen Versorgungsstruktur zu identifizieren und zu beseitigen, die Pflegequalität in (familialen) Pflegearrangements zu verbessern, die „Kundenposition“ im Rahmen des Verbraucherschutzes zu stärken sowie die öffentliche und private Aufmerksamkeit für die Problematik von Gewalt im Kontext Pflege zu schärfen.

Schwerpunkt der Projektarbeit ist Beratung in akuten Krisensituationen, in gewaltförmigen und aggressiven Pflegesituationen, zur persönlichen Stabilisierung, über Verbraucherrechte und Beschwerdewege. In Ergänzung hierzu erfolgt Aufklärung über Entlastungsmöglichkeiten und ihre Finanzierung, Kontaktherstellung zu Heimaufsicht oder Medizinischem Dienst der Krankenkassen und Vermittlung zu anderen Beratungs-/ Hilfeeinrichtungen. Vermittlungsgespräche – Mediation – bei Konflikten mit/ in Pflegeeinrichtungen und Informationsveranstaltungen zum Thema „Gewalt in der Pflege“ runden das Leistungsspektrum ab

Zielgruppen

„Pflege in Not“ richtet sich vorrangig an pflegebedürftige alte Menschen, pflegende Angehörige, Angehörige von Heimbewohnern, andere Bezugspersonen Pflegebedürftiger, Pflegepersonal, Institutionen und Initiativen der Altenhilfe.

Leistungen 2012

In der Regel gibt es bei Konflikten und Beschwerden mehrere an dem Pflegeprozess Beteiligte wie Angehörige, Betreuerinnen und Betreuer, Pflegekräfte oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Pro Fall ist daher vielfach mehr als ein Kontakt bzw. ein Beratungsgespräch erforderlich ist. Das Projekt betreute 647 Fälle. Hierbei waren insgesamt 1.563 Klientinnen und Klienten telefonisch oder persönlich beteiligt. Bei 1.429 Klientinnen und Klienten erfolgten telefonische Beratungen, bei 29 persönliche bzw. psychologische Beratungen sowie bei 25 Mediationsgespräche bzw. Hausbesuche oder Fallbesprechungen vor Ort. Für die insgesamt 1.563 Klientinnen und Klienten erfolgten 2.458 Beratungsleistungen.

Fachaustausch und Vernetzung sind ein wichtiger weiterer Baustein der Projektarbeit. Den Schwerpunkt bildete hierbei die Teilnahme an diversen Expertentischen. Das Projekt war dort speziell als Experte für Gewalt- und Konfliktsituationen in der häuslichen Pflege gefragt. In diesem Kontext übernahm das Projekt die Federführung von acht regionalen bzw. länderübergreifenden Gremien und beteiligte sich an vier weiteren. 37 Fachvorträge, eine Podiumsdiskussion, ein Fachtag, fünf Artikel in Fachzeitschriften, acht Beiträge im Fernsehen bzw. Rundfunk sowie fünf Printmedien rundeten 2012 die Projektarbeit ab.

Ein wichtiges Ereignis in 2012 war der zweitägige Fachtag im Juni anlässlich des Internationalen Tages gegen Misshandlung und Vernachlässigung alter Menschen. Den Fachtag besuchten 250 Pflegekräfte, Schüler, pflegende Angehörige und andere Interessierte. Die Resonanz war sehr positiv.

Die beabsichtigten Ziele bzw. der Verwendungszweck wurden 2012 mit Erfolg erreicht.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Steigende Anruferzahlen und Anrufversuche sowie zunehmende Beschwerden Ratsuchender über unzureichende Sprechzeiten und Kontaktaufnahmeprobleme deuten darauf hin, dass der Bedarf nicht mehr abgedeckt werden kann.

Fachlich erwies sich zudem als problematisch, dass vielen Problemen langjährige Familienkonflikte zu Grunde liegen. Insbesondere Geschwisterkonflikte werden aktualisiert, wenn die Pflege der Eltern geregelt werden muss. Finanzielle und vor allem emotionale Bedürfnisse werden Zündstoff für hochaggressive Auseinandersetzungen, erschweren Gespräche innerhalb der Familie und verhindern lösungsorientiertes Vorgehen. Aus Sicht des Projekts ist hier geschulte professionelle Begleitung nötig, um die Familie zu unterstützen.

Aufgrund der positiven Resonanz soll auch in 2013 anlässlich des Internationalen Tages gegen Misshandlung und Vernachlässigung alter Menschen eine durch das Projekt koordinierte Fachtagung stattfinden.

Projekt „Fachstelle für pflegende Angehörige“

Allgemeines

Um die Unterstützungsbereitschaft pflegender Angehöriger (und anderer sozialer Unterstützungssysteme) auch weiterhin auf einem hohen Niveau zu erhalten ist es unumgänglich, die in diesem Rahmen geleistete Arbeit noch stärker gesellschaftlich anzuerkennen und zu stützen. Es fehlte bis zur Einrichtung der Fachstelle Mitte 2010 eine berlinweit agierende Stelle zur Ermittlung und Aufbereitung von Handlungsbedarfen, Entwicklung von Strategien, zur Impulsgabe und Modellbegleitung zu Fragen der Unterstützung pflegender Angehöriger. Durch die mit der Bildung von Pflegestützpunkten einhergehenden Ausweitung des Angebots insbesondere an Beratung und Information für Pflegebedürftige und deren Angehörige wurde in 2010 das Projekt "Berliner Service- und Informationszentrum für Angehörigenarbeit" eingestellt.

Ziele und Aufgaben

Ziel des Projekts ist es, die fachliche Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Anerkennungsstrukturen für pflegende Angehörige zu befördern.

Die Fachstelle hat folgende Aufgaben:

1. Bedarfs- und Angebotsanalyse und Ableitung von Maßnahmen
2. Erstellung und Fortschreibung eines „Maßnahmenplan zur Verbesserung der Situation pflegender Angehörige in Berlin“
3. Identifizierung und bekannt machen von „Good Practice“- Maßnahmen bzw. Projekten
4. Inhaltliche Impulsgebung und Moderation von neuen Ansätzen
5. Beförderung von Netzwerkarbeit
6. Gezielter Aufbau von Kooperationen mit überregionalen Netzwerken oder Arbeitskreisen regionalen Informations-, Beratungs- und Hilfsangeboten
7. Entwicklung von Bausteinen zugehender Arbeit
8. Anregung von Forschungsprojekten

Zielgruppen

Die Fachstelle richtet sich nicht direkt an die pflegenden Angehörigen sondern an die professionellen fachlichen Akteure bis hin zu der für Pflege zuständigen Senatsverwaltung.

Leistungen 2012

Schwerpunkte der Arbeit in 2012 waren

- die Abstimmung des Maßnahmenplans zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger in Berlin mit den beteiligten Kooperationspartnern,
- die erstmalige Durchführung der „Woche für pflegende Angehörige“
- Vernetzung des Projekts mit den bestehenden Unterstützungsstrukturen,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- die Erprobung eines aktualisierten Beratungsbogens zur Beratung nach § 37.3 SGB XI.

Das Projekt übernahm die Federführung von fünf Gremien und beteiligte sich an drei weiteren Gremien. Fünf Fachvorträge sowie die Beteiligung an zwei Podiumsdiskussionen, einem Workshop, an drei Fachtagen und einer Demenzinitiative sowie die Veröffentlichung von drei Artikeln in Fachzeitschriften, sechs Interviews und zwei Vorträgen waren Gegenstand der Projektarbeit in 2012.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Ein besonderes Ereignis in 2012 war die erstmalige Durchführung der „Woche für pflegende Angehörige“. Die Woche erhielt viel positive Resonanz. Die Berliner Form der Ehrung mit dem „Pflegebären“ ist bundesweit einmalig. Die Woche erwies sich zudem als sehr gut geeignet, um wichtige Aufgaben bzw. Ziele der Fachstelle zu befördern. Hervorzuheben sind Vernetzungsarbeit, Sensibilisierung von Politik, Fachöffentlichkeit und Gesellschaft für das Thema "pflegende Angehörige", Beför-

derung einer Anerkennungskultur, Verbesserung des Selbstwertgefühls und der Selbstwahrnehmung der pflegenden Angehörigen, Brückenbildung zur Nutzung von Beratung und Entlastungsangeboten.

Die Arbeit der Fachstelle konzentriert sich in 2013 auf einzelne Felder des Maßnahmenplanes. Als Highlight der Anerkennungskultur in Berlin wird die zweite Woche für pflegende Angehörige durchgeführt. Ziel 2013 ist, Renommee und Aufmerksamkeit zu erhöhen und den Kreis der Mitwirkenden und Unterstützer deutlich zu erweitern. Die dritte Woche ist für 2015 geplant.

1.1.3 – Landesseitige Pflegestützpunkte

Finanzierung

2012: 1.647.857,62 Euro, verteilt auf 12 Projekte

2011: 1.649.845,50 Euro, verteilt auf 12 Projekte

Allgemeines

Der Anfang Mai 2009 zwischen den Landesverbänden der Pflege- und der Krankenkassen und dem Land Berlin geschlossene Landesrahmenvertrag gemäß § 92c Abs. 8 SGB XI zur Arbeit und zur Finanzierung der Pflegestützpunkte (PSP) regelt für alle PSP in Berlin die Ausgestaltung der gemeinsamen Trägerschaft durch die Pflege- und Krankenkassen und durch das Land. Er schafft damit die Grundlage für eine Beteiligung des Landes und regelte in diesem Zusammenhang die Integration der ehemaligen 12 Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ in die PSP. Das Land Berlin finanziert diese zwölf Einrichtungen aus Mitteln des Integrierten Sozialprogramms. Die Leistungen der PSP werden trägerneutral gewährt und sind für die Nutzerinnen und Nutzer unentgeltlich.

Ziele und Aufgaben

Die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der PSP ist darauf gerichtet, dass ältere und pflegebedürftige Menschen wunschgemäß möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ihre Arbeit zielt vornehmlich darauf ab, die Versorgung der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen zu verbessern.

Unterziele hierzu sind beispielsweise die Erleichterung der Inanspruchnahme der gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen von Menschen mit allgemeinem Betreuungs- und/oder Pflegebedarf und die einzelfallbezogene Sicherstellung eines bedarfsgerechten Hilfemixes. Sie sind Lotsen durch die Vielfalt des Sozial- und Gesundheitswesens für alle Hilfesuchenden und erfüllen dabei folgende Aufgaben.

Information, Auskunft, Beratung

Information und Auskunft beinhaltet eine gezielte Wissensvermittlung, bezogen auf konkrete Fragestellungen, ohne auf Details zur Problemlage und Lebenssituation des Einzelnen einzugehen. Für das Land Berlin erfolgt eine getrennte Erfassung der Information/Auskunft natürlicher Personen bzw. Information/Beratung juristischer Personen.

Beratung ist die problemzentrierte Interaktion zwischen Ratsuchenden und dem/der Sozialarbeiter/-in bzw. dem/der Sozialpädagogen/-in. Die Klärung der Ausgangssituation (konkrete Lebenssituation) ist Voraussetzung.

Ziel ist es, Aufklärung zu leisten, Alternativen aufzuzeigen und Entscheidungshilfen zu geben. Beratung kann ein- oder mehrmalig, im Pflegestützpunkt oder einer anderen Umgebung z.B. der Häuslichkeit der/des Ratsuchenden, im Krankenhaus oder einer Kurzzeitpflegeeinrichtungen stattfinden.

Koordinierung / Case Management

Die Koordinierung individueller Fälle erfolgt, wenn Information und Beratung zur Behebung der Problemlage nicht ausreichen. Zielgruppe sind vor allem Ratsuchende mit umfassenden Problemlagen, mit geringem/oder fehlendem Selbsthilfepotential und/oder mehreren Beteiligten. Es kommt dann zur komplexen Beratung und Mitwirkung bei der Zusammenstellung des benötigten Hilfemixes. In der komplexen Beratung findet die Methode des Case Managements nach der aktuellen Definition der Deutschen Gesellschaft für Care und Case Management e.V. Anwendung.

Vernetzung

Vernetzung ist die Initiierung, der Aufbau und die Pflege von Kooperations- und Koordinationsstrukturen im gesundheitlichen und sozialen Versorgungsgefüge mit dem Ziel, ein effizientes und effektives Netzwerk herzustellen. Wesentlicher Bestandteil ist die Überprüfung von Abstimmungsprozessen und Regelabläufen bei der Versorgung älterer Menschen.

Die Vernetzung dient dem Ziel, mit dem gebündelten Wissen hilfebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen, Pflegepersonen und anderen interessierten Personen die gewünschten Auskünfte zu erteilen, sie gezielt und individuell zu beraten und ggf. eine bessere Versorgung und Betreuung hilfe- bzw. pflegebedürftiger Menschen zu ermöglichen.

In Bezug auf die PSP heißt das, dass Träger unabhängig davon, ob sie ambulant stationär oder aber vorsorgend oder bzw. nachsorgend tätig sind, zusammen arbeiten. Gemeint ist die Einzelfall übergreifende Arbeit, zum Beispiel der Abgleich von Bedarfs- und Bestandsanalysen. Dieser Anspruch beinhaltet auch die Benennung von Schwachstellen und Defiziten mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu gestalten, die Versorgungsstruktur und -qualität zu verbessern, Zugangsmöglichkeiten zu den Angeboten des Hilfesystems und die Förderung von Verbraucherkompetenz sicherzustellen sowie gegebenenfalls neue Angebote oder Projekte aus Netzwerken heraus zu initiieren.

Einbindung von Ehrenamt und Selbsthilfe

Nach Möglichkeit sind Mitglieder von Selbsthilfegruppen sowie ehrenamtliche und sonstige zum bürgerschaftlichen Engagement bereite Personen und Organisationen nachhaltig in die Tätigkeit der PSP einzubinden. Die PSP leisten:

- Information zu Angeboten des Ehrenamts und der Selbsthilfe
- Kooperation mit o.g. Zielgruppen in fremder Trägerschaft
- Koordination, Anleitung, Schulung von ehrenamtlichen und sonstigen zum bürgerschaftlichen Engagement bereite Personen.

Für die Pflegestützpunkte sind die Kontaktstellen PflegeEngagement ein wesentlicher Kooperationspartner für die Initiierung, die Begleitung, die Koordinierung von pflege flankierenden Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe. Die bis zum 30.06.2011 etablierten pflege flankie-

renden Angebote der PSP haben Bestandschutz. In Bezug auf ehrenamtliche MitarbeiterInnen leisten die PSP v.a.

- Werbung und Gewinnung freiwillig engagierter MitarbeiterInnen
- Schulung und Anleitung
- Einarbeitung in das Aufgabengebiet
- Logistische Unterstützung (Räume, Technik, Medien etc.) von Aktivitäten
- Fachliche Beratung und Begleitung
- Öffentlichkeitsarbeit.

Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit ist die aktive Gestaltung von Beziehungen zu Einzelpersonen, zum gesellschaftlichen Umfeld, zu Einrichtungen, Fachgremien und Fachkräften der Altenhilfe. Die PSP führen neben der als klassisch bekannten Öffentlichkeitsarbeit, wie das Verteilen von Flyern und Schalten von Anzeigen, eine Reihe von Vorträgen und Informationsveranstaltungen in Seniorenfreizeitstätten durch. Die PSP beteiligen sich mit Ständen an den bezirklichen und überbezirklichen Sozialtagen etc. und stellen sich durch Pressearbeit dar.

Datenbank Hilfelotse

Die Datenbank Hilfelotse-Berlin (www.hilfelotse-berlin.de) enthält die Adressen, Informationen und Beratungsangebote zum Thema Gesundheit - Freizeit - Pflege - Wohnen - Alter und alltagsweltliche Hilfen in Berlin für pflegebedürftige, behinderte oder ältere Menschen, deren Angehörige und professionelle Helfer. Die Datenbank wird von den Berliner ISP geförderten PSP eingesetzt, weiterentwickelt und gepflegt. D.h. die Daten von ca. 16.000 Anbietern werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert sowie neue Anbieter und Angebote recherchiert und erfasst.

Bei den Leistungen im Zusammenhang mit der Dokumentations-Datenbank synCASE geht es insbesondere um die Anpassung und Weiterentwicklung des Dokumentationssystems an die sich ergebenden Anforderung in Bezug auf die Klienten/-innendokumentation.

Aus- und Fortbildung

Aus- und Fortbildung umfasst Schulungs- und Bildungsmaßnahmen, die Fachkräften, in der Ausbildung befindlichen Personen, aber auch interessierten Dritten angeboten werden.

Konkret stehen die PSP als Ausbildungsstätten für Praktikanten/-innen der Sozialen Arbeit zur Verfügung.

Andere Leistungen

Die anderen Leistungen sind den vorherigen Leistungsmodulen nicht direkt zugeordnet worden, Verwaltungsaufgaben, Teamsitzung, Qualitätsmanagement, Leitungsaufgaben, Teilnahme an Fortbildungen, Konzeptionelle Weiterentwicklung, Wartung/Pflege technische Ausstattung sowie Sonstiges.

Zielgruppen

Hauptzielgruppen bei den Aufgaben Information, Beratung und Case Management sowie Datenbank und Öffentlichkeitsarbeit sind:

- ältere Menschen und pflegebedürftige Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie
- pflegende Angehörige und sonstige Kontaktpersonen.

Zielgruppen für die Aufgaben Information/ Auskunft/ Beratung für juristische Personen, Datenbank und Vernetzung sind

- Institutionen des Versorgungssystems, öffentliche Verwaltung,
- öffentliche, gemeinnützige und private Dienstleister,
- Kostenträger,
- Selbstvertretungsorgane und -initiativen,
- Fachöffentlichkeit.

Neben den genannten gehören im Aufgabenbereich Aus- und Fortbildung auch Ausbildungsstätten sowie PraktikantInnen zur Zielgruppe.

Die Einbindung von Ehrenamt und Selbsthilfe zielt ab auf:

- ehrenamtliche und sonstige zum bürgerschaftlichem Engagement bereite Personen und Organisationen
- Mitglieder von Selbsthilfegruppen
- Selbsthilfeinitiativen und -organisationen sowie -projekte.

Leistungen 2012

Klienten, Kontakte und Leistungen im Überblick

- Im Jahr 2012 wurden insgesamt 21.262 Menschen in den zwölf landesseitigen PSP informiert, beraten und in komplexen Lebenslagen unterstützt.
- Die Zahl der Kontakte lag bei 34.298 für alle zwölf PSP in 2012.

Rd. 2.770 Klientinnen und Klienten mehr als im Vorjahr haben die Angebote Informationen, Beratung und Case-Management der zwölf landesseitigen PSP genutzt. Mit Blick auf die erweiterte Beratungsstruktur im Land Berlin, kann von einem Trend steigender Klienten/-innenzahlen insgesamt und damit einer wachsenden Nachfrage nach diesem Angebot ausgegangen werden.

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf den Durchschnitt (Gesamtsumme aller PSP / 12 = Durchschnitt):

- Der durchschnittliche PSP hatte für seine gesamte Arbeit 542 Arbeitstage mit 2,57 Personalstellen zur Verfügung und bekam dafür eine Zuwendung in der Höhe von 137.321,47 €.

- Auf jeden PSP entfielen durchschnittlich 957 Informationen und Auskünfte. Eine Auskunft inklusive der Recherche und Dokumentation dauerte durchschnittlich 19 Minuten. Damit wurden ca. 38 Arbeitstage lang Informationen an die Klienten/-innen weitergegeben.
- Jeder PSP hatte durchschnittlich 742 Beratungen, mit 1,8 Kontakten je Beratungsklient/-in. Jeder Beratungsfall dauerte 1,64 Stunden. Insgesamt waren es 152 Arbeitstage Beratung am Stück.
- Jeder PSP hatte durchschnittlich 73 Case Management Fälle, mit 8,4 Kontakten je Klient/-in. Jeder Fall dauerte ca. 7,07 Stunden. Ca. 65 Arbeitstage lang wurden Case Management Fälle bearbeitet.
- Für die Netzwerkarbeit, die Teilnahme an Verbundtreffen ggf. deren Organisation, den Aufbau und die Pflege von Kooperationen investierte jeder PSP durchschnittlich ca. 62 Arbeitstage im Jahr. Dazu gehört auch die Vernetzung innerhalb der Berliner PSP auf Landesebene.
- Für die Einbindung von Selbsthilfe und Ehrenamt bzw. Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und den Aufbau und Unterstützung von Selbsthilfe im Bezirk benötigte ein PSP durchschnittlich ca. 11 Arbeitstage.
- Die Recherche und Pflege der Daten, die regelmäßigen Treffen des Qualitätszirkels und die Weiterentwicklung und ständige Anpassung der Datenbank Hilfelotse Berlin sowie die Schulungen und Weiterentwicklung der Datenbank synCASE investierte ein PSP durchschnittlich ca. 34 Arbeitstage.
- Für die Bekanntmachung der Beratungsstelle und deren Angebote, die Durchführung von Tagen der offenen Tür, Informationsveranstaltungen und Vorträgen in anderen Einrichtungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stecken durchschnittlich 40 Arbeitstage. Jeder PSP hat im Jahr 2012 ca. 13 Arbeitstage lang Praktikanten/-innen und/oder Projekt-Mitarbeiter/-innen ausgebildet.
- Im Durchschnitt wurden 129 Arbeitstage je PSP für Teambesprechungen, die Qualitätsentwicklung, die Teilnahme an Fort- und Ausbildungen, die konzeptionelle Weiterentwicklung des PSP und Leitungstätigkeiten also Andere Leistungen aufgewendet.

Es sind dabei erhebliche Unterschiede in der Inanspruchnahme der PSP in den einzelnen Bezirken zu verzeichnen. Die Spanne der tatsächlichen Inanspruchnahme bei Information/Auskunft von 336 bis 1.333 Personen, bei Beratung reicht von 335 bis 1.152 Personen und bei Case Management von 22 bis 173 Personen. Ursachen hierfür sind vielfältig. Es ist zu vermuten, dass einerseits die PSP aufgrund von Standortfaktoren und andererseits durch verschiedene Schwerpunktsetzung⁵ anders in Anspruch genommen werden. Bezirkliche Besonderheiten, soziale Struktur und Verankerung der PSP in der Region und den Verbünden dürften darüber hinaus Auswirkungen haben.

Die Profile der Klientinnen und Klienten im Jahr 2012 bestätigen den Trend aus 2010 und 2011, wonach zwei Drittel der Personen weiblich waren. Insgesamt wird deutlich, dass fast die Hälfte aller Klienten/-innen (49,41%) zwischen 60 und 80 Jahre sind. Die zweitgrößte Gruppe sind die über 80-jährigen (37,99%), gefolgt von den 18-60-jährigen (23,17%). Die Beratung von Eltern mit pflegebedürftigen Kindern spielt eine untergeordnete Rolle (1,15%).

Im Längsschnittvergleich ist weiterhin insgesamt allerdings eine Zunahme der unter 60-jährigen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass nicht mehr im

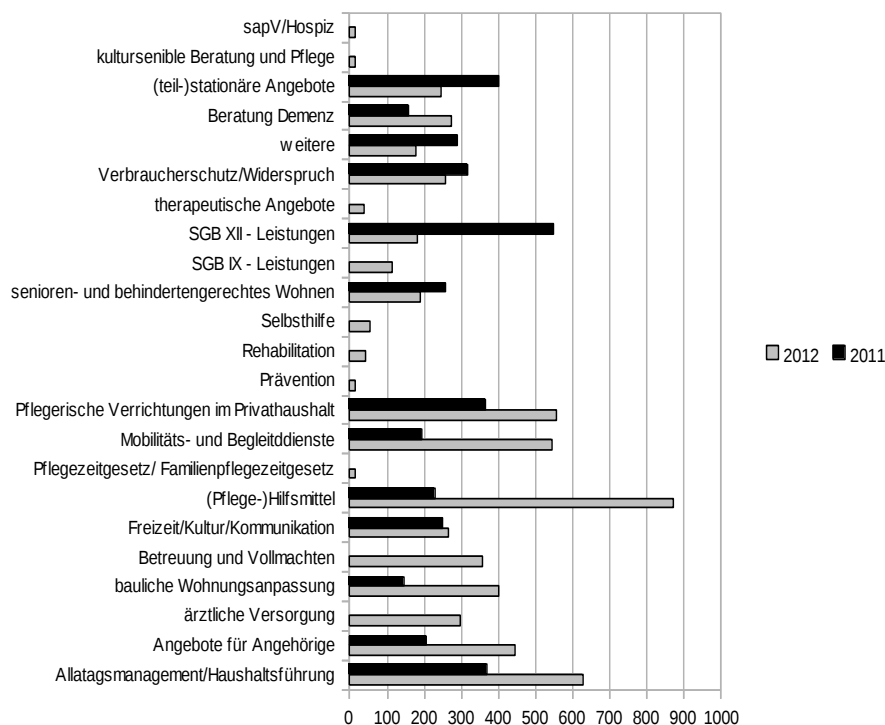
⁵ Zusätzliche Qualifikation der Mitarbeiter/-innen oder aktuelle Bedarfslagen im Bezirk können die Strategieplanung des PSP und somit die jeweilige Schwerpunktsetzung beeinflussen.

Schwerpunkt nur Senioren/-innen dieses Beratungsangebot in Anspruch nehmen. Dritte, wie Angehörige oder Bekannte, nehmen damit tendenziell früher die Angebote der PSP in Anspruch.

Themenspektrum bei Information/Auskunft, Beratung und Case-Management

Die Beratungsthemen werden immer zu den Leistungen Information/Auskunft, Beratung und komplexe Beratung/Case Management erhoben. Die Beratungsthemen geben Hinweise auf die inhaltlichen Schwerpunkte in der Klienten/-innenarbeit.

Abbildung 1: Beratungsthemen (Anzahl der Nennungen)



Alle 23 statistisch erfassten Themengebiete werden in unterschiedlicher Intensität auch nachgefragt (ab März 2012 werden 27 Themen statistisch erfasst). Mehrfachnennungen kommen häufig vor, da in der Beratung in der Regel nicht nur ein Thema besprochen wird.

Angeführt wird die Hitliste der nachgefragten Themen in allen Bezirken von Fragen nach Alltagsmanagement, Hilfsmittel und Haushaltsführung, pflegerische Versorgung im Privathaushalt sowie Fragen zu Mobilität, Wohnungsanpassung und Entlastung Angehöriger.

Schon jetzt ist zu erkennen, dass die Beratungsthemen dem Beratungsziel der PSP entsprechen: nämlich die Förderung der ambulanten vor der stationären Pflege und die Unterstützung des Verbleibs in der angestammten Wohnung auch bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit.

Schwerpunkte 2012 nach Aufgabenbereichen

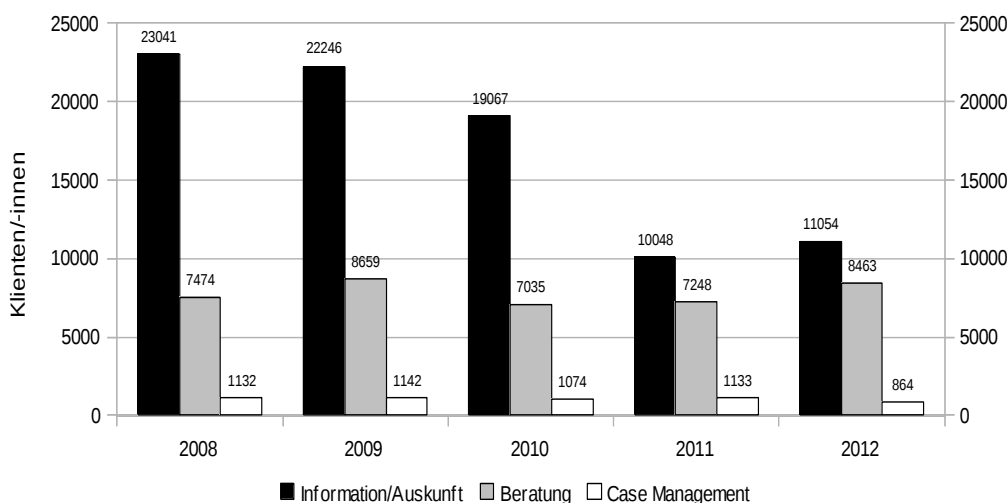
- Die Aufgaben Information/ Auskunft/ Beratung für juristische und natürliche Personen sowie das Case-Management nehmen bei den PSP rd. 44 % der Arbeitszeit ein.
- Vernetzungsaufgaben beanspruchen 12 % der Arbeitszeit.
- Öffentlichkeitsarbeit bindet rd. 8% der Arbeitszeit.

- Mit über 6,5 % der Arbeitszeit bindet die Arbeit an der Datenbank Hilfelotse/SynCASE Ressourcen.
- Mit einem Anteil von rd. 2 % an der erfassten Arbeitszeit fällt Zeit für Einbindung von Ehrenamt und Selbsthilfe bzw. Förderung des Ehrenamts und mit 2,5 % Fortbildungen relativ gering ins Gewicht.
- Nach wie vor ist der Anteil für andere Leistungen an der Arbeitszeit mit fast 25 % relativ hoch. Der Bereich der anderen Leistungen beinhaltet derzeit die Zeiterfassung für Verwaltungsaufgaben, Teambesprechungen, das Qualitätsmanagement, die konzeptionelle Weiterentwicklung, Leitungsaufgaben und die Teilnahme der Mitarbeiter an Aus- und Fortbildungen.

Durch die Teilnahme der 10 von 12 PSP am ESF-Förderprogramm, konnten durchschnittlich zwei Mitarbeiter pro PSP zu Case Managern/-innen, Mediatoren/-innen und Wohnberatern/-innen ausgebildet werden. Dies könnte Grund für den Anstieg der Zeiten in diesem Modul sein. Ab dem Jahr 2013 wird hier eine detaillierte Aufschlüsselung über die Inhalte der sonstigen Leistungen Aufschluss geben können.

Es bleibt festzuhalten, dass nach wie vor fast die Hälfte der Arbeitszeit in die direkte Klienten/-innenarbeit fließt und etwa ein Drittel sogenanntes „Care Management“ aufgewendet wird. Alle PSP berichten aus der Arbeitspraxis, dass ohne das Care Management, ohne das Kennen des Bezirkes, seiner Einrichtungen und Besonderheiten keine qualitative und auf die Ratsuchenden zugeschnittene Beratungs- und Fallarbeit geleistet werden kann. Diese Verankerung in den Bezirken zeichnet alle vom Land Berlin geförderten PSP aus.

Abbildung 2: Anzahl der Klienten/-innen je Leistung der Jahre 2008 - 2012⁶



In der Leistung Information und Auskunft gibt es über die letzten fünf Jahre einen deutlichen Rückgang von mehr als 100%. Dies könnte darauf hinweisen, dass Ratsuchende weitere Informationsquellen, z.B. das Internet, für allgemeine Fragen nutzen.

Im Vergleich der Jahre zeigt sich zudem ein kontinuierlicher Rückgang der Fallzahlen im Case Management. Demgegenüber steht die Erhöhung der Fallzahlen in der Beratung in den Jahren 2011 zu 2012.

Zu berücksichtigen ist, dass seit Ende 2009 mit der Weiterentwicklung der Beratungsstruktur in Berlin die Anlaufstellen von 12 auf 26 erweitert wurden. So haben die Bürger/-innen eine weitaus größere Anzahl von Beratungsstellen zur Verfügung und nutzen diese offenbar vor allem für Infor-

⁶ Die Daten für 2008-2010 wurden dem Jahresbericht 2011 entnommen. Die Daten 2011 und 2012 stammen aus dem Sachbericht Teil C.

mationen und Auskünfte. Darüber hinaus bieten die Pflegekassen innerhalb und außerhalb der PSP die Pflegeberatung nach § 7a SGB XI inkl. Versorgungsmanagement an. Dies könnte den Rückgang der Zahlen im Bereich Case Management begründen.

Die konstanten bzw. steigende Klienten/-innenzahl im Leistungsmodul Beratung kann darauf hinweisen, dass die PSP sich über die Jahre etabliert haben und über die Vernetzungsarbeit gut im Versorgungssystem eingebunden sind, so dass die Nachfrage zunehmend steigt.

Nach wie vor ist ein Vergleich zwischen den einzelnen PSP und deren Bezirken nur schwer möglich. Die Spannweite der Arbeitszeiten ergibt sich durch Personaleinstellung, Tarifstruktur und Stellenanteile, die verschieden sind. Diese unterschiedlichen personellen Ausstattungen und anderen bezirklichen Strukturen wirken sich auf die einzelnen Leistungen aus.

In Bezirken mit einer besonderen sozialen Struktur benötigen die Ratsuchenden eine andere Form der Leistungserbringung, beispielsweise in Bezirken mit Bewohnerinnen und Bewohnern, die zugewandert sind. Dies kann u.a. zu längeren Beratungszeiten und häufigeren Kontakten als in anderen Bezirken führen. Auch die Schwerpunktsetzung der inhaltlichen Themen und Ausrichtungen wirken sich auf die Entwicklung der klientenbezogenen Leistungen aus, was wiederum eine Besonderheit der Berliner PSP ist. Die Schwerpunktsetzung ist auch ein Spiegel der bezirklichen Vielfalt, Besonderheiten und Bedarfe.

Für den Leistungsbericht 2012 erfolgten erstmalig die Auswertung der Zahlen und eine zusammenfassende Darstellung durch einen Pflegestützpunkt für alle vom Land Berlin geförderten PSP. Alle PSP wurden in die fachliche Interpretation der Zahlen einbezogen. Dadurch ließen sich einerseits bezirkliche Besonderheiten erklären und andererseits auch Unterschiede in der Erfassung feststellen (z.B. in der Art der Zuordnung von Leistungen, der praktischen Aufgabenwahrnehmung). Durch diese direkte Rückkoppelung ist in der Erstellungsphase des Berichtes eine Qualitätsdiskussion entstanden, aus der sich qualitätsverbessernde Impulse für die Arbeit der PSP an sich und die Darstellungsmöglichkeit für die kommenden Berichte ergaben.

Grundsätzlich hat sich die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der landesseitigen PSP an den bestehenden Standorten gut etabliert. Die Arbeit in 2012 wird als erfolgreich bewertet.

Ausgewählte Ergebnisse von in den letzten Jahren gewachsenen Aufgaben

Die Senatsverwaltung beabsichtigte mit der Überführung der „Koordinierungsstellen Rund ums Alter“ in PSP u.a. wesentliche Impulse für die neue Gemeinschaftsaufgabe durch die Einbringung von bewährten Arbeitsstandards, etablierter Netzwerkarbeit und vielfältigem Erfahrungswissen zu geben. Durch einen speziellen Förderkorridor im Rahmen des Europäischen Sozialfonds war es außerdem bis Ende 2012 und teilweise noch März 2013 möglich, zu ausgewählten Themenfeldern die Aktivitäten zu intensivieren und teils neue Angebots- und Vernetzungsformen zu erproben und zu etablieren. Noch während dieses Prozesses wurde eine von der Senatsverwaltung unterstützte inhaltliche Aufarbeitung („Pflegestützpunkte in Berlin im Rahmen der Förderung des Integrierten Sozialprogramms (ISP)“ Recherche und Text BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH, Juni 2012“) vorgelegt, in deren Rahmen die Ergebnisse ausgewählter bisheriger und neuer Handlungsansätze für die Weiterentwicklung der PSP künftige Beratungsinfrastruktur enthalten sind. Es folgen teils gekürzte und modifizierte sowie um Schlussfolgerungen ergänzte Auszüge zu ausgewählten Handlungsansätzen.

Mitwirkung an der Gestaltung seniorengerechter Sozialräume

Weil einerseits ältere Menschen den Wunsch haben, länger selbstständig und unabhängig in den eigenen vier Wänden zu leben und das Verbleiben älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld andererseits die sozialpolitische Vorgabe „ambulant vor stationär“ erfüllt, wird eine wesentliche Aufgabe der Altenhilfe in der Zukunft darin bestehen, die Potenziale für Eigeninitiativen, Eigenverantwortung und gegenseitige Hilfe in „normalen“ Wohngebieten, in denen Alt und Jung zusammenleben, zu stärken. Über die häusliche Pflege hinaus müssen insbesondere niedrigschwellige Alltagshilfen zur Verfügung stehen, die das selbstständige Leben auch bei Pflegebedürftigkeit unterstützen. Damit die Angebote erreichbar sind und soziale Netzwerke zum Tragen kommen, müssen solche Hilfen im Wohnquartier angesiedelt sein und bekannt gemacht werden.

Gleichzeitig ist nicht zuletzt die Wohnungswirtschaft gefragt und daher mit einzubeziehen, kann diese doch vor allem dafür sorgen, dass Wohnungen altersgerecht angepasst und das unmittelbare Wohnungsumfeld für Senioren attraktiv gestaltet werden, etwa durch Grünanlagen mit Parkbänken, Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen etc.

Ein seniorengerechter Kiez zeichnet sich durch die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben aus. Diese Teilhabe ist beispielsweise dann gegeben, wenn ältere Menschen ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben in ihrem angestammten Umfeld auch bei Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit führen können.

Zur Etablierung seniorengerechter Kieze tragen die PSP bei durch:

- Gesundheitsförderung und Erhalt der Mobilität mittels modellhafter Entwicklung und Umsetzung niedrigschwelliger Angebote
- Förderung generationsübergreifender Kontakte und Stärkung sozialer Netzwerke im Modellkiez
- Vernetzung vorhandener (pflegeergänzender) Angebote
- Initiierung und Aufbau von Kooperationen mit Akteuren im Handlungsfeld für die Schaffung seniorengerechter Kieze wie Wohnungsbaugesellschaften, Quartiersmanagements, Vereinen des bürgerschaftlichen Engagements etc.

Fazit: Diese und andere Angebote dienen der Prävention von Krankheit und Pflege und tragen zu einer selbstbestimmten Lebensweise im Alter bei. Sie fördern soziale Gemeinschaft über nachbarschaftliche Kontakte. Den PSP kommt dabei im Rahmen ihrer Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit zu, in Kooperation mit der für bezirkliche Altenhilfeplanung zuständigen Stelle regionale Bedarfe und geeignete weitere Partner zu identifizieren, mit diesen die Prozessorganisation abzustimmen sowie in Abhängigkeit davon weitere konkrete Aufgaben im Rahmen ihrer Kapazitäten zu übernehmen.

Mitwirkung an der Gestaltung demenzfreundlicher Kommunen

Mit der in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten zu erwartenden Zunahme des Bevölkerungsanteils älterer Menschen wird auch die Zahl der Demenzerkrankten absolut und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung steigen. Dementielle Erkrankungen bzw. Hirnleistungsstörungen gelten als Alterskrankheiten, da die Häufigkeit ihres Auftretens mit dem Lebensalter wächst. Somit ist die Erkrankung keine Seltenheit mehr. Liegt der Anteil der betroffenen 65-Jährigen noch bei 1,2%, erhöht sich dieser Anteil bei Menschen, die 85 Jahre oder älter sind, bereits auf über 25%. Bundesweit gehen

Schätzungen von derzeit etwa 1,2 Mio. Betroffenen aus. Diese Zahl wird sich bis zum Jahr 2040 nahezu verdoppeln.

Auf Berlin bezogen sind es etwa 42.000 Personen. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl der Erkrankten in der Stadt auf ca. 105.000 erhöhen. Das bedeutet im Schnitt pro Bezirk 8.750 Personen mit einer dementiellen Erkrankung.

Die im Rahmen des ISP geförderten PSP in Berlin bieten eine umfassende Beratung und Unterstützung zum Thema Demenz an.

Oft fehlt es den Betroffenen und ihren Angehörigen an Informationen über Unterstützungs- und Entlastungsangebote, über Möglichkeiten der Diagnostik oder finanziellen Hilfe. Die PSP fungieren dabei häufig als erste Anlaufstelle, um den Betroffenen und ihren Angehörigen einen Einstieg in das Hilfesystem zu eröffnen. Sie bieten einen Überblick über die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten und „schnüren“ mit den Hilfebedürftigen gemeinsam das für sie passende Hilfspaket. Die PSP befähigen die Betroffenen und die Angehörigen, die vorhandenen Angebote anzunehmen, um damit bestehenden Überlastungen abzubauen und das Leben zu erleichtern. Ziel ist es, den Menschen mit Demenz möglichst lange ein Leben in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen und den Angehörigen Hilfestellung zu geben, damit sie die Pflege aufrecht erhalten können, und der Gefahr der psychischen wie physischen Überbelastung der Angehörigen entgegenzuwirken.

Die im Land Berlin entstandenen demenzfreundlichen Kommunen sind häufig von den PSP mit initiiert worden. Diese Initiativen haben sich zum Ziel gesetzt, die Lebensbedingungen der Menschen mit Demenz zu verbessern und ihnen eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Durch ihre Arbeit wollen sie der zunehmenden Isolierung sowohl der Erkrankten als auch ihrer Angehörigen entgegenwirken und zur nachbarschaftlichen Hilfe und zum bürgerschaftlichen Engagement anregen. Zielgruppe der demenzfreundlichen Kommunen sind nicht die Fachleute, sondern die Bevölkerung, die lokalen Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und politisch Verantwortlichen. Diese sollen durch Aktionen wie Ausstellungen, Lesungen, Vortragsreihen oder Schulungen für das Thema Demenz sensibilisiert werden.

Die PSP leisten darüber hinaus eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit durch Aktivitäten wie beispielsweise Tage der offenen Tür, Veranstaltungen, Vorträge, Fortbildungen, Informationsstände oder themenspezifische Verbraucherinformationen. Kerngeschäft ist aber die Information, Beratung und Fallkoordination für Menschen mit Demenz bzw. ihre Angehörigen.

Fazit: Es gehört zunehmend zu den Aufgaben der PSP aufgrund einerseits wachsender Zahlen von an Demenz erkrankter Menschen und andererseits fehlender, überforderter und zu entlastender Angehöriger umfangreichere Fallbearbeitungen unter Einbeziehung mehrerer Partner vorzunehmen. Dabei gehören zur Zielgruppe verstärkt Ehepaare, bei denen ein Partner an Demenz erkrankt ist, und die PSP das gemeinsame Weiterleben im vertrauten Wohnumfeld sichern helfen. Als regionale Partner für eine demenzfreundlichen Kommune sind dabei nicht nur die Anbieter von gesundheitlichen und pflegerischen bzw. pflege flankierenden Leistungen anzusehen, sondern vermehrt auch Partner, die vor Ort tätig sind, wie Wohneigentümer, Feuerwehr, Polizei, Gewerbetreibende.

Beratung zur und Unterstützung bei Wohnungsanpassung

Wohnen im Alter ist zunehmend zu einem Thema in der Pflege- und Altenpolitik geworden. Im Zuge dieser Entwicklung sind zahlreiche Wohnformen mit nicht einheitlichen Bezeichnungen entstanden, was die individuell passende Auswahl bei der Fülle von Angeboten für die Interessenten zusätzlich erschwert. Die Trennung vom vertrauten Wohnumfeld, die Suche nach neuen und individuell pas-

senden Wohnangeboten oder Wohnformen bedarf demnach einer professionellen Analyse der am Markt bestehenden Angebote sowie Beratung und Begleitung der interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Zu Hause sein ist für die meisten Menschen so selbstverständlich, dass wir uns selten Gedanken darüber machen. Zu Hause sein heißt aber auch, sich in seinem nahem Umfeld wohl und geborgen fühlen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Wohnung einen ganz besonders großen Stellenwert ein. Denn Menschen im höheren Alter verbringen durchschnittlich vier Fünftel des Tages in der eigenen Wohnung.

Für die Beratung zur Wohnungsanpassung und die Unterstützung bei der Durchführung von Maßnahmen zur Wohnungsanpassung verfügen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der im ISP geförderten PSP über langjährige Erfahrungen, die sie sich in unterschiedlicher Form erworben haben.

Die Beratung zur Wohnungsanpassung ist überwiegend eine aufsuchende Beratung und findet in der Wohnung des Klienten statt. Im Vordergrund steht dabei, den individuellen Bedarf aufgrund der Behinderung und/oder der Pflegebedürftigkeit zu erkennen und die Anpassungsmaßnahmen darauf abzustimmen. Sie umfasst die Beratung zur baulichen Anpassung, zu Hilfsmitteln, zu Finanzierungsmöglichkeiten und das Angebot, bei der Umsetzung der Maßnahmen zu unterstützen. Dazu gehören u.a. das Einholen der Vermietergenehmigung, Einholen von Kostenangeboten von geeigneten Handwerksfirmen, Anträge auf finanzielle Förderung bis hin zur Unterbringung während der Baumaßnahme, wenn dieses notwendig ist. Für die Motivation, sich auf einen Umbau einzulassen, und diese über einen ggf. längeren Zeitraum nicht zu verlieren, bedarf es einer intensiven psychosozialen Begleitung während dieser Zeit.

Die jahrelangen Erfahrungen bestätigen, dass gerade allein stehende, ältere Menschen eine ganz besonders große Scheu vor Veränderungen – sprich Wohnanpassung – haben. Die Gründe dafür sind ganz unterschiedlich. Mal ist es

- das aufwendige und komplizierte Antragsverfahren,
- der zeitliche Aufwand,
- die Angst vor Lärmbelästigungen,
- der anfallende Schmutz
- oder die zusätzlichen Kosten, die mit Wohnungsanpassung einhergehen.

Es ist aber auch bekannt, dass ältere Menschen oder pflegende Angehörige, bei gezielter Beratung, durchdachter Planung, Unterstützung und kontinuierlicher Begleitung baulichen Maßnahmen zustimmen.

In der Regel tragen schon kleine Veränderungen dazu bei, das Leben in der eigenen Wohnung zu erleichtern und Unfallgefahren zu beheben, um möglichst selbstständig und langfristig dort leben zu können. Bei der Wohnungsanpassung geht es vorwiegend um individuelle Lösungen, die für den Einzelfall sinnvoll und notwendig sind.

Fazit: Die Erfahrung zeigt, dass der größte Bedarf und die häufigsten baulichen Veränderungen im Sanitärbereich durchgeführt werden. Angefangen bei den Hilfsmitteln wie Haltegriffe oder Badewannenlift bis zum Einbau einer barrierefreien Dusche. Weitere Bereiche der Anpassungsmaßnahmen sind die Entfernung von Türschwellen und die Angleichung des Balkonzuganges. Ein besonderer Bereich ist die Wohnungsanpassung für Menschen mit Demenz: Hier sollten Maßnahmen zu-

rückhaltend umgesetzt werden; im Vordergrund stehen die allgemeine Sicherheit, die Abwendung von Gefahrenquellen und der Erhalt der Verlässlichkeit auf die eigene Wohnung.

Die Wohnberatung ist ein Fachgebiet, das sich ständig weiterentwickelt. Eine qualifizierte Wohnberatung zeichnet sich durch kontinuierliche Fortbildung aus. Beratungsthemen sind außer der Wohnungsanpassung auch die Beratung zu alternativen Wohnformen und zum Pflegeheim, wenn der Verbleib in der eigenen Wohnung nicht möglich sein sollte oder nicht mehr gewünscht wird. Die Beratung zur Wohnungsanpassung erfordert ein breites Wissen und interdisziplinäre Zusammenarbeit, die Kooperation mit geeigneten Institutionen und Personen, um die bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten. Die PSP müssen das Beratungsangebot für Wohnanpassung in die Bezirke hineingetragen. Als effektiv hat sich hier eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise im Rahmen von Informationsveranstaltungen oder durch die Implementierung von Beratungszeiten in den Räumen von lokalen, den Senioren und Seniorinnen bekannten Einrichtungen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Mit der demographischen Entwicklung erhalten einige Handlungsfelder wachsende Bedeutung, da sich die Bedarfslagen und damit auch die Nachfragestruktur ändern werden. Hierauf müssen die PSP reagieren. Erkenntnisse aus der Ende 2012 bzw. im März 2013 ausgelaufenen Phase, in der zusätzliche Kapazitäten über die ESF-Förderung zur Verfügung standen, können dafür genutzt werden. Die Initiierung, Beantragung, Durchführung von und Beteiligung an Sonderprojekten haben jeweils über die tatsächlichen Förderzeiträume nachhaltig gewirkt bzw. wirken nach wie vor. Dies gilt beispielsweise für die von den PSP initiierten bezirklichen demenzfreundlichen Kommunen und für die durch die PSP geleistete Wohnberatung auf qualitativ hohem Niveau.

Um fundierte Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der PSP zu gewinnen, hat das Steuerungsgremium, das mit dem Ziel der fachlichen Steuerung, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Angebotes zur Beratung, Versorgung und Betreuung in den PSP gebildet wurde, die Durchführung einer Evaluation beschlossen. Die Durchführung einer ersten Ausschreibung musste erfolglos beendet werden, weil kein geeigneter Bieter gefunden wurde. Die Durchführung des Vergabeverfahrens ist erneut ab Januar 2014 geplant.

Von den Ergebnissen der Evaluation, die voraussichtlich erst in 2015 vorliegen werden, wird erwartet, dass sie auch Anhaltspunkte dafür liefert, wie die Struktur der PSP zu optimieren ist. Dazu gehört auch die Frage in welchen weiteren Sozialräumen die wohnortnahe Einrichtung von PSP sinnvoll ist. Überlegungen in Berlin gehen nicht nur in die Richtung, neue Standorte zu errichten, sondern die Arbeit der PSP gesamtstädtisch zu optimieren.

Im Jahr 2013 wird zur weiteren Anhebung der Beratungsqualität ein Schwerpunkt auf der interkulturellen Öffnung der Beratungsarbeit der Berliner PSP liegen. Zu diesem Zweck werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PSP im Feld der kultursensiblen Beratung geschult. Im Vorfeld der Erarbeitung des Curriculums zur Durchführung der Schulungen wurden die Berliner PSP befragt/interviewt, hatten Fragebögen auszufüllen und arbeiten in Projektgruppen zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Arbeitshilfen zur kultursensiblen Beratung mit.

1.1.4 – Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde für Ältere und Menschen mit Behinderungen

Finanzierung

2012: 35.892,69 Euro für ein Projekt

2011: 35.892,69 Euro für ein Projekt

Allgemeines

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bietet berlinweit Beratung für ältere Menschen aus der jüdischen Gemeinde an, die zu einem erheblichen Teil Überlebende der Shoa bzw. deren Angehörige sind. Zusätzlich bietet sie ihren behinderten Gemeindemitgliedern Beratungen an.

Ziele und Aufgaben

Die älteren und behinderten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sollen möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben und weitgehend ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Die Arbeit der Beratungsstelle zielt auf eine entsprechende Beratung in Fragen zum Gesundheits- und Sozialsystem und motiviert und unterstützt die Gemeindemitglieder, die Hilfen und Dienstleistungen bei Bedarf auch in Anspruch zu nehmen.

Zu den Aufgaben der Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde gehören:

- Information und Beratung,
- Fallkoordination,
- Gruppenarbeit (für Gemeindemitglieder im Seniorenalter, mit Behinderungen und Ehrenamtliche),
- Vernetzung/Kooperation mit anderen Abteilungen/Bereichen/Projekten der Jüdischen Gemeinde,
- Einbeziehung von Ehrenamt.

Zielgruppe

Hauptzielgruppen der Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde sind:

- Gemeindemitglieder über 60 Jahre (ca. 4.592 Personen in 2012 im Verhältnis zu 3.850 Personen in 2011) und ihre Angehörigen
- Überlebende der Shoa bzw. deren Angehörige
- deutschsprachige Eingereiste vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, Israel, Polen, Rumänien,
- Gemeindemitglieder mit Behinderungen.

Leistungen 2012

Für das Jahr 2012 ist mit 177 Klientinnen und Klienten eine nahezu gleichbleibende Anzahl der Ratsuchenden gegenüber dem Jahr 2011 (176) zu verzeichnen. Darunter waren 156 Ratsuchende, die über 60 Jahre alt waren. Im Vorjahr waren es in dieser Alterskohorte 128. Der Trend geht folglich dahin, dass eher ältere Menschen die Beratungsstelle aufsuchen und spiegelt damit wieder, dass aktuell 60 % der Mitglieder der Jüdischen Gemeinde 51 Jahre und älter sind. Zwei Drittel der

Klientinnen und Klienten bei Erstkontakt mit der Beratungsstelle sind Betroffene und 1/3 Angehöriger bzw. Bezugspersonen.

Mittlerweile nutzen 64 Menschen mit Behinderungen das Angebot der Beratungsstelle, was einer Steigerung um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr entspricht. Hier werden auch jüngere Klienten betreut, doch die überwiegende Zahl ist älter als 55 Jahre. Umbrüche, die mit dem Wechsel der Stelleninhaberin hätten verbunden werden können, blieben aus.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die besonderen Problemlagen und Lebenserfahrungen der Überlebenden der Shoa und ihrer Angehörigen führen zu persönlichen Hemmschwellen bei der Nutzung von Regelangeboten außerhalb der Strukturen der Jüdischen Gemeinde. Mit zunehmendem Alter der Gemeindemitglieder verstärken sich diese Hemmschwellen noch.

Darüber hinaus plant die Jüdische Gemeinde die Gruppenangebote, v.a. für Menschen mit Behinderungen weiter auszubauen und trägt damit dem Trend der zunehmenden Inanspruchnahme von Gemeindemitgliedern mit Behinderungen Rechnung.

1.1.5 – Fachberatungsstellen Altenhilfe – Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)

Finanzierung

2012: 175.500,-- Euro für zwei Projekte

2011: 180.000,-- Euro für zwei Projekte

Allgemeines

Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung fördert seit über 10 Jahren zur Planung und Gestaltung sowie zum Austausch über altersrelevante Herausforderungen von Zugewanderten in Berlin die Arbeit des Kompetenzzentrums „Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ (komzen). Das komzen engagiert sich für die Einbindung älterer Zuwandererinnen und Zuwanderer in die Berliner Altenhilfe- und Pflegestrukturen, insbesondere informiert, sensibilisiert, vernetzt und berät das komzen Institutionen der Altenhilfe und Pflege und fördert Ehrenamt sowie den Aufbau von Selbsthilfestrukturen. Träger der Projekte sind gemeinschaftlich der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. und des AWO Kreisverband Berlin Spree - Wuhle e.V..

Ziele und Aufgaben

Die Berliner Altenhilfeangebote sind nachhaltig kultursensibel ausgerichtet, d.h. sie berücksichtigen die Bedürfnisse älterer Zuwanderer, deren Teilhabemöglichkeiten damit verbessert sind. Leitziele sind:

- die interkulturelle Öffnung der Institutionen, Einrichtungen, Projekte, Ämter und Gremien,
- die Gewinnung von Ansprechpartnern und Multiplikatoren,

- die Initiierung, Entwicklung und Begleitung sowie Identifizierung und Kommunikation guter, nachahmenswerter Praxisbeispiele.

Die Arbeit des komzen zielt auf eine entsprechende Bewusstseinsentwicklung bei der Zielgruppe und auf die Verankerung der Interkulturellen Öffnung in Leitlinien und Konzepten.

Im Kontext dieser Zielstellungen nimmt das komzen folgende allgemeine Aufgaben wahr:

- Information und Beratung,
- Erstellung von Arbeitshilfen und konzeptionellen Grundlagen und Planungsdokumenten,
- Umsetzung Handlungsempfehlungen,
- Identifizierung, Bekanntmachung von „Good Practice“,
- Initiierung, Durchführung von oder Beteiligung an Referenzmodellen,
- Durchführung und Beteiligung an Fachveranstaltungen,
- Kooperation und Vernetzung,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Zielgruppe

Hauptzielgruppen des komzen sind:

- politisch Verantwortliche im Bereich Soziales und Gesundheit,
- Migrantenorganisationen,
- Leitungskräfte und Mitarbeiter in Einrichtungen der Altenhilfe incl. Altenpflege,
- Funktionäre von Wohlfahrts- und Berufsverbände,
- Mitarbeiter und Leiter für Senioren / Altenhilfe zuständige Verwaltungen,
- Seniorenpolitische Gremien,
- Verantwortliche im Aus- und Fortbildungsbereich,
- Medienvertreter.

Leistungen 2012

In 2012 waren über 1.100 persönliche und telefonische Kontaktaufnahmen zu verzeichnen und entsprechen damit in etwa denen des Vorjahres. Im Berichtszeitraum führte das Projekt 62 telefonische, 35 persönliche Beratungen und 62 Beratungen der Zielgruppen vor Ort durch.

Im Verhältnis zum Vorjahr ist dies eine gleichbleibende Leistung bei den persönlichen Leistungen mit einem Rückgang der telefonischen Beratungen und der Beratungen vor Ort. Die persönliche und telefonische Informationsweitergabe hat sich weiterhin gesteigert, immerhin wurden 190 Personen mehr informiert zum Thema Interkulturelle Öffnung als im Vorjahr.

Der Trend zum Rückgang des Bedarfs an persönlicher Beratung und des Versandes von Informationsmaterial ist vermutlich mit der Bereithaltung von diversen Informationen zum Thema der interkulturellen Öffnung auf der Homepage des komzen zu erklären.

Trotz erheblicher Personalengpässe durch die Langzeiterkrankung einer Leiterin und Elternzeit einer Mitarbeiterin, die nur durch Mehrarbeit aufgefangen werden konnte, werden die Angebote des komzen in Form von Präsentationen, Interviews, Begleitung von Modellprojekten und Kooperationen sehr gut angenommen.

Neben der regelmäßigen Informations- und Beratungstätigkeit, der Teilnahme an 13 Fachveranstaltungen Dritter mit eigenen Beiträgen sowie der Begleitung der IKÖ-Prozesse in ausgewählten Berliner Bezirken wurden vom komzen in 2012 - eine Reihe herausragender Erfolge erzielt:

- Abschluss der Arbeiten an den „Handlungsempfehlungen Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“, dem „Standard für kultursensible Arbeit“ sowie der „Good-practice-Datenbank“,
- Sozialräumliche Öffnung im Rahmen des Referenzmodells zur kultursensiblen Pflege in Kooperation mit Vitanas und Kooperation mit der Kiezspinne in Lichtenberg,
- nachhaltige Gewinnung zweier migrationsspezifischer Einrichtungen für die Bewerbung um einen Sitz im neu gewählten Landesseniorenbeirat
- Vorbereitung einer Qualifizierungsreihe der Landeszentrale für politische Bildung für ältere Zuwanderer zu Fragen des politischen-bürgerschaftlichen Engagements
- Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Jetzt reden wir“ am 23. August 2012,
- Beteiligung an der Berliner Seniorenwoche,
- Filmische Dokumentation zum komzen und Herstellung von „Spots“ im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Das komzen hat im vergangenen Berichtszeitraum eine qualitativ und quantitativ hochwertige und im Land Berlin unverzichtbare Arbeit im Hinblick auf Interkulturelle Öffnung in der Altenhilfe geleistet. Nicht zuletzt ist es der vielseitigen Präsenz des Kompetenzzentrums zu verdanken, dass die Bedeutung der interkulturellen Öffnung als Querschnittsaufgabe stärker ins Bewusstsein der Verantwortlichen und Handelnden in diesem Feld rückt. Mit den Handlungsempfehlungen für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe und den Standards für eine kultursensible Arbeit ist eine Basis zur Umsetzung des Gesetzes für Partizipation und Integration in Berlin geschaffen worden, deren Anwendung und Weiterentwicklung weiterhin, mindestens bis 2014, vom komzen zu begleiten ist.

Ein Schwerpunkt der Arbeit besteht nach wie vor in der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Versorgung von Zuwanderern durch entsprechende Veränderungen in den Altenhilfe- und Pflegestrukturen. Dabei werden schwerpunktmäßig in 2013 Fortbildungen zur kultursensiblen Beratung zu organisieren und durchzuführen sein.

1.2.1 – Hospize

Finanzierung

2012: 60.417,-- Euro für zwei Projekte

2011: 60.417,-- Euro für zwei Projekte

Projekt „Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH)“

Allgemeines

Die Zentrale Anlaufstelle Hospiz in Trägerschaft der UNIONHILFSWERK Sozialeinrichtungen gemeinnützigen GmbH ist aus dem Bundesmodellprojekt „Hospizbüro“ (1997 - 2000) hervorgegangen und hat sich seitdem als ein gesamtstädtisches Spezialangebot rund um die Themen Sterben, Tod und Trauer etabliert. Das Projekt wird hauptsächlich durch das Land Berlin gefördert. Vom Träger wird der vom Land gewährte Zuschuss mit 17.052,19 € ergänzt. Die ZAH erledigt ihre Aufgaben mittels eines multidisziplinären Teams. Neben den zwei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen werden 12 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen eingesetzt, die, begleitet von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen, mit hohem Engagement einzelne Aufgabenbereiche (z. B. die Patientenverfügungsberatung) weitgehend selbstständig ausführen.

Ziele und Aufgaben

Ziel des Projektes ist es, als Anlauf, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle zu dienen und bei Fragen im Umgang mit schwerer/tödlich verlaufender Krankheit, zur pflegerischen, medizinischen und palliativen Versorgung zu helfen, konkrete Unterstützung beim Erstellen von Patientenverfügungen zu leisten und das passende Trauerangebot zu finden. Durch Netzwerkarbeit, Institutionenberatung und Fortbildungen nimmt die ZAH wesentlich Einfluss auf die Verbreitung und Implementierung hospizlichen Handelns in allen Berliner Versorgungsstrukturen.

Der Schwerpunkt der Projektarbeit ist Beratung und Vermittlung. Dabei hat sich die Patientenverfügungsberatung zu einem neuen Schwerpunkt entwickelt. Die ZAH beteiligt sich an der berlinweiten Datenbank Hilfelotse. Mediation, Vortragstätigkeit und Gremien-/Netzwerkarbeit runden das Aufgabenspektrum ab.

Zielgruppen

Die ZAH richtet sich in erster Linie an rat- und hilfesuchende Betroffene, d.h. schwerstkranke und sterbende Menschen, pflegende Angehörige und andere Bezugspersonen, aber auch an Pflegepersonal, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen und weitere Akteure der Altenhilfe und Pflege sowie an Medien und Multiplikatoren.

Leistungen 2012

Insgesamt wurden 662 Einzelfallberatungen und 153 Patientenverfügungsberatungen durchgeführt. Mit Institutionen wurden 106 Beratungsgespräche geführt, wobei hier das Thema Bewältigung eines Todesfalls/Trauer/-angebote am häufigsten (36%) angesprochen wurde. Nahezu die Hälfte der Personen mit Einzelfallberatung befand sich im Alter von 61 bis 80 Jahren (316 Personen). Die Zahl der Personen mit Einzelfallberatungen im Alter von 19 bis 60 Jahren belief sich nunmehr auf 296 und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um ca. 60%. Über 80 % der an den Beratun-

gen teilnehmenden Personen waren weiblich (535 Personen). Das Verhältnis der direkt Betroffenen zu Angehörigen lag etwa bei 2 : 1. Nahezu 90 % der Beratungen dauerten nicht länger als eine halbe Stunde. 58% der Gespräche hatte eine Dauer von unter 10 Minuten, 30% eine Dauer von 10 bis 30 Minuten; 77 Gespräche dauerten länger.

Im Folgenden werden die am häufigsten nachgefragten und besprochenen Themen angegeben, wobei mehrere Themen in einem Gespräch angesprochen worden sein können:

- Patientenverfügung/ Vorsorgevollmacht (348)
- Stationäres Hospiz (106)
- Schmerztherapeutische/ Palliative Versorgung (82)
- Palliativ-geriatrische Versorgung (62)
- Ehrenamtliche Tätigkeit (57)
- Bewältigung eines Todesfalls/ Trauer/-angebote (52)
- Psychische/ Persönliche Krise (48)
- Aus- Weiterbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten (44)
- Ambulanter Hospizdienst (42)
- Allg. Infos zu Hospizarbeit/ Palliativversorgung (42)
- Ethische Fragestellung (17)
- Bewältigung des eigenen Sterbens (10).

Die Anzahl der im Berichtsjahr abgeschlossenen Patientenverfügungsberatungen stieg von 96 im Jahr 2011 auf 153 im Jahr 2012 an, dabei bildeten 115 Personen im Alter zwischen 61 und 80 Jahren die größte Gruppe. 115 Personen waren weiblich. Gegenüber Einzelfallberatungen dauern die Patientenverfügungsberatungen länger und können sich über mehrere Gespräche hinziehen. Knapp 15 % der Beratungen dauerten insgesamt über sechs Stunden.

Im Jahr 2012 hielt die ZAH bei unterschiedlichen Organisationen und Selbsthilfegruppen insgesamt 22 Fachvorträge für verschiedene Zielgruppen, wie Interessierte, Ehrenamtliche, Auszubildende, Studentinnen und Studenten sowie Ärztinnen und Ärzte und andere Berufsgruppen, von denen zwei Drittel (15) zum Themenkreis „Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung“ gehörten. Mit durchschnittlich 23 teilnehmenden Personen waren die Veranstaltungen gut besucht.

Seit vielen Jahren leitet die ZAH den Arbeitskreis Trauer Berlin. Sie arbeitete darüber hinaus in 2012 in folgenden wichtigen Netzwerken und Zusammenschlüssen mit:

- Arbeitskreis Palliative Pflege, RG Berlin der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin
- Leitung der AG Patientenverfügung des Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V.
- Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin.

Als weitere, wesentliche Schwerpunkte im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeit an der 3. erweiterten Auflage der Broschüre „Wenn Ihr Arzt nicht mehr heilen kann...“, die in der Schriftenreihe „Gut altern in Berlin“ der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Ende 2012 erschienen ist, die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen wie Hospizwoche, Tag des Friedhofs, Infostände, Infomaterialien, Pflege und Weiterentwicklung der Webseite zu nennen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Insgesamt ist die Arbeit der ZAH 2012 als sehr erfolgreich einzuschätzen. Die beabsichtigten Ziele bzw. der Zuwendungszweck wurden mit Erfolg erreicht.

Für 2013 wurden die Arbeitsschwerpunkte um Fortbildungen mit den Kontaktstellen PflegeEngagement und den Pflegestützpunkten (PSP) erweitert. Neben der Zurverfügungstellung standardisierter Handreichungen und der Pflege der Datenbank Hilfelotse wurde eine Ganztagsfortbildung für die PSP im Jahr 2013 vorbereitet und bereits erfolgreich durchgeführt. Darüber hinaus erklärte die ZAH ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an der Konzeption, Organisation und Durchführung des 1. Berliner Hospizforums, das im Herbst 2013 durchgeführt wird.

Projekt „Geschäftsstelle des Hospiz- und PalliativVerbandes Berlin e.V. (HPV Berlin)“

Allgemeines

Der HPV Berlin e.V. ist aus der 1999 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz (LAG Berlin) hervorgegangen. 2010 erfolgte die Umbenennung als Antwort auf die gestiegenen Anforderungen, die Mitgliederzusammensetzung sowie als Reaktion auf die Umbenennung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz in Deutscher Hospiz- und PalliativVerband, deren Mitglied der HPV Berlin ist. 2012 hatte der HPV Berlin 39 Mitglieder, davon 22 ambulante Hospizdienste, 10 stationäre Hospize, 1 stationäres Kinderhospiz, 2 Hospizdienste in Einrichtungen, 1 Palliativstation, 1 ambulanten Palliativ-Pflegedienst, 1 Dienst zur SAPV-Koordinierung und Beratung sowie die zentrale Anlaufstelle Hospiz. Um die Verbandsarbeit zu stärken, erfolgt die Förderung einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle.

Das Projekt wird durch das Land Berlin seit 2000 gefördert. Vom Träger wird der vom Land gewährte Zuschuss durch Eigenmittel (Mitgliedsbeiträge, Spenden) um 5.600 € aufgestockt. Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Berliner Hospizwoche wird zusätzlich durch Drittmittel gefördert.

Ziele und Aufgaben

Der HPV Berlin ist in erster Linie Interessenvertreter seiner Mitglieder, um die umfassenden Ziele der Hospizbewegung und Palliative Care im Land Berlin umzusetzen. In diesem Sinne betreibt der HPV Berlin Öffentlichkeitsarbeit, Gremien- und Netzwerkarbeit und beteiligt sich an der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativstrukturen im Land Berlin. Gegenüber den Krankenkassen nimmt er die Aufgabe einer Verhandlungsgemeinschaft bei Vertragsverhandlungen wahr. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stellt die jährlich stattfindende Hospizwoche einen besonderen Schwerpunkt dar. Durch die Geschäftsstelle werden die Aktivitäten entsprechend unterstützt und zielen vor allem auf den reibungslosen Ablauf der allgemeinen Verwaltung des Verbandes ab.

Der Schwerpunkt des vom Land Berlin geförderten Projektes besteht vorrangig in der Unterstützung der grundsätzlich ehrenamtlich betriebenen Verbandsarbeit und seiner Ziele. Die Aufgaben entspre-

chen der üblichen Geschäftsstellentätigkeit, wie allgemeine Verwaltung (Weitergabe von Informationen, Erstellung und Weitergabe von Protokollen, Schriftverkehr, Terminüberwachung, Aktenablage, Führung der Akten und der Statistik), Buchhaltung und Kassenführung sowie Einarbeitung und Pflege von Informationen auf den Internetseiten des HPV. Im Besonderen gehören auch die Teilnahme an den Sitzungen der AG Öffentlichkeitsarbeit und Übernahme relevanter Aufträge, insb. zur Organisation der jährlich stattfindenden Hospizwoche, sowie die Erfassung, Weiterleitung, Bearbeitung und Dokumentation von Beratungsanfragen sowie der Anfragen von HPV Mitgliedern/ Anwärtern zum Aufgabenspektrum.

Zielgruppen

Die Geschäftsstelle arbeitet nach Weisung des Vorstandsvorsitzenden bzw. des geschäftsführenden Vorstandes bzw. nach Absprache mit dem geschäftsführenden Vorstand auch der Beisitzer des Vorstandes. Je nach übertragener Aufgabe stellen die Zielgruppen der Arbeit der Geschäftsstelle die Zielgruppen des HPV Berlin dar. Dazu gehören die Mitgliedsorganisationen, Politik und Verwaltung, Krankenkassen, andere Träger und Verbände, Gremien und Netzwerke, die schwerstkranken und sterbenden Menschen mit den Angehörige/ Nahestehenden selbst sowie die allgemeine Öffentlichkeit.

Leistungen 2012

Die Darstellung der Leistungen konzentriert sich auf den Bereich der Mitgliederbetreuung (40%), organisatorische und koordinierende Aufgaben (36%), Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in Verbindung mit der Hospizwoche (15%), Anfragenbearbeitung (6%) und Beratung und Unterstützung von Leistungserbringern (3%). Die Daten dokumentieren die wichtige Aufgabe der Geschäftsstelle als sog. Schaltzentrale zwischen den einzelnen Zielgruppen. Insgesamt erreichten den HPV in 2012 1.198 Anfragen, von denen der größte Anteil in Höhe von einem Viertel Anfragen zur Berliner Hospizwoche waren. Rund ein Sechstel der Anfragen wurden weitergeleitet.

Im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Hospizwoche tagte die AG Öffentlichkeitsarbeit 11 Mal. Durch die Geschäftsstelleninhaberin wurden 9 Vorstandssitzungen, 4 Arbeitskreissitzungen, 2 Treffen der Website AG und 1 Mitgliederversammlung vorbereitet, begleitet und nachbereitet.

Die zentrale Koordination, Vorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützung der Durchführung der 15. Berliner Hospizwoche führten zu einer insgesamt sehr erfolgreichen siebentätigen Gesamtveranstaltung mit berlinweit 27 Einzelveranstaltungen. Davon fanden 10 Tagesveranstaltungen in kulturellem Kontext und acht Tage der offenen Tür in Hospizeinrichtungen mit insgesamt neun Fachvorträgen statt. Die Hospizwoche konnte insgesamt über 2.000 Gäste aus einem breiten Spektrum der Berliner Bevölkerung und darüber hinaus verbuchen.

Die Förderung der Geschäftsstelle ermöglichte die erfolgreiche ehrenamtlich geleistete Verbandsarbeit.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die beabsichtigten Ziele bzw. der Zuwendungszweck wurden 2012 mit Erfolg erreicht.

Mit der Wahl des neuen Vorstandes des HPV Berlin e.V. am 31. März 2013 wurde die Zusammenarbeit mit der Verwaltung vertieft und gemeinsame Projekte gestartet bzw. fortgeführt.

Auch für die Zukunft verbürgt sich der Vorstand für eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit und regelmäßigen Informationsaustausch mit der Verwaltung.

Wie auch schon in den Vorjahren wird die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Berliner Hospizwoche in 2013 einen Arbeitsschwerpunkt im Rahmen der geförderten Geschäftsstellentätigkeit darstellen.

Angebotsbereich 2 – Ehrenamt und Selbsthilfe

2.1 – Selbsthilfeprojekte

Allgemeines

Selbsthilfegruppen und -projekte stellen eine wichtige Ergänzung zum professionellen Versorgungssystem dar. Zentrale Merkmale der Selbsthilfe sind die gemeinsame Betroffenheit, und das Ziel die aktuellen Probleme selbst in die Hand zu nehmen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten aktiv zu werden. Die Motive für die Gründung von Selbsthilfegruppen und -organisationen waren und sind vielfältig, wie z.B. gesundheitliche Probleme oder besondere Lebenssituationen.

Finanzierung

2012: 121.469,97 Euro für vier Projekte

2011: 120.830,78 Euro für vier Projekte

Ziele, Aufgaben und Zielgruppen

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist Träger des Projekts „Großelterndienst“, welches Wunschgroßeltern an die Kinder Alleinerziehender vermittelt und somit sowohl den alleinerziehenden Eltern und deren Kindern als auch den älteren Menschen (Wunschgroßeltern) hilft. Durch den Einsatz der Wunschgroßeltern wird den alleinerziehenden Eltern u.a. der Wiedereinstieg in den Beruf bzw. der Erhalt des Arbeitsplatzes ermöglicht – sie werden entlastet in ihrer Doppelrolle als Mutter/ Vater und Erwerbstätige/r. Durch die Betreuung der Kinder der Alleinerziehenden erleben die älteren Menschen wieder das Gefühl, gebraucht zu werden und für andere Menschen eine Bedeutung zu haben mit positiven Effekten für das Selbstbewusstsein und die psychische Stabilität. Die Kinder profitieren von dem großen Erfahrungsschatz der Senior/-innen.

Der „Eltern für Integration e.V.“ bietet Beratungen für Eltern von Kindern mit Behinderung an. Den Eltern soll damit der Alltag mit einem behinderten Kind erleichtert werden.

Der Berliner Arbeitslosenzentrum e.V.“ (BALZ) betreibt ein Beratungs- und begegnungszentrum für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen. Der „Berliner Frauenbund 1945 e.V.“ kümmert sich in verschiedenen Selbsthilfegruppen und durch Hilfe bei Bewerbungen um arbeitslose und langzeitarbeitslose Frauen. Ziel ist der Wiedereinstieg in das Erwerbsleben. Das Angebot richtet sich an Frauen mit dem Ziel, Führungsverantwortung zu übernehmen. Hierzu bietet das Projekt Beratungen und Fortbildungen für Frauen an, um sie für Führungspositionen zu qualifizieren.

Leistungen 2012

Die Angebote des Projektes „**Großelterndienst**“ des Berliner Frauenbund 1945 e.V.“ wurden in 2012 von insgesamt 490 Personen (Wunschgroßeltern) genutzt, damit wurden die Werte von 2011 und 2010 übertroffen.

Im Projekt wurden 5.630 Informationen (2011: 4.162) weitergegeben. Ratsuchende wurden 305 Mal beraten, demgegenüber stand 2011 eine Beratungsanzahl von 270. Hausbesuche fanden nicht statt. Somit zeigen auch diese Zahlen, dass das Projekt seine Leistungsdaten weiter gesteigert hat.

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 32 Aktivitäten verzeichnet und damit weiter sehr präsent und gegenüber 2011 (27 Aktivitäten) sogar noch verstärkt worden.

Es wurden 42 (2011: 39) Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppen und Ausflüge) angeboten, die von geschätzt 669 (2011: 508) Teilnehmer/innen besucht wurden. Auch hier ist ein Anstieg der Daten ablesbar.

In 2012 beschäftigte das Projekt 18 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen (Wunschgroßeltern mit zusätzlichen administrativen Aufgaben), dies sind drei mehr als im Vorjahr.

Die Angebote des Projektes – „**Eltern für Integration e.V.**“ wurden in 2012 von insgesamt 309 Personen genutzt, was fast genau dem Wert von 2011 (310 Nutzer/innen) entspricht.

Im Projekt wurden 352 (2011: 335) Informationen weitergegeben. Beratungen fanden, wie im Vorjahr, nicht statt. In 189 Fällen fand eine Vermittlung statt, was ebenfalls fast den Daten von 2011 (195) entspricht. Hausbesuche und Begleitungen fanden 76 (2011: 62) mal statt, somit konnten die Werte hier etwas gesteigert werden.

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 47 (2011: 87) Aktivitäten verzeichnet und hatte somit im Vergleich zum Vorjahr weniger Gewicht. Es wurden 28 (2011: 28) Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten die von geschätzt 476 (2011: 510) Teilnehmer/innen besucht wurden.

In 2012 beschäftigte das Projekt 17 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, dies entspricht der Anzahl aus 2011.

Die Angebote der Träger „**Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ)**“ und „**Berliner Frauenbund 1945 e.V. (Lehrgang: Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung)**“ wurden in 2012 von insgesamt 226 Personen genutzt, was einen Rückgang der Nutzung gegenüber 2011 (239 Nutzer/innen) bedeutet.

In den Projekten wurden 239 (2011: 245) Informationen weitergegeben, dies bedeutet gegenüber 2011 einen leichten Rückgang. Beratungen fanden 235 (2011: 224) mal und damit 11 Mal mehr als im Vorjahr statt. Hausbesuche und Begleitungen fanden 18 (2011: 25) mal statt, gegenüber 2011 ist hier ein Rückgang zu verzeichnen.

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 54 (2011: 84) Aktivitäten verzeichnet. Damit ist ein deutlich geringeres Gewicht auf diesen Bereich gelegt worden. Es wurden 20 (2011: 20) Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten die von geschätzt 340 (2011: 450) Teilnehmer/innen besucht wurden. Somit konnten durch die Veranstaltungen deutlich weniger Teilnehmer/innen erreicht werden. Es trafen sich 9 Selbsthilfegruppen, damit konnte die Zahl der Selbsthilfegruppen im Vergleich zu 2011 stabil gehalten werden.

In 2012 beschäftigten die Projekte 12 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, dies ist einer mehr als im Vorjahr.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Der **Großelterndienst** formulierte bereits 2011 die dringende Notwendigkeit, die personelle Ausstattung des Projektes zu verbessern, da der Bedarf stetig steigt und nicht gedeckt werden kann. Immer mehr Alleinerziehende wenden sich an das Projekt, da die Arbeitszeiten nicht mit den Kinderbetreuungszeiten übereinstimmen. Für die gezielte Werbung neuer Wunschgroßeltern war keine freie Kapazität im Projekt vorhanden. Im Rahmen der Projektdurchführung 2012 bestätigte sich diese Situation. Ab 2013 werden daher mehr Mittel beantragt.

Die Leistungsdaten bestätigen, dass das Projekt weiterhin einen großen Zulauf hat. Der Großelterndienst konnte den enormen Bedarf nicht vollständig decken, da nicht genügend Wunschgroßeltern geworben werden konnten.

Von dem Projekt profitieren gleichzeitig Alleinerziehende, deren Kinder und die ehrenamtlich engagierten Großeltern. Das Projekt ist ein wichtiger Bestandteil im Angebotsbereich der Selbsthilfe. Dem Antrag auf erhöhte Förderung in 2013 konnte trotz der engen finanziellen Spielräume im Angebotsbereich teilweise gefolgt werden. Perspektivisch soll die statistische Erfassung der Leistungsdaten weiterentwickelt werden, da die gegenwärtige Systematik das Leistungsgeschehen des Projektes nicht optimal abbildet.

Der-„ **Eltern für Integration e.V.**“ hatte weiterhin einen großen Zulauf, die Zahlen konnten in den Leistungsbereichen überwiegend konstant gehalten werden. Das Projekt leistet einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag im Bereich der Selbsthilfe und ist ein wichtiger Bestandteil im Bereich der ISP - Förderung. Mit der Verlagerung des Projektes in den Angebotsbereich 3.2.1 – Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung - ab dem Jahr 2013 wird der thematische Zuordnung im ISP deutlicher Rechnung getragen werden.

Die Projekte der Träger „ **Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ)**“ und „ **Berliner Frauenbund 1945 e.V. (Lehrgang: Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung)**“ haben weiterhin einen großen Zulauf und konnten ihre Zahlen überwiegend stabil halten. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden jedoch geringere Zahlen als in den Vorjahren erreicht und es kann ein Rückgang in den Nutzerdaten und in den Veranstaltungsteilnehmer/innen verzeichnet werden. Daher sollte in den kommenden Förderjahren in einer engeren Projektbegleitung gemeinsam nach Lösungsansätzen gesucht werden, um die Nutzeranzahl und Veranstaltungsteilnehmeranzahl wieder zu steigern. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und sind ein wichtiger Bestandteil im Angebotsbereich der Selbsthilfe.

Die Förderung von Selbsthilfeprojekten unterliegt engen finanziellen Spielräumen. Gerade im Hinblick darauf sollte zukünftig ein stärkeres Gewicht auf die Vernetzung gelegt werden, damit die Projekte auch weiterhin gute Leistungen erbringen können. Durch den engeren Kontakt der Projekte untereinander kann ein konstruktiver Austausch erfolgen. Probleme können benannt und kostengünstige bzw. kostenneutrale Lösungsstrategien gemeinsam entwickelt werden.

Die Angebote benötigen weiterhin regelmäßige Unterstützung. Ab 2013 wird das Projekt „ Eltern für Integration e.V. „ wegen der inhaltlichen Nähe in den Angebotsbereich 3.2.1 (Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung) verlagert.

Trotz der engen finanziellen Spielräume, konnte dem GroßelternDienst ab 2013 eine etwas höhere Förderung zugesprochen werden. Damit konnte dem bereits im ISP-Jahresbericht 2011 dargestellten steigenden Bedarf (lange Wartelisten) Rechnung getragen werden. Auch das Jahr 2012 war durch eine weiter steigende Nachfrage gekennzeichnet, was zu einer Überlastung der Koordination geführt hat.

2.2 – Ehrenamtliche Besuchsdienste und Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten

Finanzierung

2012: 234.323,32 Euro für 20 Projekte

2011: 239.552,50 Euro für 23 Projekte

Allgemeines

Ehrenamtliche Besuchsdienste stellen eine sinnvolle Ergänzung zum Engagement der hauptamtlichen MitarbeiterInnen im Gesundheits- und Sozialbereich dar und haben in Berlin eine lange Tradition. Sie kümmern sich um einsame alte, kranke, schwerstkranke und behinderte Menschen sowie auch schwerstkranke Kinder. Die Betreuung wird in Krankenhäusern, Altenpflegeeinrichtungen, Hospizen und zu Hause durchgeführt. Die im ISP geförderten Besuchsdienstprojekte werden im Angebotsbereich 2.2 zusammengefasst. Dieser Förderbereich umfasst die Untergliederungen 2.2.1 Krankenhausbesuchsdienst (9 Projekte), 2.2.2 Koordinierung ehrenamtlicher Besuchsdienste (8 Projekte), 2.2.4 Besuchsdienst für Hilfebedürftige (1 Projekt) und 2.2.5 Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten (2 Projekte).

Der Bedarf für Besuchsdienste steigt, da die Zahl der alleinlebenden älteren Menschen zunimmt. Dem gegenüber sanken die Helferzahlen in den vergangenen Jahren stetig, denn die aktiven Helfer/innen werden immer älter bzw. scheiden aus, während die nächste Helfer/innen-Generation nicht in gleicher Anzahl zur Verfügung steht. Darüber hinaus steigt die Alltagsbelastung der arbeitenden Menschen, so dass ein nebenberufliches ehrenamtliches Engagement weniger möglich ist.

Da aufgrund der engen finanziellen Ressourcen die Projekte kaum einen Spielraum haben, jedoch deutlich geworden ist, dass die Gewinnung von Ehrenamtlichen zunehmend schwieriger wird, ist 2012 eine Broschüre entwickelt und in Verbindung mit einer gezielten Plakataktion und U-Bahn-Werbung herausgegeben worden, um die Besuchsdienste mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Die Broschüren sind zwischenzeitlich (2013) fast alle vergriffen und eine zweite Auflage ist geplant. Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Broschüren-Erstellung und der sich positiv entwickelnden statistischen Daten deutet darauf hin, dass die Vorbereitung und Umsetzung dieser Öffentlichkeits-Maßnahme die Gewinnung von Helfern in den Besuchsdiensten bereits positiv beeinflusst hat. Es konnten wieder mehr Menschen gewonnen werden, ein Ehrenamt auszuüben. Daneben ist auch die Menge der Anfragen gestiegen, wo ein Besuchsdiensteinsatz gewünscht wird.

Die Tätigkeit der Projektgruppe war insbesondere davon geprägt, die Neuregelung bzw. Neuverteilung der Förderung im Angebotsbereich 2.2 ab 2013 für den Beschluss im Kooperationsgremium (22.11.2012) vorzubereiten, und den Projekten zu vermitteln. Um die Zuwendungsvergabe zukünftig für alle Besuchsdienstprojekte transparent und nachvollziehbar zu gestalten, wird die maximale Höhe der ISP-Förderung ab dem Förderjahr 2013 entsprechend der Anzahl der Ehrenamtlichen, die in den Besuchsdiensten tätig sind, bemessen / errechnet.

Im Förderjahr 2012 wurden individuell mit den Projekten Übergangsregelungen vereinbart, so dass durch die Projekte keine unverhältnismäßigen großen Einschnitte abzufedern waren. Es konnte so eine hohe Akzeptanz erreicht werden und die veraltete Verfahrensweise der Vorjahre wurde bereinigt.

Ziele, Aufgaben und Zielgruppen

Die Besuchsdienste haben es sich zur Aufgabe gemacht, sozialer Isolation entgegenzuwirken. Hierfür wird der Einsatz von Menschen koordiniert, die ehrenamtlich Menschen besuchen, die von sozialer Isolation bedroht oder betroffen sind (i.d.R. alte, kranke, schwerstkranke und behinderte Menschen). So werden Menschen zusammengeführt, die in einem Ehrenamt eine (neue) Aufgabe für sich suchen und Menschen, die es nicht (mehr) eigenständig schaffen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Zielgruppen sind somit alle Menschen, die von sozialer Isolation betroffen oder bedroht sind und ehrenamtliche Helfer/innen.

Die Besuche finden in Heimen, Krankenhäusern und häuslicher Umgebung statt, darüber hinaus erfolgt auch die Begleitung der Menschen zu Terminen außerhalb der Wohnumgebung und eben auch die Unterstützung und Begleitung der Zielgruppe bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Eine weitere wichtige Aufgabe der Besuchsdienste ist die Koordinierung der ehrenamtlichen Aktivitäten.

Leistungen 2012

Alle Besuchsdienstprojekte bieten Besuchsdienste und die meisten darüber hinaus auch den Besuchsdienst flankierende Tätigkeiten (z.B. Schiebedienste/Personentransporte, telefonische und persönliche Beratung/Betreuung, Besuch von Bildungs- und Kulturveranstaltungen u.ä.) an. Sie stellen alle eine Koordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeit sicher (ehrenamtlich oder hauptamtlich). Lediglich die Konzentration eines Besuchsdienstes auf Besuche in Krankenhäusern, Heimen oder Pflegeeinrichtungen könnte fachlich ggf. eine Differenzierung zu einem Besuchsdienst darstellen, der seine Besuche im (privaten) Wohnumfeld anbietet.

Es bietet sich daher an, die o.g. aus der Zeit des Liga-Vertrages übernommene Differenzierung bei Auswertung der Daten zu verlassen und alle Besuchsdienste zusammengefasst zu betrachten.

Die Angebote der Besuchsdienste wurden von 20.082 Nutzer/-innen(2011: 20.817) genutzt. Somit ergibt sich ein nur geringer Rückgang um ca. 4%, so dass die Leistung des Vorjahres beinahe konstant gehalten werden konnte.

In den 20 Projekten waren 1.384 Freiwillige (2011: 1.052) tätig, dies entspricht einem Zuwachs um fast 30% im Vergleich zu den Daten von 2011.

Es wurden 19.747 Personen (2011: 20.363) besucht, dies entspricht ca. 97% der Vorjahreszahl. Insgesamt wurden 53.791 Besuche (2011: 49.048) und 8.021 Begleitungen (2011: 5.866) durchgeführt. Hier kann eine deutliche Steigerung der Leistungsdaten festgestellt werden. Die Anzahl der Frauen bei den Nutzer/-innen lag bei 8.301 (2011: 8.579). Der Rückgang der Nutzer/-innen in Höhe von ca. 4% findet sich somit auch bei der Betrachtung des Frauenanteils wieder. Die Verteilung der Geschlechter hat sich also relativ im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert.

Für die freiwilligen Helfer/innen wurden insgesamt 1.146 Leistungen (2011: 2.429) erbracht (Danke-schön-Veranstaltungen, Beratungen, Qualifizierungen). Die Veränderung zum Vorjahr resultiert daher, dass ein Träger für 2012 keine Angaben gemacht hat, nachdem er in 2011 einen Wert von

1.178 angegeben hatte. Ohne diese fehlende Angabe wären die Werte für die Leistungen für Freiwillige mit denen des Vorjahres vergleichbar. Die Anzahl der Frauen bei den Freiwilligen lag bei 1.011 (2011: 729). Der 30%ige Zuwachs in den Gesamthelferzahlen findet sich somit auch in der gestiegenen Frauenanzahl wieder. Auch hier hat sich somit die relative Verteilung der Geschlechter im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Zahlen zeigen, dass die Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben und darüber hinaus die Zahl der Freiwilligen (332 mehr Freiwillige) und der Besuche (4.743 mehr Besuche) und Begleitungen (2.155 mehr Begleitungen) deutlich steigern konnten. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Unterstützung/Begleitung alleinlebender Menschen. Daher sollten die Projekte auch in den kommenden Jahren weiter gefördert werden. Es ist aufgefallen, dass die gegenwärtige Systematik das Leistungsgeschehen des Projektes nicht optimal abbildet mit der Folge, dass die Interpretation der Daten teilweise schwierig ist.

Die Förderung der Besuchsdienstprojekte unterliegt engen finanziellen Spielräumen. Gerade im Hinblick darauf muss weiterhin der Austausch und die Zusammenarbeit der Projekte untereinander gestärkt werden. Die bewährte Praxis der Netzwerktreffen sollte auch in den kommenden Jahren ein starkes Gewicht in der Projektbegleitung haben, da sie eine wichtige Unterstützung der Dienste darstellen.

Die Unterstützung der Projekte bei der Veröffentlichung der Broschüre und der damit verbundenen Werbemaßnahmen hat gute Effekte erzielt (Steigerung der Freiwilligen-Anzahl, der Besuche und Begleitung), insofern sollte auch die nächste Auflage unterstützt werden. Darüber hinaus, sollen die statistische Erfassung der Leistungsdaten weiterentwickelt werden, ebenso wie die gemeinsamen Qualitätsgrundsätze der Besuchsdienste.

Angebotsbereich 3 Behindertenhilfe

3.1 – Übergreifende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung

Finanzierung

2012: 266.112,38 Euro für 7 Projekte

2011: 269.322,67 Euro für 7 Projekte

Allgemeines

Die Projekte dieses Angebotsbereiches unterteilen sich in die Gruppe der sogenannten „Lotse“ – Projekte (5) sowie „Mobidat“ und einem Treffpunkt für Menschen mit Behinderung. Die genannten fünf unter der Überschrift Lotse zusammengehörigen Projekte haben die gleiche Ausrichtung mit unterschiedlichen Projektträgern (vier Projekte mit einem gemeinsamen technischen Ausstattungstitel).

Ziele und Aufgaben

Die Vermittlung von Informationen, die Beantwortung von Fragen zur Vermittlung von Betreuungs- oder Wohnangeboten im Rahmen der Behindertenhilfe, aber auch die Herstellung von Transparenz zur Barrierefreiheit von Gebäuden und öffentlich zugänglichen Institutionen sowie von Gaststätten, Theatern etc. sind die Hauptinhalte der Angebote der Projekte.

Zielgruppen

Die Angebote richten sich vorrangig an Menschen mit Behinderung, sowie deren Angehörige und Betreuerinnen und Betreuer (Lotse, Treffpunkt) sowie daneben auch Berlin-Besucherinnen und -Besucher, ältere Menschen und Familien (Mobidat)

Leistungen 2012

Das Projekt Mobidat hat sich noch weiter in eine generelle Beratungs- und Auskunftsmöglichkeit für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen über Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Einrichtungen entwickelt. Das ursprüngliche Projektziel, nämlich die Schaffung, Pflege und der Ausbau einer strukturellen Grundlage zur Organisation, Vernetzung und Weiterentwicklung von Monitoring- und Beratungsinstrumenten zur Barrierefreiheit befand sich aufgrund von Veränderungen der arbeitsmarktlischen Instrumente und des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in einem Weiterentwicklungsprozess. Die im Projekt Mobidat-Datenbank benötigten erhebliche Ressourcen standen in 2012 nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung. Das Konzept einer nutzergenerierten Datenmeldung und Erfassung wurde erprobt.

Das Projekt „Treffpunkt Zukunftssicherung“ konnte in 2012 in seiner Substanz erhalten werden. 2013 soll der Schwerpunkt auf Bildungsangebote für Menschen mit Behinderung gelegt werden. Dazu hat es bereits vorbereitende Arbeiten gegeben, deren Umsetzung in 2013 erfolgen wird.

Das Gesamtprojekt Lotse, das sich auf vier inhaltliche Teilprojekte und ein technisches Ausstattungsprojekt erstreckt, ist auch in 2012 ein Stützpfiler in der Behindertenhilfe gewesen. Dabei

wurden nicht nur Einzelberatungen für Wohnplatzsuchende erbracht, sondern auch Nachfragen aus dem Fallmanagement beantwortet und die Beteiligung an verschiedenen Gremien sichergestellt. Im Zusammenhang mit Querschnittfragestellungen haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lotse- Projekte ebenfalls engagiert und kompetent eingebracht. Aus dem Sachbericht zu den Lotse -Projekten ergibt sich eine leichte Steigerung der Nachfragen, in den einzelnen Bereichen. Im Vergleich zu 2011 sind jedoch keine größeren Abweichungen festzustellen.

Erste übergreifende Überlegungen zur Bildung eines Kompetenz-und Beratungszentrums unter Einbeziehung von Lotse, dem AWO Projekt, ASL und dem Netzwerk behinderter Frauen wurden angestellt.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Alle Projekte sind auch unter den aktuellen Anforderungen der UN – Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) einem zunehmenden Erwartungsdruck unterworfen. Auch Themen, die in der bundesweiten Diskussion zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe eine Rolle spielen, machen sich in der täglichen Arbeit bemerkbar.. Dazu gehört z.B. die Förderung des trägerübergreifenden Persönlichen Budget, die Streichung des § 43 a SGB XI, die Veränderungen von stationär zu ambulant etc. Hier wird auch in den Folgejahren noch ein weiterer Entwicklungsbedarf auch in den komplementären Feldern der Behindertenhilfe gesehen.

Das Projekt Treffpunkt der Zukunftssicherung bedarf der Konsolidierung im Hinblick auf die anstehende Schwerpunktsetzung im Bereich der Bildungsangebote einschließlich der Definition klarer Schnittstellen zu vorhandenen Bildungsträgern.

Mobidat muss auf Grund der weggefallenen öffentlichen Förderung versuchen, einen neue Basisfinanzierung zu finden, die angedachten Veränderungen sind kritisch zu hinterfragen.

Lotse steht im Hinblick auf Themen wie z.B. „Junge Wilde“ oder „Der Maßregelvollzug gegenüber der Eingliederungshilfe“ vor einer konzeptionellen Weiterentwicklung.

3.2. - Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung

Finanzierung

2012: 483.646,88 Euro für 10 Projekte

2011: 489.481,74 Euro für 10 Projekte

Allgemeines

In dem Angebotsbereich sind insgesamt 10 Beratungsprojekte zusammengefasst, die zu unterschiedlichen Themen spezialisierte Beratungen für die Zielgruppe anbieten. Diese Beratungsprojekte stellen einen wichtigen und grundlegenden Baustein der Unterstützungs- und Begleitungsangebote für Menschen mit Behinderungen dar. Neben den Regelangeboten in der Behindertenhilfe, die nicht über Zuwendungen, sondern über die Anspruchsgrundlagen des SGB XII finanziert werden, sind diese komplementären Angebote gerade für Menschen in ambulanten Strukturen eminent wichtig. Ambulante Versorgungsstrukturen sind z.B. Wohngemeinschaften oder betreutes Einzelwohnen, die durch Beratungsangebote und Treffpunkte ergänzt werden.

Im Angebotsbereich stellte sich im Berichtsjahr die Frage von Umverteilungsmöglichkeiten.

Die Gruppe der Projekte zur Förderung Gehörloser (Förderverein der Gehörlosen der neuen Bundesländer, Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen und das Sozialwerk der Hörgeschädigten) ist durch einen Antrag des Fördervereins auf zusätzliche Förderung aufgrund von Mietnebenkostensteigerungen, mit rein finanziellen Diskussionen - weniger in inhaltlichen Zusammenhängen - befasst gewesen. Hier ist es gelungen, mit einer einmaligen Zuwendung aus Erbschaftsmitteln eine vorübergehende Entlastung zu erreichen.

Das Beratungsangebot der AWO - hat sich in einem besonderen Umfang weiterentwickelt. Ursprünglich war die Einzelberatung von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund der zentrale Zuwendungszweck. Nunmehr hat sich dieses Projekt zu einer Fachstelle entwickelt und das sog. Fachforum wurde gegründet. Die individuelle Beratung einzelner Personen steht damit nicht mehr im Vordergrund, die Einbeziehung der im Thema beteiligten sehr unterschiedlichen Gruppen und Vereine in einem vernetzten Austausch mit Multiplikatorenfunktion hat sich hervorragend bewährt und sollte aus fachlicher Sicht so auch fortgeführt werden.

Die ASL e.V. Kontakt- und Beratungsstelle war in diesem Jahr durch wegfallende Projektförderungen aus Bundesförderungen notleidend geworden und drohte in eine finanziell problematische Lage zu geraten. Durch eine einmalige Zuwendung außerhalb des ISP konnte diese verhindert werden. Für 2013 besteht im Angebotsbereich die große Herausforderung, eine auch perspektivisch tragfähige Lösung zu finden, um das in der Szene und im Fachbereich sehr geschätzte Beratungsangebot zu erhalten.

In den anderen Projekten haben sich keine gravierenden Entwicklungen ergeben.

Ziele und Aufgaben

Neben niedrigschwelligen Beratungsangeboten, die personenbezogen Einzelberatungen anbieten, gibt es andauernde bzw. wiederkehrende, sehr komplexe Unterstützungsleistungen. Gerade diese - sehr unterschiedlichen - Angebote haben zum Ziel, Vereinsamungstendenzen vorzubeugen und sind im Vorfeld stationärer Betreuungen unbedingt erforderlich. Hier ist zudem der finanzielle Synergieeffekt zur Vermeidung von stationären Aufenthalten und Betreuung bemerkenswert.

Zielgruppen

Die Angebote richten sich vorrangig an Menschen mit Behinderung, sowie deren Angehörige, Betreuerinnen und Betreuer.

Leistungen 2012

Insgesamt ist festzustellen, dass sowohl die Anzahl der Beratungen, als auch die Anzahl der erfolgten Informationsübermittlungen in einem erheblichen Umfang zurückgegangen sind. Dies kann in den einzelnen Projekten durch Umstrukturierungen, finanzielle Risikoszenarien oder durch inhaltlich höhere Anforderungen entstanden sein.

Genauere Erkenntnisse über die Ursachen liegen noch nicht vor und sollten in den Folgejahren insbesondere im Rahmen der geplanten externen Dokumentation gewonnen werden können.

Die Gesamtzahl der Nutzerinnen und Nutzer betrug 6.297 gegenüber 7.661 im Vorjahr. Der Anteil der weiblichen Nutzerinnen lag bei ca. 53 %. Der weit überwiegende Anteil der Nutzerinnen und Nutzer lag bei den Alterskohorten in der Gruppe der 18 bis 59-jährigen.

Mit den Vernetzungstreffen der Träger ist weiterhin ein noch stärkerer Informationsaustausch gelungen. Hier erfolgte unter anderem die Befassung mit dem Thema „Behinderung und Migration“

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Erkenntnis hat sich wieder bestätigt, dass dieser Angebotsbereich inhaltlich einen hohen Stellenwert im Land Berlin hat und in der Förderung unverzichtbar ist. Da gute Beratung auch bedeuten kann, dass Heimbetreuung später oder gar nicht erfolgen muss, sind die finanziellen Folgen durchaus erheblich.

Eine Reihe von Projekten hat in dem Betrachtungszeitraum unter schwierigen Finanzierungsfragen gelitten. Hier ist eine Entspannung für die Folgejahre anzustreben.

Die Projekte für den Personenkreis der Gehörlosen werden in den Folgejahren unter besonderem Fokus der perspektivischen Sicherung der unterschiedlichen Angebote stehen.

Insgesamt ist in der Behindertenhilfe – durch UN – BRK als auch durch bundesgesetzliche Veränderungen – sehr viel Bewegung zu verzeichnen, die sich auch in den konkreten Projekten widerspiegeln muss. Zunehmend wird sichtbar, dass durch die UN – BRK bei dem einzelnen Nachfrager veränderte Anspruchshaltungen entstehen und bei dem Berater/der Beraterin ein wesentlich höheres Maß an Information und Kompetenz erwartet wird. Begleitet wird dieser Prozess noch durch bundesweite Überlegungen, die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in einem Bundesleistungsgesetz, einem integrierten Bundesteilhabegesetz oder einem SGB XIII zu implementieren. Auch an dieser Stelle entstehen wesentlich höhere Anforderungen an die Beratungsprojekte und werden mit dem Bekanntwerden erster Gesetzentwürfe in 2013/2014 noch deutlicher werden.

Neben dem Stammpersonal wird deshalb auch die Einwerbung ehrenamtlicher Beraterinnen und Berater einen größeren Stellenwert erhalten. Dies zeichnet sich bereits in 2012 und weiter auch in der Entwicklung 2013 ab.

3.3.1 – Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung

Finanzierung

2012: 455.559,01 Euro für 14 Projekte

2011: 455.559,01 Euro für 14 Projekte

Allgemeines

Mit Blick auf die Berliner Freizeitprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung fällt die große Vielfalt der Projekte auf. Alle bieten auf verschiedenste Weise tägliche Freizeitangebote an. Die Akzeptanz der Projekte zeigt, wie groß der Bedarf der Menschen mit Behinderung an Freizeitangeboten in Berlin ist.

Der Zusammenarbeit aller Projekte ist es zu verdanken, dass die Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung als qualifiziert empfunden und deshalb umfassend wahrgenommen werden

Alle drei Monate finden regelmäßige Vernetzungstreffen statt, an denen sich alle Projekte beteiligen. Hier werden fachliche Themen aufgegriffen, Probleme besprochen und diskutiert sowie gemeinsame Öffentlichkeitsveranstaltungen geplant. Die Vernetzungstreffen wurden erstmalig ohne eine externe Fachkraft durchgeführt. Das Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH hat die Federführung übernommen und organisiert diese Treffen, schreibt Protokolle und übernimmt Aufgaben, die die gesamten Freizeitprojekte betreffen. Die Berliner Freizeitprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung haben somit bewiesen, dass sie gemeinsam ein starkes Team sind und ihre Belange durchsetzen können. So wurden u.a. Fachvorträge organisiert, das Referenzhandbuch 2010 für Standards des Qualitätsmanagement weitergeführt und entsprechende Veranstaltungen besucht und organisiert. Ein weiteres Thema ist der Internetauftritt der Projekte, da aufgrund der regelmäßigen Informationen ständig Änderungen vollzogen werden müssen. Die Finanzierung erfolgte bisher aus Sondermitteln.

Das Bestreben der Freizeitprojekte besteht außerdem darin, durch breite Öffentlichkeitsarbeit auf Stadtteilstesten, Märkten und Messen einen Einblick in ihre Arbeit und in die Fertigkeiten und Fähigkeiten der Menschen mit Behinderung zu geben.

Ziele, Aufgaben und Zielgruppen

In den 14 Freizeitprojekten können sich Menschen mit den verschiedensten Behinderungen treffen, davon können in vier Projekten Menschen mit geistiger Behinderung und in neun Projekten Menschen mit geistigen, körperlichen und mehrfachen Behinderungen betreut werden. Dazu gehören auch sinnesbehinderte Menschen und Menschen mit psychischer Behinderung. Ein weiteres Projekt in dem Angebotsbereich ist die Selbsthilfegruppe für Stotterer. Schwerpunkte der Projekte liegen im sozialintegrativen Bereich, im kulturellen Bereich, geringfügige Bildungsangebote und Gesundheitsprävention sowie auch Angebote im Freizeitbereich. Da Freizeitprojekte niemanden ausgrenzen, sind sie auch für Menschen ohne Behinderung offen und helfen somit, Barrieren abzubauen.

Leistungen 2012

Die Sachberichte enthalten wie in den Vorjahren prozentuale Angaben und Durchschnittswerte. In der Vergangenheit wurde dies aus fachlicher und sachlicher Notwendigkeit von den Projekten gewünscht. Die Daten liefern gewisse Anhaltspunkte, hinterlassen jedoch auch einige offene inhaltliche Fragen, die nicht allein mit den Zahlen erklärt werden können. Die Auswertung lässt keine eindeutigen quantitativen Aussagen zu, sondern konzentriert sich in der Regel auf die inhaltliche Einschätzung der Projekte. Daraus können nur Richtwerte und Tendenzangaben abgeleitet werden.

Nach den übermittelten geschätzten Zahlen (Besucherinnen und Besucher, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Klientinnen und Klienten) kann eingeschätzt werden, dass über die Hälfte der Nutzerinnen und Nutzer zwischen 28 und 59 Jahre alt sind.

In fast allen Projekten helfen Ehrenamtliche. Im Berichtszeitraum waren insgesamt 194 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tätig, aus nichtdeutscher Herkunft wurden 8 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer benannt. Einige Projekte können auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesfreiwilligendienstes zurückgreifen, die in den Projekten eine hervorragende Arbeit leisten, und ohne diese vieles brach liegen würde.

Durch die bestehende Vernetzung untereinander, regelmäßige Netzwerktreffen, konnten sich die Angebote weiter stabilisieren.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Angebote werden regelmäßig nachgefragt und sind gut ausgelastet. Durch Vernetzung der Projekte sind die Freizeitangebote ein einzigartiges Angebot Berlins. Sie ergänzen die Angebote für Menschen mit Behinderung in hervorragender Qualität. Mit ihren professionellen Angeboten und ihrer Breitendarstellung in der Öffentlichkeit geben sie eine Übersicht in die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen mit Behinderung. Die Zusammenarbeit mit den Angeboten zur Tagesstruktur in Verbindung zu den Wohneinrichtungen ist bei den Freizeitprojekten ebenso hervorzuheben.

Die Vernetzungstreffen müssen weiter bestehen bleiben, da ein reger Erfahrungsaustausch die Weiterentwicklung der Projekte befördert. Das gemeinsame Miteinander der Freizeitprojekte bietet eine gute Grundlage für deren Erhalt und Ausbau.

Perspektivisch sollen die Projekte durch Vernetzung neben den Angeboten im Behindertenbereich auch mit den Stadtteilzentren/ Nachbarschaftshäusern verbunden werden, so dass Kleinstprojekte zukünftig gestärkt werden könnten.

Angebotsbereich 4 – Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe

4.1 – Wohnungslosenhilfe

Finanzierung

2012: 2.854.920,21 Euro für 12 Projekte

2011: 2.982.402,38 Euro für 13 Projekte

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der „Personenbezogenen Dokumentation 2012 Kurzfassung“ für den Angebotsbereich Wohnungslosenhilfe vom 15.07.2013, die durch die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. erstellt und mit dem zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgestimmt worden ist.

I. Vorbemerkung zur Auswertung (2012)

Förderprogramm/Zielgruppe

Die Angebote richten sich vorwiegend an Menschen, die auf der Straße leben, wohnungslos sind oder an Menschen, denen der Verlust des Wohnraums droht.

Inhalt der langfristig geförderten Projekte sind Beratungs- und Versorgungsleistungen mit dem Ziel der Integration der Menschen in die Regelversorgung – z. B. Unterbringung, Leistungen nach dem SGB II und XII.

Die Projekte wenden sich an Menschen, die aus dem Versorgungssystem herausgefallen, die noch integriert oder die bereits wieder integriert sind. Vor diesem Hintergrund sind Mehrfachnutzungen innerhalb dieser Angebote der Wohnungslosenhilfe (Angebotsbereich 4.1) möglich und konzeptionell vorgesehen. In diesen Fällen sind Mehrfacherfassungen die Folge.

Die Zielgruppe der im ISP betreuten Menschen ist im Zusammenhang mit den anderen Versorgungssystemen der Wohnungslosenhilfe zu sehen, vor allem Leistungen gemäß § 67 SGB XII und ordnungsrechtliche Unterbringung nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsbehördengesetz (ASOG). Teilweise erfolgt eine Inanspruchnahme mehrerer Hilfesysteme. Eine Kumulation der Daten des verzahnten Hilfesystems wäre deswegen nicht sachgerecht.

Von Projekten mit einer großen Anzahl an Versorgungsleistungen wie der Notübernachtung in der Franklinstraße und der Bahnhofsdienste Zoo und Ostbahnhof sind nur die Daten der Klienten und Klientinnen erfasst, die Leistungen über die reine Notversorgung hinaus erhielten. Beim Bahnhofsdienst im Ostbahnhof werden die Klientendaten im Rahmen der medizinischen Versorgung erhoben; hier würde die Erhebung der Klientendaten zu einer Doppelung führen.

Dokumentation

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales im ISP geförderten Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosenhilfe bereits in einer personenbezogenen Dokumentation anonymisiert erfasst und ausgewertet.

Seitdem liegen für diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen die Arbeit der Dienste differenziert analysiert wird und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen gewonnen werden.

Die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste führen die Erhebung IT-gestützt durch. Die Auswertung erfolgt mit dem Statistikprogramm SPSS.

Da der Zugang zum Hilfesystem von jedem Angebotstyp (siehe Angebotstyp und Projekte) erfolgen kann und soll, war aufgrund der Aggregation der Daten eine Doppelzählung von Klientinnen und Klienten in den zurückliegenden Jahren nicht auszuschließen.

Zur Erhöhung der Datenqualität wird ab dem Berichtsjahr 2012 durch einen Abgleich von Geburtsdatum, Geschlecht, Muttersprache, Staatsangehörigkeit und Haushaltsstruktur ermittelt, bei wie vielen Klientinnen und Klienten eine Doppelzählung ausgeschlossen werden kann.

Von insgesamt 10.855 personenbezogenen Datensätzen wurden 7.672 (70,68%) Datensätze mit einem verwertbaren Geburtsdatum auf Duplikate überprüft. Unter verwertbar ist eine vollständige Angabe von Tag, Monat und Jahr zu verstehen. Nicht verwertbar waren Datensätze, bei denen nur Jahrgänge oder das Alter direkt in Jahren erfasst wurden.

Von den 7.672 verwertbaren Datensätzen wiesen 1.008 (13,14%) identische Merkmale auf.

Geht man vom Negativfall aus und unterstellt, dass alle identischen Datensätze tatsächliche Doppelungen sind, kann dennoch für insgesamt 6.664 (86,86%) von 7.672 verwertbaren Datensätzen ausgeschlossen werden, dass es sich um dieselben Klientinnen und Klienten handelt.

Hinweis: Auch wenn zwei Datensätze identisch sind, kann es sich um unterschiedliche Personen handeln. Die Duplikatsprüfung liefert demnach Informationen darüber, für wie viele Klientinnen und Klienten gleiche Merkmale erfasst wurden. Eine weitere Auswertung personenbezogener Daten wie Name, Wohnort und Telefonnummer ist nicht Ziel dieser Auswertung und widerspricht einer anonymisiert erhobenen Dokumentation.

Einrichtungen

Es nahmen insgesamt 11 Projekte der Wohnungslosenhilfe an der Datenerhebung/Datenauswertung teil. Nicht teilgenommen hat das Projekt „Kältehilfe-Telefon/Webauftritt“ der GEBEWO pro gGmbH, in dem keine personenbezogenen Leistungen, sondern eine übergeordnete gesamtstädtische Koordinationsaufgabe erbracht wird.

Der Bahnhofsdienst der MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH am Ostbahnhof wird gemeinsam mit der medizinischen Versorgung erfasst.

Angebotstypen/ Projekte:

Beratungsstellen

- | | |
|---|---------------------------------|
| • Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH/
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. | Beratungsstelle Levetzowstraße |
| • GEBEWO pro gGmbH | Beratungsstelle Gneisenaustraße |
| • Beratung + Leben GmbH | Beratungsstelle Schottstraße |

Straßensozialarbeit

- GANGWAY e.V. Straßensozialarbeit

Medizinische Versorgung

- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. Arztmobil
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH Ambulanz Weitlingstraße/Stralauer Platz

Bahnhofsdienste

- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH Zoologischer Garten
- IN VIA - Kath. Mädchensozialarbeit für das EB Berlin e.V. Ostbahnhof
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH Ostbahnhof/ Lichtenberg

Notübernachtungen

- GEBEWO pro gGmbH Notübernachtung Tieckstraße
- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH/
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. Notübernachtung Franklinstraße

Besonderheiten im Berichtszeitraum

Die Förderung des Projektes Ambulanz Lebensstraße 3 des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. lief zum 31.12.2011 aus.

II. Soziodemographische Daten

Wie bereits in den Vorjahren veranschaulicht die Auswertung der personenbezogenen Daten 2012 deutlich die Problemlagen und den Hilfebedarf der Menschen, die die Dienste und Einrichtungen aufsuchten.

Außerdem ist ein umfassender Vergleich zu den Vorjahresdaten möglich; so können Entwicklungen schnell erkannt und problematisiert werden.

In den Projekten der Wohnungslosenhilfe haben insgesamt 10.855 Klienten und Klientinnen, davon 3.167 (29,3%) Frauen, Hilfsangebote⁷ wahrgenommen. Die Gesamtzahl der erfassten Klienten und Klientinnen ist im Berichtsjahr um 1.164 gesunken (um 1.078 Männer und 97 Frauen). Hintergrund ist das Auslaufen eines Projektes aus der ISP-Förderung.

Die Anzahl der in den Projekten hilfesuchenden EU-Bürger ist leicht von 21,8 % (2011) auf 19,1% gesunken.

Die Klientinnen und Klienten waren durchschnittlich 39,5 Jahre alt.

89,5 % der Männer sind allein stehend ohne Kind, während es bei den Frauen lediglich 67,8% sind. Lediglich 8,7 % der Klientinnen und Klienten gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Das sind allerdings 1,7% mehr als im Vorjahr.

⁷ Klientinnen und Klienten, die ausschließlich reine Versorgungsleistungen wie Mahlzeiten/Getränke oder einen Übernachtungsplatz erhielten, sind in dieser Zahl nicht erfasst.

Klientinnen und Klienten, die im Berichtsjahr verschiedene Angebote aufgesucht haben, wurden auch in diesen jeweils statistisch erfasst.

34,4 % hatten bei Kontaktbeginn kein Einkommen, 41,5% erhielten Arbeitslosengeld II und 1,5% Sozialhilfe. Die Zahl der Menschen, die bei Kontaktbeginn über keinerlei Einkommen verfügten, sank nach einem kontinuierlichen Anstieg in den letzten 5 Jahren bis auf 40% erstmalig wieder auf 34,4% in 2012.

Während 74,4% der Männer aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren, waren es bei den Frauen lediglich 55,4%. Wie in den Vorjahren auch liegt der Schluss nahe, dass Frauen eher bereits im Vorfeld drohender Wohnungslosigkeit eine Beratungsstelle aufsuchen.

Besonders auffällig ist die ungesicherte existenzielle Situation der unter 21-jährigen. Fast jeder Zweite (48,4%) verfügte bei Kontaktbeginn über keinerlei Einkommen. Bei den unter 25-jährigen waren es 39,8%.

79,4% der unter 25-jährigen und 77,7% der unter 21-jährigen sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.

Als die wichtigsten Problemfelder werden von den Fachkräften in der Rangfolge genannt:

- Wohnsituation (86,8%)
- Materielle Absicherung (55,3%)
- Arbeit und Ausbildung (50,7%)
- Umgang mit Behörden (42,7%)
- Gesundheit (28,7%)
- Psychosoziale Stabilität (27,7%)

Einige Beispiele der Leistungen, die von den Projekten 2012 erbracht und der Ergebnisse, die erzielt wurden:

- Es wurden mehr als 29.000 Beratungen durchgeführt
- Fast 13.000 Mal wurden Wohnungslose medizinisch behandelt
- Über 27.000 Mal haben Obdachlose einen Schlafplatz in den beiden Notübernachtungen erhalten
- Über 609.000 Mal wurden Essen und/oder Getränke ausgegeben
- In 321 Fällen konnte die Wohnung erhalten werden (obwohl der Räumungstermin häufig schon feststand)
- 67 Wohnungslose wurden in eine Wohnung vermittelt.

1. Gesamtzahl Klientinnen und Klienten in der Erhebung⁸

10.855 Hilfesuchende suchten die an der Dokumentation beteiligten Einrichtungen im Jahr 2012 auf.

Männer 7.658 (70,7%)

Frauen 3.167 (29,3%)

⁸ Klientinnen und Klienten, die ausschließlich reine Versorgungsleistungen wie Mahlzeiten/Getränke oder einen Übernachtungsplatz erhielten, sind in dieser Zahl nicht erfasst. Das betrifft die Bahnhofsdienste und die Notübernachtung Franklinstraße.

Werte im Vergleich zu Vorjahren:

Jahr	Gesamtzahl	Männer	Frauen
2012	10.855	7.658	3.167
2011	12.019	8.736	3.264
2010	11.194	7.796	3.394

Keine Angaben zum Geschlecht 2012 : 30 = 0,28%

2. Alter

Das durchschnittliche Alter liegt 2012 bei **39,5** Jahren.

Männer	Frauen
Durchschnittsalter 40,09 Jahre	Durchschnittsalter 37,83 Jahre

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt Mittelwert	Gesamt Median	Männer Mittelwert	Frauen Mittelwert	Männer Median	Frauen Median
2012	39,4	38,0	40,1	37,8	39	36
2011	39,7	38,0	40,2	38,3	39	36
2010	39,0	37,5	40,2	36,3	40	33

Keine Angaben zum Alter 2012: 134 = 1,2%

3. Staatsangehörigkeit in Prozent

71,9% der Hilfesuchenden haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Männer	Frauen
72,9 % deutsche Staatsangehörigkeit	69,4 % deutsche Staatsangehörigkeit

Werte im Vergleich zu Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt Deutsch	Gesamt EU	Gesamt Sonst.	m Deutsch	w Deutsch	m EU	w EU	m Sonst.	w Sonst.
2012	71,8	19,1	8,9	72,9	69,4	18,6	20,1	8,4	10,3
2011	70,7	21,8	7,5	71,3	68,9	21,8	21,6	6,8	9,5

2010	73,0	18,7	8,2	73,8	71,3	19,0	18,0	7,1	10,6
------	------	------	-----	------	------	------	------	-----	------

Keine Angaben Staatsangehörigkeit 2012: 116 = 1,1%

4. Muttersprache in Prozent

31,4% der Hilfesuchenden kommen aus Migrantenfamilien.

Männer	Frauen
30,1 % aus Migrantenfamilien	34,4 % aus Migrantenfamilien

Jahr	Gesamt mit Migrationshintergrund	Männer mit Migrationshintergrund	Frauen mit Migrationshintergrund
2012	31,4	30,1	34,4
2011	32,5	31,8	34,3
2010	29,1	28,2	31,2

Keine Angaben zur Muttersprache: 145 = 1,3%

5. Haushaltsstruktur in Prozent

83,1% der Hilfesuchenden sind allein stehend ohne Kind/er.

8,9 % leben in Haushaltsgemeinschaften mit Kindern.

Männer	Frauen
89,5 % allein stehend ohne Kind	67,8 % allein stehend ohne Kind

Jahr	Gesamt allein stehend ohne Kind/er	Männer allein stehend ohne Kind/er	Frauen allein stehend ohne Kind/er
2012	83,1	89,5	67,8
2011	84,6	90,6	68,6
2010	82,9	90,5	64,8

Keine Angaben Haushaltsstruktur 2012: 548 = 5,0%

6. Einkommen bei Kontaktbeginn

Bei Kontaktbeginn erhalten 41,0% der Klienten und Klientinnen Arbeitslosengeld II;

Kein Einkommen 35,2%;

6,8% finanzieren ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit;

1,4% beziehen Sozialhilfe.

Männer	Frauen
41,0 % ALG II	40,9 % ALG II
39,2% kein Einkommen	25,4% kein Einkommen
5,9% Erwerbstätigkeit	9,0% Erwerbstätigkeit
1,2% Sozialhilfe	2,0% Sozialhilfe

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt 2012	Männer 2012	Frauen 2012
Erwerbstätigkeit	6,8	5,9	9,0
ALG II	41,0	41,0	40,9
kein Einkommen	35,2	39,2	25,4
Sozialhilfe	1,4	1,2	2,0
	Gesamt 2011	Männer 2011	Frauen 2011
Erwerbstätigkeit	5,4	4,7	7,3
ALG II	34,0	33,5	35,3
kein Einkommen	40,2	44,5	28,3
Sozialhilfe	1,5	1,3	2,2
	Gesamt 2010	Männer 2010	Frauen 2010
Erwerbstätigkeit	5,4	4,3	7,8
ALG II	37,2	37,3	37,2
kein Einkommen	36,8	40,9	27,3
Sozialhilfe	1,8	1,7	2,0

Keine Angaben Einkommen2012: 428 = 3,9%

7. Erwerbstätigkeit

8,8% aller Klienten und Klientinnen sind erwerbstätig.

Männer	Frauen
7,1 % Erwerbstätigkeit	13,0 % Erwerbstätigkeit

Werte der Erwerbstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt erwerbstätig ja	Männer erwerbstätig ja	Frauen erwerbstätig ja
2012	8,8	7,1	13,0
2011	7,1	6,0	9,9
2010	7,9	6,4	11,3

Keine Angaben Erwerbstätigkeit 2012: 456 = 4,2%

8. Wohnsituation in Prozent

68,8% der Klientinnen und Klienten sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.

Männer	Frauen
74,4 % Wohnungslos	55,4 % Wohnungslos

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Männer Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Frauen Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen
2012	68,8	74,4	55,4
2011	70,2	74,9	57,5
2010	65,8	73,1	49,2
2009	59,1	67,2	43,0
2008	55,9	64,9	36,5

Keine Angaben Wohnungsnotfall 2012: 187 = 1,7%

9. Krankenversicherung in Prozent

28,2% aller Klienten sind nicht krankenversichert.

Männer	Frauen
30,3 % nicht krankenversichert	23,2 % nicht krankenversichert

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt nicht krankenversichert	Männer nicht krankenversichert	Frauen nicht krankenversichert
2012	28,2	30,3	23,2
2011	37,9	41,1	29,4
2010	32,3	37,1	23,6
2009	32,9	37,4	22,4
2008	29,4	34,3	18,9

Keine Angaben Krankenversicherung 2012: 575 = 5,3%

III. Probleme in Rangfolge

Die fünf am häufigsten genannten Probleme sind:

		Männer		Frauen
1	Wohnsituation	6.642	Wohnsituation	2.747
2	Arbeit, Ausbildung	4.117	materielle Absicherung	1.905
3	materielle Absicherung	4.085	Umgang mit Behörden	1.599
4	Umgang mit Behörden	3.024	Arbeit, Ausbildung	1.376
5	Sucht	2.425	psychosoziale Stabilität	1.048

Fehlende Werte 43 = 0,4%

Rangfolge der Probleme der Klienten und Klientinnen insgesamt:

	Problem	Gesamt
1	Wohnsituation	9.389
2	materielle Absicherung	5.990
3	Arbeit, Ausbildung	5.493
4	Umgang mit Behörden	4.623
5	Gesundheit	3.101

	Gesamt	Männer	Frauen
Beratungen	29.382	18.717	10.616
Erfolgreiche Vermittlung an soziale Dienste	7.572	5.457	2.087
Erhalt der Wohnung	321	150	171
Vermittlung einer Wohnung	67	42	25
medizinische Behandlung	12.784		
Übernachtungen	27.444		
Ausgabe von Warm/Kaltemahlzeiten bzw. Getränke	609.174		
Kleiderausgaben	43.617		

Projektspezifische Entwicklungen

Das mit dem Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. abgestimmte Auslaufen der Förderung des Projekts „Ambulante medizinische Versorgung Obdachloser - Ambulanz Jebenstr.“ hat zu keinen negativen Effekten geführt. Die Versorgung konnte in der verbliebenen Ambulanz des Träger MUT GmbH in vollem Umfang sichergestellt werden.

Projektübergreifende Entwicklungen

Fachlich hervorzuheben ist - auch unter Berücksichtigung möglicher Doppelzählungen - eine stetige Zunahme von Menschen in problematischen Lebenslagen. Beispielhaft ist die Zunahme von Menschen ohne Einkommen, Menschen ohne Wohnung /die Anzahl von Menschen, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Auf den präventiven Auftrag der Angebote sei hinweisen. Die Verknappung von preiswertem Wohnraum in Berlin macht sich in den niedrigschwelligen Diensten negativ durch einen geringeren Versorgungsgrad von Menschen mit Wohnraum bemerkbar.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die auf hohem Niveau fortgesetzte Anzahl von niedrigschwelligen Beratungsleistungen verdeutlicht den weiterhin großen Bedarf an niedrigschwelligen sozialen Diensten zur Integration in die Regelversorgung als Teil des Gesamthilfesystems der Berliner Wohnungslosenhilfe.

4.2 Straffällige, Haftentlassene

Finanzierung

2012: 680.864,88 Euro für 4 Projekte

2011: 678.500,00 Euro für 4 Projekte

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der „Personenbezogenen Dokumentation 2012 - Kurzfassung“ für den Angebotsbereich Straffälligenhilfe vom 30.06..2013, die durch die Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH erstellt und mit dem zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgestimmt worden ist.

Vorbemerkung zur Auswertung 2012

Förderprogramm/ Zielgruppe

Der Berliner Senat fördert niedrigschwellige Angebote der Straffälligenhilfe seit Ende 70er Jahre.

Dokumentation

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales im ISP geförderten Einrichtungen und Dienste der Straffälligenhilfe in einer personenbezogenen Dokumentation anonymisiert erfasst und ausgewertet.

Die Dokumentation kunden- und leistungsspezifischer Daten basiert auf einem für die Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe entwickelten Datensatz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Straffäl-

ligenhilfe. Die vier Einrichtungen der Berliner Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe haben ihre Dokumentationsprogramme vervollkommenet und stabilisiert.

Seitdem liegen für diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen es möglich ist, die Arbeit der Dienste differenziert zu analysieren und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen zu gewinnen.

Die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste führen die Erhebung IT-gestützt durch. Die Auswertung erfolgt mit dem Statistikprogramm SPSS.

Eine Doppelzählung von Klienten innerhalb des Angebotsbereichs Straffälligenhilfe ist nicht völlig auszuschließen, kann aber wegen der vermutlich geringen Fallzahlen im Weiteren vernachlässigt werden.

Fast 4.000 Klientinnen und Klienten wurden in 2012 hinsichtlich soziodemographischer und leistungsbezogener Kriterien erfasst. Zusammenhänge zwischen verschiedenen Datensätzen, insbesondere in Bezug auf Alter, Geschlecht, Haushaltsstruktur u.Ä. wurden berechnet („Kreuztabellen“) und im Bericht „Integriertes Sozialprogramm – ISP. Angebotsbereich: Straffälligenhilfe. Personenbezogene Dokumentation 2012“ beschrieben. In dieser Zusammenfassung werden diese auszugsweise und komprimiert vorgestellt.

Ergebnisse

Die dargestellten Ergebnisse dokumentieren eine hohe Inanspruchnahme vor allem an Beratungsangeboten im Zuge der Entlassungsvorbereitung auch in den JVA und im Rahmen der Gestaltung der Alltagsprozesse nach Haftende, einschließlich der Ermöglichung des Zugangs zum sozialen Hilfesystem in den Beratungsstellen außerhalb der JVA. Diese Inanspruchnahme bezieht sich hauptsächlich auf Existenz sichernde Maßnahmen und die Klärung aktueller Probleme. Allerdings reicht die Problemvielfalt darüber hinaus von Suchtproblemen über das Erfordernis psychischer Stabilisierung bis zu Problemen mit Angehörigen. Derartig komplexe Problemlagen behalten ihre Bedeutung auch nach der Haftentlassung bei der Eingliederung in den sozialen Alltag.

Einrichtungen

Im Berichtsjahr 2012 befanden sich vier freie Träger mit Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten für inhaftierte und straffällige Menschen und deren Angehörige in der Förderung:

- Beratungsstelle (PNR 011), Freie Hilfe Berlin e.V.
- Zentrale Beratungsstelle (PNR 192) Straffälligen- u. Bewährungshilfe e.V.
- Beratungsstelle JVA Moabit (PNR 012), Universalstiftung H. Ziegner
- Drinnen und Draußen (PNR 196), Berliner Stadtmission soziale Dienste gGmbH

Zu den Kernleistungen gehören die Beratung und Information von Straffälligen und Haftentlassenen sowie deren Angehörigen sowohl in den eigenen Räumen, als auch aufsuchend im Strafvollzug. Des Weiteren werden bei Bedarf Klientinnen und Klienten an Fachdienste vermittelt.

Die vorgestellten Leistungen der vier Einrichtungen der Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe werden seit Jahren kontinuierlich erbracht. Diese Beratungsstellen sind eine stabile und für die Klientinnen und Klienten verlässliche Säule bei der Vorbereitung auf die Haftentlassung und der Wegbereitung ins soziale Hilfesystem.

I Soziodemographische Daten

1. Gesamtzahl der Klientinnen und Klienten

Im Jahr 2012 suchten 3.913 Hilfesuchende die vier an der Dokumentation beteiligten Einrichtungen auf.

Männer: 3.420 (87,4%)

Frauen: 487 (12,4%)

In 2012 ist der Frauenanteil etwa 2% gefallen (14,6% in 2011).

Die Abnahme der Anzahl von 593 Frauen in 2011 auf 487 Frauen in 2012 entspricht einer Abnahme von 17,9%.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamtzahl	Männer	Frauen
2012	3.913	3.420	487
2011	4.066	3.472	593
2010	4.614	3.960	651

Fehlende Werte Geschlecht 2012: 6 Fälle = 0,2%

2. Alter

Das durchschnittliche Alter lag in 2012 bei 37,55 Jahren.

Männer	Frauen
Durchschnittsalter 37,52 Jahre	Durchschnittsalter 37,07 Jahre

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt Mittelwert	Gesamt Median	Männer Mittelwert	Frauen Mittelwert	Männer Median	Frauen Median
2012	37,45	36	37,52	37,07	36	36
2011	37,55	35	37,64	37,04	35	36
2010	37,29	35	37,25	37,57	35	36

Fehlende Werte Alter 2012: 7 Fälle = 0,2%

3. Staatsangehörigkeit in Prozent

75,7% der Hilfesuchenden hatten die deutsche Staatsangehörigkeit.

Männer	Frauen
75,2% deutsche Staatsangehörigkeit	80,70% deutsche Staatsangehörigkeit

Der Anteil der Klienten mit deutscher Staatsangehörigkeit ist wie im Vorjahr wieder minimal angestiegen (plus 0,1%). Bei den Klientinnen ist ein Zuwachs von 2,7% zu verzeichnen.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt Deutsch	Gesamt EU	Gesamt Sonstig	m Deutsch	w Deutsch	m EU	w EU	m sonst.	w sonst.
2012	75,7	4,3	19,0	75,2	80,7	4,1	5,7	19,8	13,6
2011	75,6	4,2	19,5	75,1	78,0	4,0	5,4	20,0	16,6
2010	76,3	3,9	19,1	75,9	78,6	3,8	4,6	19,5	16,7

Fehlende Werte Staatsangehörigkeit 2012: 6 Fälle = 0,2%

4. Muttersprache in Prozent

Die Muttersprache von **69,8%** der Klientinnen und Klienten ist Deutsch.

Männer	Frauen
69,7% deutsche Muttersprache	76,2% deutsche Muttersprache

Der Anteil der Hilfesuchenden mit deutscher Muttersprache hat 2012 im Gegensatz zum Vorjahr um 0,2% wieder leicht zugenommen. Bei den Frauen hat der Anteil der Personen mit deutscher Muttersprache erheblich zugenommen und liegt nun sogar über dem Stand von 2010 (75,1%).

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt Deutsch	Männer Deutsch	Frauen Deutsch
2012	70,5	69,7	76,2
2011	70,1	69,5	73,4
2010	71,3	70,7	75,1

Fehlende Werte Muttersprache 2012: 45 Fälle = 1,2%

5. Haushaltsstruktur in Prozent

80,5% der Hilfesuchenden sind allein stehend ohne Kind(er). 12,5% leben in Hausgemeinschaft mit Kind(ern) (2011: 15,0%).

Männer	Frauen
83,8% allein stehend ohne Kind	55,5% allein stehend ohne Kind

Der Anteil an Haushalten ohne Kind(ern) ist im Vergleich zum den Vorjahren bei beiden Geschlechtern um über 2% angestiegen (Männer 2,7%, Frauen 2,2%).

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt ohne Kind(er)	Männer ohne Kind(er)	Frauen ohne Kind(er)
2012	80,5	83,8	55,5
2011	77,8	81,5	53,7
2010	78,1	81,8	53,9

Fehlende Werte Haushaltsstruktur 2012: 354 Fälle = 9,0%

6. Einkommen bei Kontaktbeginn in Prozent

Bei Kontaktbeginn erhalten **34%** der Klientinnen und Klienten ALG II. Kein Einkommen haben **14%**. **5,7%** finanzieren ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. **1,2%** beziehen Sozialhilfe.

Männer	Frauen
31,8% ALG II	49,4% ALG II
13,1% kein Einkommen	20,3% kein Einkommen
5,3% Erwerbstätigkeit	8,7% Erwerbstätigkeit
1,2% Sozialhilfe	1,1% Sozialhilfe

Der Anteil der Hilfesuchenden, die kein Einkommen haben, ist wie im Vorjahr bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern, allerdings ist dieser Anteil um 5,4% im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Bei den Männern ist die Anzahl der Personen ohne Einkommen um 0,4% angestiegen. Der Anteil der Frauen, welche ALGII beziehen, ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,1% angestiegen.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

	Gesamt 2012	Männer 2012	Frauen 2012
Erwerbstätigkeit	5,7	5,3	8,7
ALG II	34,0	31,8	49,4
kein Einkommen	14,0	13,1	20,3
Sozialhilfe	1,2	1,2	1,1
	Gesamt 2011	Männer 2011	Frauen 2011
Erwerbstätigkeit	6,3	5,9	8,7
ALG II	33,5	32,0	42,3
kein Einkommen	14,6	12,7	25,7
Sozialhilfe	1,1	1,1	1,0

	Gesamt	Männer	Frauen
	2010	2010	2010
Erwerbstätigkeit	6,2	6,0	7,8
ALG II	34,3	32,6	44,5
kein Einkommen	15,7	14,4	23,3
Sozialhilfe	0,9	1,0	0,5

Fehlende Werte Einkommen 2012: 92 Fälle = 2,4%

7. Erwerbstätigkeit in Prozent

16,5% aller Klientinnen und Klienten sind erwerbstätig.

Männer	Frauen
17,5% Erwerbstätigkeit	10,1% Erwerbstätigkeit

Werte der Erwerbstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt erwerbstätig ja	Gesamt erwerbstätig nein	Männer erwerbstätig ja	Frauen erwerbstätig ja
2012	16,5	83,5	17,5	10,1
2011	21,9	78,1	23,7	11,0
2010	20,2	79,8	22,0	9,5

Fehlende Werte Erwerbstätigkeit 2012: 257 Fälle = 6,6%

Insgesamt befinden sich 5,4% weniger Klientinnen und Klienten in einer Erwerbstätigkeit als im Vorjahr. Hierbei nahm vor allem bei den männlichen Klienten der Anteil um 6,2% ab.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Anstieg der fehlenden Werte um 5,5%.

8. Wohnsituation in Prozent

5,3% der Hilfesuchenden sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.

Männer	Frauen
5,2% wohnungslos	5,4% wohnungslos

Der Anteil der Hilfesuchenden, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren, ist im Vergleich zum Vorjahr um 1% gestiegen. Bei den Frauen nahm dieser Anteil um 0,1% ab, bei den Männern ist er um 1,1% angestiegen.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Männer aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Frauen aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen
2012	5,3	5,2	5,4
2011	4,3	4,1	5,5
2010	3,9	3,6	5,1

Fehlende Werte Wohnungsnotfall 2012: 389 Fälle = 9,9%

9. Krankenversicherung in Prozent

3,1% der Klientinnen und Klienten sind nicht krankenversichert

Männer	Frauen
2,2% nicht krankenversichert	9,1% nicht krankenversichert

Der Anteil der Männer ohne Krankenversicherung ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,4% angestiegen. Der Anteil der Frauen ohne Krankenversicherung, der in den beiden Vorjahren im Vergleich zum Anteil der Männer sehr hoch war, ist in 2012 um 24,2% gesunken. Der Unterschied zwischen den Anteilen der Geschlechter beträgt in 2012 noch 6,9%.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt nicht krankenversichert	Männer nicht krankenversichert	Frauen nicht krankenversichert
2012	3,1	2,2	9,1
2011	6,4	1,8	33,3
2010	6,1	2,5	27,8

Fehlende Werte Krankenversicherung 2012: 58 Fälle = 1,5%

III Probleme in Rangfolge

Insgesamt gibt es 8.896 Nennungen zu Problemlagen.

Die sechs am häufigsten genannten Probleme sind:

		Männer		Frauen
1.	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	1.749	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	291
2.	Wohnsituation	990	Fremdenfeindlichkeit	189
3.	Schulden	840	Wohnsituation	169
4.	Fremdenfeindlichkeit	751	Umgang mit Behörden	131
5.	Haftsituation	701	Schulden	121
6.	Umgang mit Behörden	640	Haftsituation	105

Bei beiden Geschlechtern sind die sechs am häufigsten genannten Probleme dieselben, nur die Rangfolge ist unterschiedlich. Allerdings ist sowohl für Männer, als auch für Frauen „anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen“ das am häufigsten genannte Problem.

Rangfolge der Probleme der Klientinnen und Klienten insgesamt:

	Problem	Gesamt
1.	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	2.040
2.	Wohnsituation	1.159
3.	Schulden	961
4.	Fremdenfeindlichkeit	940
5.	Haftsituation	806
6.	Umgang mit Behörden	771

Der Anteil der Klientinnen und Klienten mit Problemen im Rahmen der Fremdenfeindlichkeit ist weiterhin hoch und scheint sich somit seit dem Vorjahr in dieser Region einzupendeln.

IV Darstellung der Leistungen und Ergebnisse

	Gesamt	Männer	Frauen
Beratungen innerhalb der Beratungsstelle	13.005	11.900	1.059
Vermittlungen an Spezialdienste	241	212	29
Beratungen Angehöriger	205	52	153
Beratungen innerhalb der Strafvollzugsanstalten	3.592	3.292	285
Anzahl der Vermittlungen an Spezialdienste innerhalb der Strafvollzugsanstalten	22	21	1
Inanspruchnahme von Hilfen zur finanziellen Existenzsicherung	377	329	47

	Gesamt	Männer	Frauen
Inanspruchnahme von spezialisierten Hilfeangeboten	1.985	1.704	279
Wohnung vermittelt	422	403	18
Wohnungsverlust abgewendet	67	45	22
Arbeitsplatzverlust abgewendet	2	2	0
Vermittlung in Arbeitsverhältnisse (sozialversicherungspflichtig)	63	62	1
Vermittlung in Beschäftigung (z.B. MAE und ABM)	14	13	1
Vermittlung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahme	42	40	2
Sonstiges	2.009	1.696	309

Projektspezifische Entwicklungen und Projektübergreifende Entwicklungen

Die Entwicklung der beratenen Zielgruppe im Berichtszeitraum gegenüber den Vorjahren zeichnete sich durch eine hohe Kontinuität aus.

In den erhobenen Variablen der sozio-demografischen Daten gab es nur geringfügige Veränderungen in den Lebenslagen. Eine Ausnahme stellte die Versorgung mit eigenem Wohnraum dar. Die Verknappung von preiswertem Wohnraum in Berlin machte sich in den niedrigschwelligen Diensten durch einen geringeren Versorgungsgrad von Menschen mit Wohnraum negativ bemerkbar. Dies erschwert die Integration bzw. Resozialisierung erheblich und erhöht die Gefahr einer erneuten Straffälligkeit. Diese Entwicklung stellte die Beratungsdienste vor große Herausforderungen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die auf hohem Niveau fortgesetzte Anzahl von Beratungsleistungen verdeutlicht den weiterhin großen Bedarf an niedrigschwelligen sozialen Diensten zur Integration in die Regelversorgung. Mit Blick auf das Jahr 2013 erfolgte eine Festlegung zur Einstellung der Förderung der Beratungsstelle für Straffällige - Universal – Stiftung Helmut Ziegner. Die tatsächlichen Auswirkungen bleiben abzuwarten, von einer Reduzierung der Beratungskapazitäten für die Zielgruppe muss ausgegangen werden.

Die oben beschriebene Wohnraumproblematik wird auch in den kommenden Jahren die Beratungsarbeit zunehmend bestimmen.

4.3.3 Übergreifende Belange der Schuldner- und Insolvenzberatung

Finanzierung

2012: 50.672,-- Euro für ein Projekt

2011: 70.500,86 Euro für ein Projekt

Allgemeiner Überblick

Das Projekt P 198 „Übergreifende Belange von Schuldner- und Insolvenzberatung“ ist ein Einzelprojekt. Der Förderumfang (Fehlbedarfsfinanzierung) umfasst eine Personalstelle für eine/n juristische/n Mitarbeiter/in bei der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V. (LAG SIB e.V.) sowie dazugehörige Sachmittel und betrug 2012 insgesamt rd. 50.672 €. Die gegenüber dem Vorjahr geringere Fördersumme ergibt sich durch nicht ausgeschöpfte Personalmittel.

Im Jahr 2012 fand ein Wechsel auf der mit diesem Projekt geförderten Personalstelle statt. Ab Mai schied der langjährige juristische Mitarbeiter aus. Die Auswahl zur Wiederbesetzung der Stelle nahm einige Zeit in Anspruch, so dass erst ab September eine Nachfolgerin gefunden wurde. Die restliche Zeit des Jahres war demzufolge vor allem mit fachlicher Einarbeitung, dem Kennenlernen der Beratungsstellen und Arbeitsgemeinschaften der LAG SIB e.V. sowie der damit im Zusammenhang stehenden Gremien ausgefüllt. Durch Hospitationen in den Beratungsstellen verschaffte sich die neue Mitarbeiterin einen Überblick über die juristischen Schwerpunkte und Probleme sowie sonstigen Belange der Berater/Beraterinnen.

Ziele und Aufgaben

Die LAG SIB e.V. ist kompetenter Ansprechpartner in Bezug auf die Praxisauswirkungen der Umsetzung der Insolvenzordnung und damit verbundener Rechtsgebiete. Sie versteht sich als Interessenvertreter für die von Ver- und Überschuldung betroffenen Bürger des Landes Berlin.

Im Arbeitsfeld Schuldner- und Insolvenzberatung haben viele Rechtsfragen erheblichen Einfluss auf die tägliche Arbeit. Durch die Tätigkeit eines/einer juristischen Mitarbeiters/Mitarbeiterin innerhalb des Vereins werden zentrale Fragestellungen bezüglich der Insolvenzordnung und der damit in Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften gebündelt, fachkompetent bearbeitet und entsprechende Informationen kontinuierlich an die Fachberater/innen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen vermittelt. Außerdem werden Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit der LAG SIB e.V. koordiniert und die aktive Mitarbeit in Bundes- und Landesgremien abgesichert.

Die Förderung ist verbunden mit einer Zielvereinbarung, in der konkrete Angaben zu Zielgruppen, Zielsetzung und Art der Leistungen enthalten sind und im Folgenden weiter ausgeführt werden.

Ziele

- hohe Beratungskompetenz in den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sowie Qualitätsentwicklung und die
- enge Zusammenarbeit mit Verwaltungs- und Fachgremien zur Umsetzung von Querschnittsaufgaben (z.B. QM, Statistik), Gesetzesanalysen und -entwicklungen.

Zielgruppen

- alle Mitgliedsorganisationen der LAG SIB e.V. (anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen)
- Senats- und Bezirksverwaltungen, Fachgremien auf Landes- und Bundesebene
- andere Beratungsdienste / Träger, Politik, Verbände, Öffentlichkeit.

Leistungen 2012

- kontinuierliche Infos zu Rechtsprechung und Gesetzgebung („Fachberatung für die Fachberater“), Fortbildungen (Angebot auch für Bezirke), Arbeitsgruppen, Qualitätsmanagement (Umsetzung und Weiterentwicklung Qualitätshandbuch);
- Positionspapiere, Gutachten, Analysen und Beratung in Vorbereitung auf Gesetzesreformen bzw. zu deren Auswirkungen
- (Mit)Ausarbeitung, Koordinierung aller LAG-Aktivitäten (z.B. fachliche Rundbriefe, Ratgeberbroschüren, Veranstaltungen, Webseite, Gremienarbeit).
- Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen zur Prävention, Vernetzung mit Kooperationspartnern.

Besondere Schwerpunkte im Jahr 2012 betrafen folgende Themen:

Reform der Insolvenzordnung

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens forderte die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales eine Beurteilung und Begutachtung der vorgesehenen Gesetzesänderungen aus Sicht der Praxis. Es erfolgte die Ausarbeitung ausführlicher Stellungnahmen bezüglich der Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens und Übermittlung an die Senatsverwaltung. Diese Stellungnahmen wurden in deren fachliche Einschätzungen im Gesetzgebungsprozess einbezogen.

Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit zwischen LAG SIB e.V. und der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege ein Positionspapier erstellt und an den Rechtsausschuss des Bundestages übermittelt.

Weiterführung des Projektes Gütesiegel für soziale Schuldnerberatung in Berlin

Es fanden mehrtägige Seminare zur Ausbildung der Qualitätsmittler statt, an der - zur Einarbeitung in das Thema - auch die neue juristische Mitarbeiterin teilnahm.

Es wurden Vorlagen zur Klärung juristischer und datenschutzrechtlicher Fragen des Einsatzes der Qualitätsmittler und zum Qualitätssiegelverfahren erarbeitet.

Parallel dazu wurde die Erfüllung der Auflagen des Antrags an die DKLB-Stiftung, der zur Finanzierung dieses Projekts Ende 2011 bewilligt wurde, überwacht.

Durch den oben beschriebenen personellen Wechsel und dem damit verbundenen viermonatigen Leerstand der Personalstelle wurde für die Tätigkeit des/der juristischen Mitarbeiters/Mitarbeiterin der LAG SIB e.V. im Jahr 2012 nur zum Ende des Jahres ein entsprechender Bericht erstellt. Auf Grund der Stellenneubesetzung erst ab September 2012, (siehe oben unter „Entwicklungen“) war ein großer Teil der Aktivitäten gleichzeitig mit der Einarbeitung in das Aufgabengebiet verbunden. Es wurden Hospitationen und Gespräche in den Mitgliedorganisationen durchgeführt sowie an Arbeitsgruppen der LAG SIB e.V. sowie Fachveranstaltungen und -gremien auf Bundesebene teilgenommen.

Zur aktuellen Rechtsprechung und zu Gesetzesveränderungen wurden Fachinformationen aufbereitet und an die Mitgliedsorganisationen weitergeleitet. Der Webauftritt der LAG SIB e.V. wurde überarbeitet und Presseanfragen beantwortet.

Besonderes Augenmerk wurde wieder auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerichtet (z.B. Portosparnis durch Umstieg von Rundbriefen auf Mailversand; Einrichtung / Nutzung eines internen Forums, wo Dokumente von allen Mitgliedsorganisationen online abgerufen werden können).

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Arbeit der LAG SIB e.V. hat einen hohen Stellenwert im Zusammenhang mit fachlicher Professionalität rund um das Thema Schuldner- und Insolvenzberatung – auch bundesweit. Durch den anhaltend hohen Bedarf an Schuldner- und Insolvenzberatung, der mit den vorhandenen Kapazitäten nur zum Teil abgedeckt werden kann, sind die Ressourcen der Fachberater in den SIB-Stellen nahezu ausgeschöpft.

Die Arbeit des/der juristischen Mitarbeiters/Mitarbeiterin innerhalb des Vereins ist deshalb für alle Berater/innen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen unverzichtbar für deren fachliche Unterstützung und notwendige Qualifizierung.

Außerdem ist auch die sehr gute und beiderseitig nutzbringende Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hervorzuheben. Es besteht enger Kontakt sowohl durch regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand der LAG SIB e.V. als auch in kontinuierlichen Arbeitsgruppen oder themenbezogen darüber hinaus.

Insbesondere für die Bewertung und Auswirkungseinschätzung von Gesetzesvorhaben zum Thema Schuldner- und Insolvenzberatung – so wie bspw. 2012 dem Regierungsentwurf zur Reform der Verbraucherinsolvenz – ist die Rückkopplung zwischen Landesverwaltung und LAG SIB e.V. sehr wichtig, um fundierte und praxisrelevante Stellungnahmen in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen zu können.

Die Fortführung des Projekts wird aus allen o.g. Gründen sehr unterstützt.

Angebotsbereich 5 - Migrantensozialdienste

Finanzierung

2012: 643.495,55 Euro für vier Projekte

2011: 651.300,-- Euro für vier Projekte

Allgemeines

Migrantensozialdienste (MSD) sind Angebote der Migrationssozialarbeit, hervorgegangen aus dem von Bund und Ländern langfristig gemeinsam finanzierten Programm „Sozialberatung für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen - Ausländersozialberatung“ (ausgelaufen mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes zum 1.1.2005). Dabei handelt es sich um 4 Projekte an insgesamt 9 Standorten. Die Standorte liegen in Kreuzberg, Mitte (Wedding), Schöneberg, Lichtenberg, Neukölln und Tempelhof (Marienfelde). Gemäß der zugrundeliegenden Konzeption handelt es sich bei den MSD um spezialisierte fachliche Dienste der regulären sozialen Versorgung in der Einwanderungsgesellschaft.

Die Migrantensozialdienste (Projekte P 300 bis 303) waren seit 2006 Bestandteil des Treuhänderischen LIGA-Vertrages Soziales und werden seit 2011 im Rahmen des ISP als gesamtstädtische Projekte der sozialen Versorgung gefördert, so dass die Kontinuität der Arbeit auf der Grundlage der vereinbarten Konzeption und Leistungsbeschreibungen für diesen Angebotstyp auch im Jahr 2012 gewährleistet werden konnte.

Im Berichtszeitraum 2012 wurden eine Projektgruppensitzung sowie ein Arbeitsgespräch zu den MSD durchgeführt. Besprochen wurden allgemeine Themen zum Bewilligungsverfahren sowie fachliche Themen aus der aktuellen Projektarbeit. Es wurden Abstimmungen zur Arbeitsplanung und zum Standardisierten Berichtswesen vorgenommen.

Ziele und Aufgaben

Migrationssozialarbeit hat die Aufgabe, Migrantinnen und Migranten in Krisen und schwierigen Lebenssituationen zu begleiten und Unterstützungsangebote zu organisieren. Die MSD haben das Ziel, die individuellen Ressourcen und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund im Umgang mit Integrationsanforderungen zu stärken, ihre Teilhabe an allen gesellschaftlichen Hilfesystemen zu verbessern sowie zur Entwicklung interkultureller Kompetenz in Einrichtungen sozialer und gesundheitlicher Versorgung beizutragen.

Die 5 Module der Konzeption bilden die Aufgaben- und Leistungsbestandteile:

- Bedarfsorientierte Einzelfallberatung und –begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund, primär in Clearingfunktion
- Anregung und Unterstützung interkultureller Öffnungsprozesse von Diensten und Einrichtungen sowie der Netzwerkpartner, primär in den vorherrschenden Arbeitsfeldern, beispielsweise durch fallbezogene Co-Beratung
- Niedrigschwellige Elternarbeit
- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement sowie

- Netzwerk-, Gremien- und Sozialraumarbeit

Zielgruppen

Zielgruppen der Angebote sind bereits länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich der Flüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ab dem 27. Lebensjahr mit Beratungs- und Förderbedarf, Jugendliche mit Migrationshintergrund, soweit nicht jugendspezifische Probleme im Vordergrund stehen, Beschäftigte sozialer Dienste und Einrichtungen sowie Beschäftigte in Einrichtungen der Migrationssozialarbeit und von Migrantenorganisationen.

Leistungen 2012

Soziodemografische Daten der Zielgruppe

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 3.307 Personen von den MSD betreut. Damit hat sich dieser Wert leicht erhöht. Der Anteil der Frauen ist gegenüber dem Vorjahr auf 59% leicht gestiegen.

Alter

Die größte Altersgruppe bildeten wiederum die 45 bis unter 65-Jährigen mit 1.352 Personen (41%), dicht gefolgt von den 27 bis unter 45-Jährigen mit 1.163 Personen (35%). Der Anteil der über 65-Jährigen (593) ist mit 18% gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Übersicht über die häufigsten Herkunftsländer

Übersicht über die häufigsten Herkunftsländer je Migrantensozialdienst (2012)							
Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e.V. ⁹	Anzahl Personen	Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. ¹⁰	Anzahl Personen	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. ¹¹	Anzahl Personen	Polnischer Sozialrat e.V. ¹²	Anzahl Personen
Türkei	1157	GUS	119	GUS	135	Polen	271
Bosnien-Herzeg.	101	Libanon	42	Türkei	87	Russland	12
Kroatien	97	Türkei	32	Ukraine	24	Roma / Sinti	73
Serbien / Montenegro	76	Polen	29	Irak	21	Bulgarien	4
Sonstige	844	Sonstige	67	Sonstige	116	Sonstige	./.
Gesamt	2275		289		383		360

⁹ Standorte Kreuzberg, Mitte (Wedding), Schöneberg

¹⁰ Standort Neukölln

¹¹ Standorte Lichtenberg, Kreuzberg, Tempelhof (Marienfelde)

¹² Standort Kreuzberg

Damit kamen wie im Jahr 2011 die meisten Klientinnen und Klienten der MSD-Projekte aus der Türkei (1276), gefolgt von Polen (300) und verschiedenen Herkunftsländern der ehemaligen Sowjetunion (266). Die Projekte wurden je nach Standort und vorgehaltenen Sprachkompetenzen unterschiedlich frequentiert. Aufgrund dieser Streuung konnten heterogene Zielgruppen von Ratsuchenden erreicht werden.

Aufenthaltsdauer

Die meisten Klientinnen und Klienten hielten sich seit mehr als 20 Jahren in Deutschland auf (46% / 1523). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der betreuten Rentnerinnen und Rentner mit 18 % relativ hoch war. Es folgte die Gruppe derer, die seit 9 bis 20 Jahren hier lebten.

Migrationshintergrund

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den betreuten Personen betrug 70% (2323), es folgten die Eingebürgerten mit 13% (419). 10% (339) betrug der Anteil der „Sonstigen“ (Personen mit einer Gestattung, Duldung oder Fiktionsbescheinigung). Eine signifikante Verschiebung innerhalb dieser Gruppen gegenüber 2011 ist nicht zu verzeichnen.

Familienstand

51 % (1682) der Klientinnen und Klienten war verheiratet oder lebte in gleichgestellter Lebenspartnerschaft. Auch der Anteil der Geschiedenen blieb mit 12% (389) gegenüber dem Vorjahr konstant.

Berufliche Situation

Die größte Gruppe bildeten wie im Vorjahr mit 43% (1408) die arbeitslosen Migrantinnen und Migranten. Rentner / Erwerbsunfähige waren 17 % (578), berufstätig waren 16% (535).

Diagramm

Haushaltsstruktur

27 % (897) lebte mit Partnerinnen / Partnern mit Kind / Kindern zusammen. Leicht gesunken ist der Anteil der alleinlebenden Personen mit Kindern auf 14% (471) in 2012 gegenüber 20% in 2011.

Diagramm

Lebensunterhalt bei Kontaktbeginn

In Erwerbstätigkeit / Berufstätigkeit plus ergänzende Leistungen befanden sich 2012 15% (505) der Betreuten. Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen 44 % (1453). Leistungen nach dem SGB III bzw. dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten 2% bzw. 1% der Betreuten (54 bzw. 42). Rente / Pension erhielten 16 % (521). Unterstützung durch Angehörige oder sonstige öffentliche Leistungen erhielten 2 % bzw. 1% (78, 45). Signifikante Verschiebungen sind hier nicht zu verzeichnen.

Leistungsdaten

77 % (2536) der Klientinnen und Klienten waren wiederum Selbstmelder. Das spricht für einen hohen Bekanntheitsgrad und gute Erreichbarkeit der Dienste. 7% (230) wurden von Verbänden und Vereinen an die MSD verwiesen.

Beratungsinhalte

Die Beratungsinhalte im Jahr 2012 waren ähnlich gewichtet wie im Jahr 2011. Themenschwerpunkte bildeten das SGB II und die materiellen Hilfen (14%,13%). Das betraf 1969 bzw. 1816 Personen. Die Zahl der Beratungen zu Verbraucherfragen ist auf 12% / 1630 gestiegen. Anhaltende Nachfrage bestand wiederum zu Gesundheitsthemen (9% / 1315 Personen) und Wohnungsfragen (8% / 1155 Personen). Beratung zu Rentenfragen nahmen 892 (6%) Personen wahr, jeweils 5% der Beratungen betrafen Aufenthaltsfragen und Fragen zu Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Häufig werden mehrere Themen gleichzeitig nachgefragt, die Problemlagen werden komplexer.

Leistungen

76% aller für 2012 angegebenen Klienten bezogenen Beratungen (7275) erfolgten persönlich, 18% (1683) auf telefonischem Wege. Fallbezogene Co-Beratungen und Fachberatungen machten jeweils 3% aus.

Querschnittsthemen im ISP

Die Aktivitäten aller MSD-Projekte als Beitrag zur Unterstützung von Diensten und Einrichtungen sowie Netzwerkpartnern auf dem Gebiet der Interkulturellen Öffnung wurden fortgeführt und ausgebaut. Einen breiten Raum nahm dabei die Fallbezogene Co-Beratung ein. Die MSD haben sich auch in den Bereichen der Querschnittsthemen „Inklusion“ und „Antidiskriminierung“ engagiert, soweit Kapazitäten bestanden. Dazu gehörten u.a. Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund sowie Kooperation mit Vereinen, die sich um die Belange von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund kümmern.

Querschnittsaufgaben

Alle MSD-Projekte haben ein kontinuierliches Qualitätsmanagementsystem in ihren Leitbildern verankert und waren über regelmäßige Sprechzeiten sowie auch telefonisch erreichbar. Alle Projekte bezogen die Nutzerinnen und Nutzer bei ihrer Leistungsplanung und –erbringung mit ein. Der Landesverband Berlin der Arbeiterwohlfahrt wurde nach seiner Entlassung aus dem Insolvenzverfahren im Dezember 2012 extern zertifiziert. Dieses führte u.a. zur Etablierung eines verbesserten Beschwerdemanagements und zur Sensibilisierung für einen verbesserten Schutz von Klientendaten.

Alle Projekte beschäftigten ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unterstützten die ehrenamtliche Arbeit durch besondere Angebote. Es fehlten jedoch zunehmend Mittel, um das freiwillige Engagement adäquat im Rahmen einer Anerkennungskultur fachlich zu begleiten.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Für alle MSD-Projekte galt: Klientenzahlen und Beratungsdruck stiegen weiter, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren einer gleichbleibend hohen Beanspruchung ausgesetzt, die Kapazitätsgrenzen waren teilweise überschritten. Ergänzende niedrigschwellige Angebote im bezirklichen Umfeld, die partiell hätten entlasten könnten, standen in immer geringerem Maße zur Verfügung. Die Komplexität der Problemlagen der Klientinnen und Klienten hielt an und verstärkte sich eher noch. Überall war eine Zunahme von Hilfesuchenden aus der Europäischen Union (insbesondere Rumänien, Bulgarien Griechenland und Spanien) zu verzeichnen, die die MSD als Anlaufstellen nutzten.

Ein zentrales Beratungsthema waren auch im Berichtsjahr 2012 die steigenden Wohnungsmieten und die zunehmenden Verdrängungsprozesse in den Innenstadtbezirken, mit denen sich Leistungsbeziehende von ALG II und Grundsicherung sowie auch Seniorinnen und Senioren konfrontiert sahen. Das führte zu einer weiteren Verschlechterung der prekären Situation der betreuten Menschen infolge von Kostensenkungs- und Umzugsaufrufen der Job-Center.

Als weitere anhaltende Problemlagen wurden benannt:

- Es besteht kontinuierlicher Bedarf an fallbezogener und an Team-Supervision.
- In der Clearingfunktion der MSD bestehen häufig Schwierigkeiten, an bezirkliche Fachdienste zu verweisen, wenn ein entsprechendes – insbesondere interkulturell geöffnetes Angebot – nicht vorhanden ist.
- Teilweise ergeben sich Kapazitätsprobleme bei der Weitervermittlung von Klientinnen und Klienten aufgrund steigenden Bedarfs an niedrigschwelligen Angeboten.
- Der Bedarf nach muttersprachlicher Beratung und Betreuung für Klientinnen und Klienten aus dem ehemaligen Jugoslawien kann partiell mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht gedeckt werden.
- Beim Aufbau einer strukturellen Kooperation mit einzelnen Job-Centern bestehen unverändert Schwierigkeiten.
- Partiiell sind keine ausreichenden Personalressourcen für den Clearing- und Verwaltungsbereich vorhanden.
- Die finanzielle Ausstattung des MSD erfordert den Einsatz hoher Eigenmittelanteile.

Weiterhin bestand hohe Kontinuität in der Projektarbeit, der Verlässlichkeit der Angebote und der Erreichbarkeit für die Zielgruppen. Die MSD-Projekte waren und sind bestrebt, im Rahmen vorhandener Ressourcen und durch Ausbau von Kooperationen und Netzwerkarbeit den festgestellten Problemlagen und Entwicklungen zu begegnen – soweit das im Rahmen der Projektarbeit mit den vorhandenen Ressourcen realisierbar ist. Dazu wurden insgesamt folgende wesentliche Vorhaben und Aktivitäten benannt, die sich auf den Berichtszeitraum beziehen, teilweise aber auch längerfristig angelegt sind:

- Einrichtung einer kostenlosen ehrenamtlichen Rechtsberatung an allen 3 Standorten des Projektes P 300 (MSD der Arbeiterwohlfahrt)
- Verschiedene Initiativen auf dem Gebiet der Inklusion behinderter Menschen, Fortführung der Zusammenarbeit mit Einrichtungen aus dem Bereich „Migration und Behinderung“ sowie bezirklichen Behindertenbeauftragten, Teilnahme am bezirksübergreifenden Fachveranstaltungen
- Aktivitäten in der Zusammenarbeit mit Seniorinnen und Senioren; Organisation von Gruppenarbeit und Informationsveranstaltungen
- Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe im Hinblick auf deren steigende Inanspruchnahme durch EU-Bürgerinnen und – Bürger

- Informationsveranstaltungen zu den Themen Wohnungsmarkt und Mietenentwicklung sowie Mieterrechte
- Fortbildungen für Stadtteilmütter zu den Themen „Zuwanderungsgesetz, Staatsangehörigkeitsrecht und Rechte des Kindes“
- Unterstützung von Vätern mit Migrationshintergrund
- Initiativen gegen Diskriminierung und Antiziganismus, Mitwirkung im Rahmen der Entwicklung der Berliner Strategie zur Einbeziehung von Roma-Familien
- Verstärkte Kooperation und interkulturelle Öffnung von trägereigenen Einrichtungen, wie der Behindertenhilfe, der Wohnungslosenhilfe und der Jugendhilfe sowie von Pflegeeinrichtungen durch neue Organisationsformen
- Beteiligung am Aufbau des Präventionsnetzwerkes „Frühe Hilfen“ des Jugendamtes Neukölln
- Beratung und Unterstützung für Eltern zum Bildungs- und Teilhabepaket
- Ausbau von bedarfsgerechten Gruppenangeboten (z.B. Nachhilfe aufgrund starker Nachfrage von Eltern u.a.)
- Planung einer Seminarreihe für Eltern zur gesundheitlichen Aufklärung (Sucht, Depression, Ernährung etc.)
- Ausbau der fachlichen Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen

Der kontinuierlichen Netzwerk-, Gremien- und Sozialraumarbeit mit den Kooperationspartnern kommt weiterhin für die Interkulturelle Öffnung aber auch für den fachlichen Austausch große Bedeutung zu.

Die Leistungsangebote der MSD zeichnen sich durch einen mehrdimensionalen und ganzheitlichen Arbeitsansatz aus. Die Personalstellen sind in der Regel in Zentren eingebunden und werden häufig anteilig aus verschiedenen Programmen finanziert. Die MSD arbeiten eng mit bundesgeförderten Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer (MBE) und Jugendmigrationsdiensten (JMD), aber auch im Verbund mit Allgemeinen Sozialen Diensten und gemeinwesenorientierten Projekten zusammen. Sie zeichnen sich durch hohe fachliche Kompetenz und Mehrsprachigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Durch bereichsübergreifende stadträumliche Vernetzung können Synergieeffekte erzielt und besteht stabilisierende Funktion in sozial belasteten Quartieren. Die MSD arbeiten nach einer modernen, im Jahr 2009 endabgestimmten, modularen Konzeption, die für flexibles Handeln an den Standorten Raum lässt.

Die Beiträge der MSD zur Interkulturellen Öffnung sind vielfältig und werden jährlich standortbezogen erfasst. Der Bedarf von Ämtern und Einrichtungen nach fallbezogener Co-Beratung und fachlichem Austausch ist groß. Die Aktivitäten der MSD zur Unterstützung interkultureller Öffnungsprozesse beziehen sich auf Dienste und Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie Netzwerkpartner - primär in den Arbeitsfeldern der in der Einzelfallberatung vorherrschenden Themen und unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen Ressourcen. Auch zu anderen Querschnittsthemen im ISP engagieren sich die MSD-Projekte im Rahmen vorhandener Ressourcen. Alle MSD-Projekte kooperieren mit Migrantenselbstorganisationen.

Die Förderung von Migrantensozialdiensten im ISP als gesamtstädtische Angebote der Migrationssozialarbeit wird weiterhin als unverzichtbar angesehen. Es besteht nach wie vor großer Bedarf an spezialisierten fachlichen Diensten dieses Angebotstyps für die Zielgruppe.

Kontakt
:Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
- II B 30 -
Herr Greif
Oranienstr. 106
10969 Berlin
Tel (030) 9028-2903

Anlage 1 Förderung ISP 2012 - Projektübersicht

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Pro- jekt- Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwen- dung 2012 € (bewilligt) *
	Spitzenverbands- förderung	Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.		Zentrale Aufgaben	512.160,00
		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.		Zentrale Aufgaben	3.376,00
		Deutsches Rotes Kreuz LV Berliner Rotes Kreuz e. V.		Zentrale Aufgaben	460.944,00
		Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.		Zentrale Aufgaben	768.240,00
		Jüdische Gemeinde zu Berlin		Zentrale Aufgaben	80.966,00
		Paritätischer Wohlfahrts- verband LV Berlin e. V.		Zentrale Aufgaben	96.280,00
		Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.		Auswertung	27.727,00
					0 gesamt
1	Altenhilfe				
1.1.1	Mobilitätshilfedienste	BBi GmbH	P 041	Dokumentation/ Koordination	27.554,00
		Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 037	Mobilitätshilfe- dienst	28.750,00
		Deutsches Rotes Kreuz Berlin Süd-West Behinder- tenhilfe gGmbH	P 110	Mobilitätshilfe- dienst	124.455,00
		Deutsches Rotes Kreuz LV Berlin	P 111	Rehatechnische Unterweisung f. Mobi-Helfer	6.777,00
		Diakonie-Stationen Steglitz und Lankwitz gGmbH	P 214	Mobilitätshilfe- dienst	127.478,00
		Diakonie-Stationen Steglitz und Lankwitz gGmbH	P 217	Mobilitätshilfe- dienst	52.294,00
		domino e. V.	P 036	Mobilitätshilfe- dienst	86.725,00
		Fördererverein Heerstr. Nord e. V.	P 022	Mobilitätshilfe- dienst	120.000,00
		Humanistischer Verband Deutschlands Landesver- band Berlin e. V.	P 018	Mobilitätshilfe- dienst	108.000,00
		Johanniter-Unfall Hilfe e. V. Regionalverband Berlin	P 210	Mobilitätshilfe- dienst	105.000,00
		Sozialverband VdK Berlin- Brandenburg e. V.	P 023	Mobilitätshilfe- dienst	119.874,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2012 € (bewilligt) *
1.1.1		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 029	Mobilitätshilfedienst	99.932,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 031	Mobilitätshilfedienst	87.786,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 033	Mobilitätshilfedienst	132.249,00
		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 028	Mobilitätshilfedienst	80.136,00
		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 034	Mobilitätshilfedienst	85.976,00
		Volkssolidarität LV Berlin e. V.	P 030	Mobilitätshilfedienst	115.000,00
		Volkssolidarität LV Berlin e. V.	P 035	Mobilitätshilfedienst	100.000,00
		1.1.1 gesamt			1.607.986,00
1.1.2	Psychogeriatrische Projekte	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	P 204	Pflege in Not	87.826,00
		Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	P 277	Fachstelle f. pflegende Angehörige	48.000,00
		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 038	Menschenkind	77.500,00
		1.1.2 gesamt			213.326,00
1.1.3	Landesseitige Pflegestützpunkte	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 040	Pflegestützpunkt Pankow	138.660,00
		Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 251	Pflegestützpunkt Marzahn-Hellersdorf	138.660,00
		Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 257	Pflegestützpunkt Reinickendorf	138.660,00
		Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 275	Pflegestützpunkt Treptow-Köpenick	138.680,00
		Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	P 236	Pflegestützpunkt Friedrichshain-Kreuzberg	148.863,00
		Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e. V.	P 234	Pflegestützpunkt Steglitz-Zehlendorf	139.039,00
		Evangelisches Geriatriezentrum Berlin gGmbH	P 238	Pflegestützpunkt Mitte	129.507,00
		Evangelisches Johannesstift Altenhilfe gGmbH	P 235	Pflegestützpunkt Spandau	121.725,00
		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 256	Pflegestützpunkt Neukölln/Berliner Seniorentelefon	137.935,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Pro- jekt- Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwen- dung 2012 € (bewilligt) *
1.1.3		Sozialverband VdK Berlin- Brandenburg e. V.	P 259	Pflegestützpunkt Tempelhof- Schöneberg	138.659,00
		Unionhilfswerk Sozialein- richtungen gGmbH	P 039	Pflegestützpunkt Wilmersdorf	138.660,00
		Volkssolidarität LV Berlin e. V.	P 250	Pflegestützpunkt Lichtenberg	138.811,00
		1.1.3 gesamt			1.647.859, 00
1.1.4	Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde	Jüdische Gemeinde zu Berlin	P 709	Beratungsstelle für Ältere und Men- schen mit Behinde- rungen	35.893,00
1.1.5	Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe	AWO Kreisverband Fried- richshain-Kreuzberg e. V.	P 261	Kompetenzzent- rum Interkulturelle Öffnung d. Altenhilfe	85.500,00
		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	P 263	Kompetenzzent- rum Interkulturelle Öffnung d. Altenhil- fe	90.000,00
		1.1.5 gesamt			175.500,00
1.2.1	Hospize	Hospiz- und Palliativver- band Berlin e. V.	P 555	Geschäftsstelle Hospiz	19.693,00
		Unionhilfswerk Sozialein- richtungen gGmbH	P 271	Zentrale Anlauf- stelle Hospiz	41.967,00
		1.2.1 gesamt			61.660,00
				1 gesamt	3.742.224 ,-
2	Ehrenamt und Selbst- hilfe				
2.1.1	Selbsthilfeprojekte	Berliner Frauenbund 1945 e. V.	P 520/ 521	Selbsthilfeprojekt für Senioren	54.615,00
2.1.4		Eltern für Integration e. V. Berlin	P 542	Selbsthilfeprojekt für Behinderte	12.885,00
2.1.5		Berliner Arbeitslosenzent- rum BALZ e. V.	P 227	Koordination und Anleitung v. Selbsthilfegruppen	22.935,00
		Berliner Frauenbund 1945 e. V.	P 533	Selbsthilfeprojekt für Frauen	31.035,00
		2.1 gesamt			121.470,00
2.2.1	Ehrenamtliche Be- suchsdienste/ allgemei- ne eh-renamtliche Tätig- keiten	Sozialwerk Berlin e. V. Altenselbsthilfe- und Bera- tungszentrum	P 072	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	20.700,00
		Weg der Mitte gemeinnüt- ziger e. V. für ganzheitliche Gesundheit	P 074	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	4.800,00
		Miteinander Wohnen e. V.	P 079	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	7.200,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2012 € (bewilligt) *
2.2.1		Steglitzer ambulante soziale Dienste e. V.	P 173	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	9.035,00
		Ökumenisches Frauenzentrum Evas Arche e. V.	P 230	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	4.683,00
		Diakoniestiftung LAZARUS Berlin	P 231	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	1.266,00
		Caritas Konferenzen Deutschlands DV Berlin e. V.	P 522/527	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	4.601,00
		Ev. Dreifaltigkeitskirchengemeinde Berlin-Lankwitz	P 526	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	2.823,00
		Evangelischer Kirchenkreisverband Berlin Nord-West	P 531	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	5.220,00
		2.2.1 gesamt			
2.2.2	Ehrenamtliche Besuchsdienste/ allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten	Deutsche Rheuma-Liga LV Berlin e. V.	P 073	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	7.665,00
		Freunde alter Menschen e. V.	P 081	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	17.970,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 082/083	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	36.294,00
		Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.	P 084	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	21.204,00
		DRK Kreisverband Berlin City e. V.	P 119	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	18.889,00
		Leben mit Tieren e. V.	P 523	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	6.383,00
		Sozialverband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.	P 532	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	21.949,00
		Jüdische Gemeinde zu Berlin	P 708	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	13.621,00
2.2.4		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 077	Besuchsdienst für Hilfsbedürftige	7.413,00
2.2.5		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 085	allgem. ehrenamtliche Tätigkeiten	25.617,00
		AWO Arbeiterwohlfahrt Nordost e. V.	P 174	allgem. ehrenamtliche Tätigkeiten	3.110,00
		2.2.2 gesamt			
				2 gesamt	361.913,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2012 € (bewilligt) *
3	Angebote für Menschen mit Behinderung				
3.1.2	Übergreifende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 260	Mobidat-Datenbank	35.363,00
3.1.5		Lebenshilfe gGmbH Berlin	P 266	Lotse Berlin (Mitte-Nord)	45.621,00
		aktion weitblick betreutes Wohnen gGmbH	P 267	Lotse Berlin (Süd-West)	45.622,00
		Lebenshilfe gGmbH Berlin	P 268	Lotse Berlin (Süd-Ost/Ost)	45.197,00
		Fürst-Donnersmarck-Stiftung zu Berlin	P 269	Lotse Berlin (West)	45.618,00
		aktion weitblick betreutes Wohnen gGmbH	P 270	Lotse Berlin (Technik)	4.739,00
3.1.6		Zukunftssicherung Berlin e. V. für Menschen mit geistiger Behinderung	P 226	Treffpunkt f. Menschen m. Behinderung	43.952,00
		3.1 gesamt			266.112,00
3.2.1	Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung	Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 089	KIB Bizetstraße	66.037,00
		Lebenshilfe gGmbH Berlin	P 091	Elternberatung	30.564,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 092	Beratung f. Menschen m. Behinderung	36.879,00
		Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e. V.	P 095	Beratung u. Betreuung f. Menschen m. Behinderung	137.917,00
		Sozialwerk der Hörgeschädigten Berlin e. V.	P 098	Beratung von Schwerhörigen	86.641,00
		Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.	P 177	Arbeit mit Menschen mit Behinderung	50.026,00
		Alzheimer Angehörigen Initiative e. V.	P 252	Beratung f. Menschen mit Behinderung	15.908,00
		Förderverein d. Gehörlosen in den neuen Bundesländern e. V.	P 274	Beratung f. Menschen mit Behinderung	22.899,00
		Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.	P 551	Beratung f. Menschen mit Behinderung	16.570,00
3.2.2		ASL e. V.	P 258	Beratung v. Menschen mit Behinderung	20.206,00
		3.2. gesamt			483.647,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Pro- jekt- Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwen- dung 2012 € (bewilligt) *
3.3.1	Freizeitangebote für Menschen mit Behinde- rung	Integral e. V.	P 057	Freizeitangebot f. Menschen m. Be- hinderung	74.516,00
		Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 065	Begegnungszent- rum	25.765,00
		Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 066	KIZ Marzahn/SHG- Zentrum	19.197,00
		berliner STARThilfe e. V.	P 101	Freizeitmaßnah- men f. Menschen m. Behinderung	27.582,00
		Ramba Zamba e. V.	P 102	Künstler. Arbeits- gruppen	19.955,00
		Spastikerhilfe Berlin e. V.	P 103	Freizeitarbeit f. Menschen m. Be- hinderung	67.190,00
		Vereinigung für Jugendhilfe e. V.	P 104	Freizeitclub f. Menschen m. Be- hinderung	15.503,00
		Stiftung Rehabilitations- zentrum Berlin-Ost	P 105	Integrativ. Freizeit- projekt f. Men- schen m. Behinde- rung	35.952,00
		aktion weitblick betreutes wohnen gGmbH	P 121	Freizeitclub Treit- schkestr.	34.730,00
		AWO Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südost e. V.	P 178	Treffpunkt Thomasstr. 69	102.262,00
		Zukunftssicherung Berlin e. V. für Menschen mit geisti- ger Behinderung	P 237	Freizeitmaßnah- men f. Menschen m. Behinderung	11.746,00
		Verein für Rehabilitation Behinderter e. V. Die REHA - Wohnen u. Freizeit	P 276	Freizeitcafe	10.869,00
		Cocas e. V. Berlin	P 510	Treffpunkt Men- schen m. Behinde- rung	10.664,00
		Stotterer-Selbsthilfe Ost	P 511	Gruppentreffen/- arbeit	2.627,00
		3.3.1 gesamt			
3 gesamt				1.208.317,00	
4	Wohnungslosen-und Straffälligenhilfe				
4.1.1	Wohnungslosenhilfe	GEBEWO pro gGmbH	P 006	Beratungsstelle f. Wohnungslose	259.279,00
		Beratung + Leben GmbH	P 194	Beratungsstelle f. Wohnungslose	168.815,00
		Berliner Stadtmission So- ziale Dienste gGmbH	P 195	Beratungsstelle f. Wohnungslose	509.203,00
		4.1.1 gesamt			

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2012 € (bewilligt) *
4.1.2		Gangway e. V.	P 013	Straßensozialarbeit	421.500,00
4.1.3		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	P 272	Medizinische Versorgung d. Wohnungslosen/ Arzt-mobil	101.309,00
		MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH	P 254	Medizinische Versorgung d. Wohnungslosen/ Lichtenberg - Ostbahnhof	135.491,00
		4.1.3 gesamt			236.800,00
4.1.4		Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 181	Bahnhofsdienst Zoo	244.488,00
4.1.4		MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH	P 109	Bahnhofsdienst Lichtenberg und Ostbahnhof	32.000,00
		IN VIA Kath. Mädchensozialarbeit für das Erzbistum Berlin e. V.	P 124	Bahnhofsdienst Ostbahnhof	141.831,00
		4.1.4 gesamt			418.319,00
4.1.5		Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 189	Notübernachtung	724.717,00
		GEBEWO pro gGmbH	P 190	Notübernachtung f. Frauen	118.852,00
		4.1.5 gesamt			843.569,00
4.1.7		GEBEWO pro gGmbH	P 239	Kältehilfe/Datenbank	9.029,00
		4.1 gesamt			2.866.514,00
4.2.1	Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe	Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 184/196	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	174.656,00
		Freie Hilfe Berlin e. V.	P 011	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	306.486,00
		Universal - Stiftung Helmut Ziegner	P 012	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	60.048,00
		Straffälligen u. Bewährungshilfe e. V.	P 192	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	149.675,00
		4.2.1 gesamt			690.865,00
4.3.1	Schuldner- und Insolvenzberatung	LAG SIB Berlin e. V.	P 198	Übergreifende Belange der Schuldnerberatung	50.672,00
				4 gesamt	3.608.051,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2012 € (bewilligt) *
5.1.1	Migrantensozialdienste	Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.	P 300	Migrantensozialdienst	495.482,00
		Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.	P 301	Migrantensozialdienst	43.040,00
		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	P 302	Migrantensozialdienst	85.212,00
		Polnischer Sozialrat e. V.	P 303	Migrantensozialdienst	19.762,00
					5 gesamt
* Einzelbeträge auf volle € gerundet.			Summe Angebotsbereiche 1-5 12.873.694,-		